

DIREKTE AKTION

anarchosyndikalistische Zeitung

H20318 · 31. JAHRGANG

188 | Juli/August 2008 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Kornstr. 28-30 · 30167 Hannover
Deutsche Post AG · PVSt · »Entgelt bezahlt« · VKZ H20318

Das Maß des Elends

Darf man in Deutschland von Armut sprechen? Zur Diskussion um den aktuellen Armutsbericht

Wann immer die deutschen Medien Armut thematisieren, hat das reflexartige Empörung zur Folge. Wie zuletzt nach der Veröffentlichung des aktuellen Armutsberichts der Bundesregierung dürfen sich landauf, landab PolitikerInnen, SozialarbeiterInnen und weitere ominöse Repräsentanten des öffentlichen Lebens in Zeitungsinterviews und Talkshows darüber ereifern, dass es in einem „reichen Wohlstandsstaat" wie dem unsrigen unschicklich wäre, von Armut zu sprechen. Das Magazin Focus etwa verwies darauf, dass die Zahl von Bettlern und Obdachlosen seit Jahren rückläufig sei. Dem Stern missfällt schon lange, dass eine sich fleißig fortpflanzende Unterklasse gemütlich in der sozialen Hängematte schaukele und dabei fröhlich die Daumen über Handytastaturen und Joysticks kreisen ließe. Und in der ARD-Talkshow „Anne Will" ging einer Politikerin glatt die Hutschnur hoch, als da jemand von Armut in Deutschland sprach. So etwas über ein Land zu behaupten, in dem niemand hungern oder auf der Straße lebe müsse, sei zynisch.

Es sind keineswegs nur konservativ oder wirtschaftsliberal eingestellte Menschen, die so denken. Dass es den BewohnerInnen Deutschlands ganz allgemein „viel zu gut" gehe, hört man immer wieder, durchaus auch in linken Kreisen. Von Afrika und Indien ist dann oft die Rede. Wenn man vergleiche, wie es den Armen dort gehe, seien doch die Unterprivilegierten hierzulande doch nun wirklich nicht bedauernswürdig.

Auf diese Weise wird die Armut der einen mit der Armut der anderen relativiert, und stets dräut dabei der erhobene Zeigefinger. Ob sich Menschen als arm bezeichnen dürfen oder nicht, wird zu einer moralischen Frage erklärt.

Offizielle soziale Statistiken wie genannter Armutsbericht gehen da schon nüchterner ans Werk. Sie begreifen Armut auch relativ, aber eben in Relation zum Lebensstandard und den Kosten für das Notwendigste wie Ernährung und Unterkunft innerhalb einer Nationalökonomie. Und wer Strom, Miete, Heizung nicht finanzieren kann, gilt dann eben als arm. Tja, und davon sind in Deutschland gar nicht mal so wenige betroffen. Allein in Berlin ist 16.000 Privathaushalten derzeit der Saft abgedreht, um nur eine Zahl zu nennen.

Das juckt allerdings die moralisierenden Gutmenschen von Kirche bis Erste-Welt-Laden nicht besonders. Es gebe nämlich viel zu viele Menschen auf der Welt, denen es weitaus schlechter gehe, um nicht zu sagen, wirklich schlecht. Da sollten wir mal ganz still sein.

Sich auf diese Weise über das Aufbegehren sozial schwächer Gestellter zu echauffieren, ist in Wahrheit nichts anderes als eine altbewährte rhetorische Figur, die Ungleichverteilung ökonomischen Reichtums zu rechtfertigen. Wenn eine soziale Gruppe aufbegehrt und ein größeres Stück vom Kuchen verlangt, wird umgehend klargemacht, dass sie noch gar nicht an der Reihe sei, denn schließlich seien viele Menschen noch viel ärger dran. Dieses Argument ist so alt wie die Ausbeutung selbst. Richtiger wird es dadurch jedoch nicht.

Ein Bekannter von mir, angestellt in einem Friseursalon, suchte einmal das Gespräch mit dem Chef. Was denn nun mit der Lohnerhöhung sei, fragte er, schließlich werde er deutlich unter Tarif bezahlt; von diesem Gehalt könne er jedenfalls nicht leben. Daraufhin entgegnete ihm sein Boss, er habe heute einer jungen Frau eine Perücke verkauft. „Chemotherapie, Krebs, weißt du", sagte er mit großen Augen, „und da behauptest du, dass es dir schlecht geht". Das Thema Gehaltserhöhung war damit für ihn erledigt.

Oder schauen wir doch mal auf eine dieser Regionen, die in der Armutsdiskussion immer wieder an erster Stelle angeführt werden: Indien. Im Mittelalter erschütterten dort wiederholt Bauernaufstände die festgefügte soziale Ordnung. Neben der Abschaffung des Kastensystems forderten die Rebellen dabei immer wieder Fleisch für alle. Nachdem die Maharadschas mit Müh und Not die Ordnung wiederhergestellt hatten, ließen sie sich ein neues Argument einfallen: Fleisch sei grundsätzlich unrein, sündhaft, schlecht fürs Karma. Nur die Kaste der Bramahnen, der Reichen und Herrscher also, sei aufgrund ihrer gottgegebenen Reinheit immun dagegen. So kam der Hinduismus zum Vegetarismus der Massen. Und fortan wurde daraus ein Muster, das sich bis heute wandelbar auf jedwede soziale Ungleichheit anwenden lässt: Armut ist rein und tugendhaft, Reichtum eine Bürde, die nur die Verantwortungsvollsten stemmen können. Wer dagegen aufbegehrt, macht sich schuldig, denkt er doch nur an den eigenen Vorteil und handelt unverantwortlich gegenüber der Gesellschaft. Schämen sollst du dich, wenn du nicht mehr arm sein willst.

Matthias Seiffert

Strike Bike – Runde zwei

Fahrrad-Fabrik in Arbeiterhand: in Nordhausen sollen wieder Räder produziert werden

Mitte März informierten die Ex-BetriebsbesetzerInnen und Produzenten des feuerroten Strike Bike die Öffentlichkeit über die Gründung einer eigenen Firma. Die Strike Bike GmbH will in Nordhausen weiter Drahtesel produzieren. Über eine zweite Direktvermarktungsaktion müssen bis zu 2.000 Räder mit Vorfinanzierung verkauft werden, um das nötige Geld für den Kauf einer Laufradfertigung zu erwirtschaften. Das Kapital zur Gründung der GmbH haben vier der Aktivisten zusammengekratzt. Der Belegschaftsverein „Bikes in Nordhausen e.V." stellte die verbliebenen ca. 60.000 Euro aus der Gewährleistungsrückstellung der Strike-Bike-Produktion zur Verfügung.

Der symbolische Produktionsstart erfolgte am „Tag der Arbeit". Ab dem 5. Mai standen dann einige der 21 MitarbeiterInnen wieder an einem alten, dem Ex-Besitzer Biria abgekauften, manuellen Montageband, während sich die neuen Arbeiter-Geschäftsführer um die Vermarktung bemühten. Aber die Gründung einer eigenen Firma ist schwerer zu „verkaufen" als eine dramatische Betriebsbesetzung...

Erst nach Mitternacht sendete das RTL-Nachtjournal am 2. Mai einen Fernsehbericht. Die Reportage wird mit dem Satz anmoderiert: „In Nordhausen gilt Jammern über drohende Arbeitslosigkeit nicht", weil hier einige arbeitslose Fahrradwerker „couragiert selbst aktiv" würden. Das passt in die gesellschaftlichen Vorstellungen nicht nur dieser Art von Journalisten: „Mit Enthusiasmus gegen den Turbokapitalismus – Vom Streikführer zum Geschäftsführer". Dieser Seitenhieb gegen die rebellischen ArbeiterInnen, die einfach nicht klein beigeben wollen, musste wohl unbedingt rausgehauen werden, der Kapitalismus nochmals als Sieger propagiert werden, dessen Logik sich am Ende durchsetze.

Kritik kommt auch von anderer Seite. Vielen ehemaligen UnterstützerInnen bereitet es zumindest ideologische Bauchschmerzen, dass die ehemaligen BetriebsbesetzerInnen ein „normales" Unternehmen gründen. Aber stimmt dieses Weltbild, was ist denn schon eine „normale" Fabrik in Arbeiterhand? Was passiert in Argentinien in den „fabricas occupadas"? Aus besetzten, weil heruntergewirtschafteten oder brachliegenden Fabriken machen die ArbeiterInnen aus der Not drohender Arbeitslosigkeit wieder funktionierende Betriebe. Ob als kleine Klitsche, als selbstverwalteter Tigre-Supermarkt oder als großer Zulieferer für die mafiöse Bauindustrie wie die Zanon-Kachelfabrik in Patagonien. Diese Vorbilder sind schön weit weg – und niemand hinterfragt ernsthaft, wie die dortigen KollegInnen das denn alles schaffen.

Nordhausen liegt da näher – und so wird oft nach dem Konzept der Strike-Bike-KollegInnen gefragt und ob es denn unterstützenswert wäre. Für wen soll produziert werden – für den normalen kommerziellen Markt und den Vertrieb über Fachgeschäfte? Wäre es nicht besser, den Zwischenhandel auszuschalten? Aber wie kommen dann die Fahrräder in den Briefkasten der KäuferInnen? Oder sollte nur für eine solidarisch-alternative Zielgruppe produziert werden, die politisch und ökonomisch eine andere Welt für möglich hält? Reicht aber diese Gruppe als AbnehmerInnen solider und preiswerter Fahrrädern aus, um mehr als einer Handvoll ArbeiterInnen eine Zukunft zu sichern?

Das Konzept der Strike-Biker

Die Nordhäuser haben ihr eigenes Konzept: Sie wollen so viele entlassene Ex-KollegInnen wie möglich wieder in Lohnarbeit bringen, um so eine Alternative zum

Fortsetzung auf Seite 3

Catwalk



Boesner-Bosse böse

Unbotmäßig haben sie sich in den Augen der Bosse verhalten, die Beschäftigten der Künstlerbedarfskette Boesner. Die IWW-Gewerkschaft im Betrieb setzt sich auf ihre Art zur Wehr – weitere Informationen dazu auf Seite 3 dieser DA-Ausgabe. Unterstützt von der FAU Berlin und der österreichischen FAS, kam es Anfang Juni vielerorts zu Protesten. Nun gilt es, den öffentlichen Druck aufrechtzuerhalten durch Protestbriefe und -mails an: Boesner GmbH Holding, Gewerkenstr. 2, 58456 WittenE-Mail: koeln@boesner.com, kontakt@boesner.com, Kopie an: boesner@wobblies.de (Eine Brief-Vorlage vom 11.6.08 gibt's auf www.fau.org)

Erpressung als solche benennen

Die DA berichtete, dass das gewerkschaftliche Internet-Portal LabourNet von der Firma Ixion vor Gericht gezerrt wurde. Die Betriebsleitung wollte damit die Berichterstattung über die Zustände im Unternehmen untersagen lassen. Aufhänger war die Bezeichnung „Kapitalist", die man als Beleidigung wertete. Mitte Juni wies das Landgericht Hamburg eine entsprechende Klage der Ixion GmbH ab, die Urteilsbegründung lag zu Redaktionsschluss jedoch noch nicht vor. Fest steht aber: Kapitalist ist kein Schimpfwort – sondern eine Feststellung, auch wenn diese Feststellung negativ gewertet ist. Und anscheinend darf man es nun auch von Rechts wegen Erpressung nennen, wenn die Belegschaft vor die Wahl gestellt wird zwischen Arbeitsplatzverlust und schlechteren Konditionen. Auch der Informantenschutz wird in dem schriftlichen Urteil wohl gestärkt werden.

Starbucks-Aktionstag

Am 5. Juli findet weltweit ein Aktionstag vor Filialen der Kaffeehaus-Kette Starbucks statt. Aufgerufen haben die CNT Sevilla (Spanien) und die Starbucks Workers Union (IWW/USA). Mit dieser Aktion wollen die Syndikalisten über die Arbeitsbedingungen bei Starbucks informieren. Erstes Ziel des Aktionstages aber ist es, gegen die anti-gewerkschaftlichen Praktiken des Konzerns zu protestieren. Konkreter Anlass ist die wiederholte Entlassung von gewerkschaftlich aktiven Beschäftigten, dieses Mal in Sevilla. In der nächsten Ausgabe wird die „Direkte Aktion" ausführlich berichten über dieses Beispiel internationaler Solidarität.

FAU-Ticker

Die FAU Leipzig informiert auf ihrer Homepage über Möglichkeiten der (juristischen) Gegenwehr für LeiharbeiterInnen +++ Die Kampagne „Keine Arbeit ohne Lohn" der FAU Berlin wurde im Mai auch von der FAU Leipzig aufgegriffen +++ Das libertäre Zentrum „Libelle" in Leipzig ist bedroht! Es werden regelmäßige SpenderInnen gesucht, damit das Lokal erhalten werden kann +++ die FAU Frankfurt a.M. beteiligte sich an der Mobilisierung für den bundesweiten Aktionstag unter dem Motto „Freiheit statt Angst! – Gegen den Überwachungsstaat" am 31. Mai mit eigenen Forderungen +++ Auch die FAU Bremen war am Aktionstag beteiligt. Ein Redebeitrag findet sich auf der Homepage des Syndikates +++ Schon am 3. Mai war die FAU Bremen an den Aktionen gegen das religiöse „Christival" beteiligt. Auch hierzu gibt es einen Redebeitrag auf der Homepage +++ AktivistInnen der FAU-Syndikate aus Braunschweig und Hannover protestierten Ende Mai auf einer Jobmesse in Hannover gegen die Arbeitsbedingungen in der Leiharbeitsbranche +++ Die Syndikate der FAU in Aachen und Berlin beteiligten sich am ersten Mai an den örtlichen Mayday-Paraden +++ Die FAU Münster beteiligt sich gemeinsam mit der FAU Bielefeld am 5. Juli am Anti-Starbucks-Aktionstag.

Immer wieder verblüffend, diese hysterischen Massen, die sich kollektiv in einen animalischen Taumel der Besinnungslosigkeit begeben. Freilich, Alkohol durchfließt dabei zahlreiche Blutbahnen, doch die primäre Rauschsubstanz ist ein eckiges Textilwerk, das es in mannigfachen Variationen gibt, um damit die verschiedenen Triebmuster bedienen zu können. Man könnte viele wichtige politische und philosophische Argumente abwägen, um festzustellen, dass dieser Flaggenkult abzulehnen ist. Man könnte sich aber auch mit einem einzigen begnügen: Es ist widerwärtig! Ich persönlich wage zu behaupten, es wäre kultivierter, seinen NachbarInnen in einem vollurinierten Benjamin-Blümchen-Schlafanzug David-Hasselhof-Lieder vorzuträllern, als irgendwelchen nationalen Hymnen und Flaggen zu huldigen. Soviel zum ästhetischen Gesichtspunkt.

Zugegeben, der FAU-Merchandise hat es wieder mal versäumt, aus dieser Situation Profit zu schlagen. Schwarz-rote Autofähnchen im Angebot hätten sich sicherlich scheffelweise unter die zahlreichen Liebhaber hupender Autokorsos bringen lassen. Eventuelle Kaufzweifel aufgrund eines den Gewohnheiten zuwiderlaufenden Fehlens der vertrauten dritten Kolorierung ließen sich problemlos aus der Welt schaffen mit dem Vermerk, dass die Farbe „Geil" leider nicht mehr vorrätig war. Ohnehin gehöre doch dem schlichten Schwarz-rot die Zukunft.

Dafür müssen wir nicht erst unsere utopische Phantasie spielen lassen und uns vorstellen, wie nach der syndikalistischen Revolution allerorts das Pseudogold an den Schlandfahnen abgetrennt wird (ein Recycling-Problem dürften wir diesbezüglich wohl nicht haben). Nein, Schwarz-rot ist auch jetzt schon voll im Trend: immer mehr Linke putzen ihr Demoutensilien damit auf; und wie ich unlängst feststellen durfte, gibt jetzt sogar schon ver.di schwarz-rote Streikplakate heraus. Auch hier könnte der Profitriecher ausschlagen. Denn jedes Gericht würde uns in einer Klage gegen diesen offensichtlichen Etikettenschwindel Recht geben.

Denn ungeachtet aller kämpferischen Ambitionen der Dienstleistungsgewerkschaft sieht es mit deren Eignung zum Klassenkampf doch recht bescheiden aus. Zu der dilletantischen Streikführung im BVG-Konlikt (siehe letzte Ausgabe) gesellt sich die Katastrophe, die sich seit geraumer Zeit im Einzelhandelskonflikt darbietet. Gleichzeitig fungieren ver.di-Mitglieder als Streikbrecher im Konflikt bei der Frankfurter Rundschau. Und wenn ich es nicht besser wüsste, würde ich zudem vermuten, ver.di hätte die Finger im Spiel gehabt beim Streik der Milchbauern. Auch hier gab es einige Dämlichkeiten. Sorry, liebe Bauern, aber man muss die Dinge beim Namen nennen.

All diese verlorenen, weil dilletantisch geführten Auseinandersetzungen verursachen eine Art Mitleid bei mir. Da kommt man auch schon mal auf skurrile Ideen. Wie wäre es z.B. Beispiel, wenn wir in einem Anflug der Großzügigkeit ver.di einfach mal ein paar anarchosyndikalistische Offensivspieler in/an die Spitze und ruchlose Streikexperten als Berater zur Seite stellen würden. Da unsere Mannschaft ja gerade sowieso noch zu klein ist, um selbst effektiv am Spielbetrieb teilnehmen zu können, dürfte diese Leihgabe in Ordnung gehen. Allerdings sehe ich wenige Chancen, dass ver.di auf dieses gönnerhafte Transferangebot eingehen wird. Die Gewerkschaft wird wohl im Leben nicht an ihrem System rütteln. Und das folgt dem dialektischen Prinzip, Profispieler mit exorbitanten Gehältern konsequent wie Amateure spielen zu lassen.

Aus dem alpinen Nadelwald,
Subredakteur Marcks



Unser Expertenteam für den Klassenkampf: Delegierte auf dem Pfingstkongress 2008 der FAU

Syndikate, Ortsgruppen und Kontakte der freien arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bad Segeberg . . Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 15h Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0176) 29475839 (mittwochs nach 15h)
Bielefeld . . . . . c/o „Umweltzentrum", August-Bebel-Str. 16, 33602 Bielefeld. Treffen jeden 2. und 4. Di. im Monat, 19.30 Uhr. Jeden 1. Do. im Monat libertäre Filme in der Kneipe im AJZ, <faubi@fau.org>, www.fau-bielefeld.de.vu
Braunschweig . FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig, <faubs@fau.org>
Bremen . . . . . . FAU-IAA Bremen, c/o Naturfreundejugendhaus Buchte, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>, c/o FAU Bremen
Flensburg . . . . c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Hamburg . . . . . FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover . . . . . UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, fauh@fau.org, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
Kiel . . . . FAU Kiel c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck . . . . . . Kontakt über OG Hamburg

REGION WEST

Aachen . . . . . . FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net
Bochum . . . . . . Kontakt über FAU Dortmund, <faudo@fau.org>
Bonn . . . . FAU-OG Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt, (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de, OG-Treffen jeden Mi. 20.30 Uhr
Dortmund . . . . c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (Anrufbeantworter), Fax: (0231) 86 30 101, <faudo@fau.org>
Duisburg . . . . . Lokalföderation FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf . . . . FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Krefeld . . . . . . (02151) 39 42 70
Moers . . . . c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster . . . . . . FAU Münster, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <faums@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/muenster/static/, Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr. Offene Diskussionsveranstaltung jeden 4. Mi. im Monat, 20 Uhr. Präsenzzeit jeden Mi. 12-14 Uhr. Tel. (0251) 52 11 12

REGION OST

Altenburg . . . . Kontakt über Leipzig
Berlin . . . . Straßburger Str. 38, 10405 Berlin, <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 287 008 04. U2 Senefelder Platz. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur im ASy, 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>. Sektion Gesundheits- und Sozialberufe: 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im FAU-Lokal und am 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Cafe Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>
Dresden . . . . . . FAU Dresden, c/o Infocafé im AZ Conni, Rudolf-Leonhardt-Straße 39, 01097 Dresden, Präsenzzeit: zweiwöchentlich (ungerade Kalenderwochen) donnerstags 16.00 – 20.00 Uhr, <fau-dd@gnuviech.info>
Frankfurt/O. . . Kontakt über Potsdam
Görlitz . . . . Kontakt über Dresden
Göttingen . . . . Kontakt über Leipzig
Gransee . . . . . . FAU-IAA Ortsgruppe und GNLL/FAU Landwirtschaft, <faugrs@fau.org>, c/o Th. Beckmann, Dorfstr. 13, 16775 Wolfsruh
Halle/Saale . . . c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, ebenfalls GNLL-Kontakt
Leipzig . . . . VAB FAU Leipzig, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 16.00–17.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650
Magdeburg . . . . FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Potsdam . . . . . FAU Potsdam, c/o Madia, Lindenstr. 47, 14467 Potsdam. Tel. (0177) 639 50 60, <faupdm@fau.org>, www.fau-potsdam.de.vu, FAU-Café donnerstags von 15-20 Uhr im „KUZE", Hermann-Elflein-Str. 10. Treffen des ASy jeden Fr. 18.00 Uhr im Madia.
Schwarzenberg Kontakt über Leipzig
Zwickau . . . . . Kontakt über Leipzig

REGION SÜD

Aschaffenburg . Kontakt über Frankfurt/M.
Dreieich . . . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. . . c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>
Freiburg . . . . . . FAU-Freiburg, <faufr2@fau.org>,Treffen: jeden ersten So.im Monat ab 18Uhr,KTS,Baslerstr.103,79100 Freiburg; jeden dritten So.im Monat ab 18Uhr,Fabrik,Habsburgerstr.9,79104 Freiburg.
Gießen . . . . FAU-Ortsgruppe und Bildungssyndikat, c/o „Infoladen Gießen", Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Gießen, <faugi@fau.org>, www.ak44de.vu Jeden Mo. 19.00 Uhr Treffen des Allgemeinen Syndikats und des Bildungssyndikats. Jeden 2. Mi. ab 21.00 Uhr Kneipenabend „Café Sabotage", offener Abend für alle Interessierten bei Musik und Bier im „Infoladen Gießen"
Memmingen . . . FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
Lich . . . . FAU-Ortsgruppe, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Marburg . . . . . . <faumr@fau.org> oder über FAU Lich
Meiningen . . . . FAU Meiningen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
München . . . . . Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, (0163) 6174227, <faum@fau.org>, www.faum.de. Offenes Büro mittwochs 16–18 Uhr. Allgemeines Syndikat, jeden Mittwoch 18h, <kontakt@faum.de>, (0163) 6174227. Bildungssyndikat, <bildungssyndikat@faum.de>, (0175) 4155326. Gesundheitssyndikat SANITA, <faum14@fau.org>. Allgemeines Münchner Syndikat Erwerbsloser und Lohnabhängiger (A.M.S.E.L.), www.fau-amsel.info.ms, (0179) 7206614
Neustadt/W. . . FAU-Ortsgruppe, Postfach 2066, 76829 Landau, <faunw@fau.org>
Nürnberg. . . . . <faum16@fau.org>
Suhl . . . . Kontakt über Meiningen
Tübingen . . . . . c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden . . . . GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungssyndikate:
<bsy-public-info@list.fau.org>, www.bildungssyndikat.de
GNLL/FAU Landwirtschaft:
Berlin-Brandenburg, über Gransee, <gnll@fau.org>
GNLL/FAU Naturkostindustrie: über Hamburg

Regionalkoordinationen

Nord: Kiel <reko-nord@fau.org> | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org> | Ost: Potsdam <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M.

Geschäftskommission der FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Fettstr. 23, 20357 Hamburg, Allemagne, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Fettstr. 23, 20357 Hamburg, Allemagne, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)
IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), z.Zt. ohne Postadresse, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

FAU-CH . . . . Postfach 580, CH-8037 Zürich
Bern . . . . Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, <bern@fauch.ch>

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) - www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, allgemeines@syndikat-wien.org | Allgemeines Syndikat Oberösterreich, c/o Infoladen Wels, Spitalhof 3, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 6932864, syndikat_ooe@linuxmail.org | ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, aswi@lnxnt.org | Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Die infame Kunst der Betriebsführung

IWW, FAU und FAS demonstrieren in fünf Städten gegen Kunstbedarfskette

Am Samstag, den 7. Juni 2008 fanden vor fünf Filialen der Künstlerbedarfskette Boesner (in Köln, Frankfurt, Berlin, Wien und Graz) Proteste statt. Anlass war die Einführung von Samstagsarbeit in der Kölner Filiale, die am selben Tag erstmals stattfand, und die Verhinderung einer Betriebsratswahl in selbiger Filiale im Januar 2008. Zwischen beiden Sachverhalten (Samstagsarbeit und Betriebsratsverhinderung) besteht ein ursächlicher Zusammenhang. Denn die Samstagsarbeit wurde von der Kölner Geschäftsführerin Carmen Gieselmann angedroht, falls die Kölner Beschäftigten ihr Ansinnen einer Betriebsratsgründung nicht fallen lassen würden. Im Januar waren die Kölner Beschäftigen (ca. 25) in intensiven Einzelgesprächen und mehrfachen Gruppen-Terminen von ihrer dominanten Chefin und einer Handvoll Lakaien derart eingekocht worden, dass die Mehrheit für einen unabhängigen Betriebsrat in Frage stand. Dass die Samstagsarbeit nun dennoch kam, brachte das Fass zum Überlaufen.

Vor der Kölner Filiale protestierten am Samstagvormittag zwischen 10-15 Personen, nachdem die Industrial Workers of the World (IWW) in Köln dazu aufgerufen hatten. Es wurden Flugblätter an die Kundschaft verteilt, die meist interessiert zur Kenntnis genommen wurden. In den anderen Städten in Deutschland und Österreich beteiligten sich GenossInnen der FAU sowie der österreichischen Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS).



Protestaktion vor der Berliner Boesner-Filiale.

Sowohl in Frankfurt als auch in Berlin kamen die Geschäftsführer vor die Tür und zeigten sich empört über die Intervention von IWW und FAU. Sie hätten nichts mit der Kölner Filiale zu tun. Das ist beim Blick in das Handelsregister allerdings falsch: Die Gesellschafter der Berliner Boesner GmbH sind Michael Harnacke (Potsdam), Wolfgang Ekkehard Boesner (Witten) und besagte Carmen Gieselmann (Wildenburgstraße 9, 50939 Köln). Gieselmann ist darüber hinaus noch an der Münchner Filiale (in Forstinning) beteiligt. Gesellschafter der Frankfurter Filiale sind der Geschäftsführer Joachim Schmelzer (zu 33%) sowie die Boesner Großhandels GmbH aus Witten (zu 66%). Die Kette ist zudem durch einen zentralen Katalog, einheitliche Markenführung etc. als zusammenhängend erkennbar und angreifbar. In 24 Filialen gibt es übrigens nur einen einzigen Betriebsrat (in Witten).

Die Kette ist nach Einschätzung der Kölner Wobblies ein Gegner, der zwar ernst zu nehmen ist, aber durchaus besiegbar sein dürfte. Die Geschäftsberichte zeigen, dass der Laden floriert. Der Informationsdienst Creditreform taxiert den Jahresumsatz für 2007 in Köln bei 10 Mio. Euro, das Handelsregister weist für Berlin einen Jahresumsatz für 2006 von 6 Mio. aus, gegenüber 2,6 Mio im Vorjahr. Obwohl sich das Unternehmen in den Jahren seit seiner Gründung in den 1980ern ein alternativ-progressives Image gegeben hat, gehen viele KünstlerInnen mit einem Grummeln im Bauch zu Boesner. Denn sie sind sich der Tatsache bewusst, dass es sich hier um eine Kette in Ikea-Manier handelt, die durch Dumpingpreise und Massenabnahmen den Markt der kleinen Kunstbedarfsläden in den Innenstädten nach und nach austrocknet. Die Beratung lässt zu wünschen übrig (auch aufgrund von Stress und Personalunterbesetzung) und von KünstlerInnen geschätzte Faktoren wie Exklusivität und Stil sind der Boesner-Kette nur durch Marketing-Maßnahmen künstlich angeheftet. Das Milieu der Kunst- und Kulturschaffenden, von dem Boesner lebt, dürfte sicherlich einigermaßen sensibel darauf reagieren, wenn undemokratische Machenschaften und verstärkter Ausbeutungsdruck thematisiert werden.

Heiner Stuhlfauth (IWW Köln)

Fortsetzung von Seite 1

Wegziehen aus Thüringen oder zu schlechter bezahlten Arbeitsplätzen aufzubauen. Den ArbeiterInnen wurden fast nur Zeitarbeitsjobs angeboten, mit Stundenlöhnen unter 6 Euro und Kettenarbeitsverträgen für jeweils wenige Monate. Dieser Perspektive wird nun die selbstverwaltete Strike Bike GmbH mit einheitlichem Monatslohn entgegengestellt. Damit das Projekt gelingen kann, müssen relativ hohe Stückzahlen produziert werden, es sollen aber auch neue Produkte gefertigt werden, wie etwa Spezialfahrräder mit Elektroantrieb oder robuste Fahrradanhänger bzw. Handwagen.

Bisher haben weder die solidarischen UnterstützerInnen aus der Strike-Bike-Phase noch die selbstverwalteten Fahrradläden (VSF) mit finanzieller Unterstützung direkt helfen können oder wollen. Der VSF verwies auf seine Mitgliedsfirmen und der Hauptgeschäftsführer Lehrmann des Verbandes des Deutschen Zweiradhandels wird so zitiert: „Wenn Abnehmer da sind, sehe ich keine Probleme." Aber genau das ist das Problem: Die beiden Händlerorganisationen haben bisher nur Interesse an der Lieferung von rund 18.000 Rädern bis Ende des Jahres bekundet! Es wurden 6.000 Infobriefe an Fahrradhändler verschickt, die erhofften Bestellungen blieben jedoch aus. Die zwei im Außendienst reisenden KollegInnen erhalten bei der direkten Vorstellung ihrer Firma im Fachhandel hingegen gute Resonanz, die georderten Räder werden meist vorfinanziert.

Staatliche Fördergelder haben die Radschrauber bisher nicht bekommen. Während anderswo in Thüringen Subventionsmillionen aus dem EU-Fonds für regionale Entwicklun und aus Bundesmitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" fließen, hat die Thüringer Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) nichts weiter als eine „große Fresse" gehabt: von ehemals 135 KollegInnen haben nur 40 eine neue Arbeit gefunden. Der CDU-Wirtschaftsminister Reinholz hatte die Plattsanierung der Bike Systems GmbH als „willkommene Marktbereinigung" bezeichnet, warum sollte er nun eben diese ArbeiterInnen wieder (subventioniert) Fahrräder produzieren lassen? Bis Ende Juni leben die Striker-Biker noch von dem Geld aus der Transfermaßnahme (80% vom letzten Nettolohn). Ab Juli müssen sie ihre Löhne selbstverwaltet erwirtschaften oder sich bei der Arbeitsagentur für ALG I anstellen.

Solidarität und gegenseitige Hilfe?

Innerhalb der FAU gibt es weiterhin Bereitschaft, die Strike-Biker zu unterstützen. Allerdings gehört eine Firmengründung sicherlich nicht in den Aufgabenbereich einer Gewerkschaftsföderation. Für Unmut sorgt zudem, dass sich die GründerInnen der Strike Bike GmbH nicht mehr so recht an die Solidarität der AnarchosyndikalistInnen erinnern mögen. So wird die FAU, aus der nicht nur die Idee für das Strike Bike kam, sondern von deren Seite auch die gesamte Pressearbeit, der Internetauftritt, die Mobilisierung der internationalen Solidarität und der Europa-Vertrieb des Strike Bike gewährleistet wurde, in einem Unterstützungsaufruf der Strike Bike GmbH nur unter „verschiedenste Gewerkschaftsgruppen" abgetan, die die Produktion des Strike Bike ermöglicht hätten. Kritisiert wird, dass die Nordhäuser Fahrradwerker ein rein instrumentelles Verhältnis zu ihren UnterstützerInnen hätten.

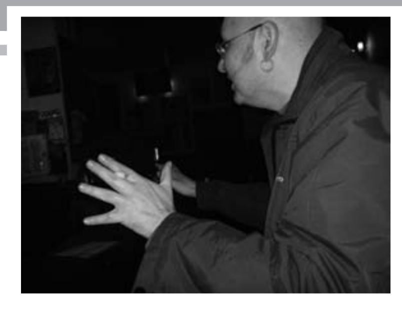


Bis Anfang Juni gingen nur knapp 600 Bestellungen für die „Schwarzen (Räder) mit der roten Seele" ein. Es wird also weiterhin solidarische Unterstützung benötigt. Die Ausdauer und unglaubliche Hartnäckigkeit dieser KollegInnen verdienen Respekt. Ihre Uneinsichtigkeit in die kapitalistischen Notwendigkeiten wird ihnen hoffentlich weiter den Rücken stärken. Dabei sollten sie allerdings nicht vergessen, auf wen sie sich verlassen konnten, als es darauf ankam. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Eine kämpferische Arbeiterbewegung kann nur auf der Grundlage gegenseitiger Hilfe und Solidarität entstehen.

Folkert Mohrhof (Café Libertad Kollektiv Hamburg)

Bestellungen und Informationen über: www.strike-bike.de

Kolumne Durruti



An einem Dienstagmorgen begegnete ich in meinem Wohnviertel, dem Prenzlauer Berg in Berlin, einer eigenartigen Menschenmenge. Männer und Frauen zwischen 40 und 50, in Anzügen von Armani, Dolce & Gabbana usw., bewaffnet mit surrenden Camcordern, umstellten dort einen mittelgroßen Baum, vor dem zwei ratlos dreinschauende Streifenpolizisten reiferen Alters standen. Der Baum selbst war bis in Augenhöhe mit – zumeist von Kinderhand – gemalten Protestnoten zugeklebt: „Bäume wollen AUCH leben!" „Kein Baum ist illegal!" Oder tief sarkastisch: „Dieser Baum wurde zum Tode verurteilt!"

Die Bezirksverwaltung hatte unlängst festgestellt, dass all die schönen Bäume, die während der DDR-Zeit im sich selbst überlassenen Schmuddelviertel gewachsen sind, nicht vorschriftsmäßig gepflanzt wurden und nun weg müssen. Überall in der Gegend sind nun Bäume fällende Rollkommandos unterwegs, um für Ordnung zu sorgen. Doch der Widerstand formiert sich. Wie an diesem Morgen.

Die Stimmung ist aufgeheizt, aggressiv. Ein Mann schimpft vor sich hin, aufgebracht darüber, dass der Baum vor seinem Wohnhaus gefällt werden soll. Einer der beiden Ordnungshüter legt ihm freundschaftlich die Hand auf die Schulter, lächelt und hebt an zu sprechen, um ihn zu beruhigen. Doch der Renegat im Armani-Anzug reißt sich los. „Fassen sie mich nicht an!", macht er lauthals deutlich, und an seine MitstreiterInnen gerichtet: „Das ist Freiheitsberaubung!". Der arme Polizist sah derart erschrocken aus, dass man förmlich hören konnte, wie sehr er sich in die gute, alte DDR zurücksehnte, als es hier noch nur ganz normale Wirrköpfe gab. Währenddessen tänzelte eine nicht mehr ganz junge Frau in einem geblümten Jutekleid durch die Reihen der Protestierenden und parlierte mit quiekender Stimme: „Und was ist mit dem Nest? Denkt denn niemand an das Nest?"

Dies war das Stichwort für den bühnenreifen Auftritt des Helden der WiderständlerInnen. Mit weit ausholendem Schritt kam er um die Ecke, strotzend vor Selbstbewusstsein und Siegeswillen: der Anwalt. In einem schwarzen Anzug aus feinem Zwirn, darunter ein weißes Hemd ohne Krawatte (schließlich ist man Nonkonformist), schüttelte er die Hände der Demonstrierenden und verströmte Zuversicht und positive Energie. Entschlossen verwies er die Staatsgewalt in ihre Schranken („Sie dürfen hier gar nicht stehen") und nahm die Sache in die Hand. Von der anderen Straßenseite aus nahm er den für illegal erklärten Baum mit einem kleinen Opernglas ins Visier. Dann ertönte sein triumphaler Ruf mit sonorer Stimme, dass es von den luxussanierten Häuserwänden widerhallte: „Es sind Eier im Nest. Die Sache ist damit abgeblasen."

Jubelszenen! Menschen, die sich in den Arm nehmen, dabei unentwegt lächelnd. Ein Mann mit sauber getrimmtem Vollbart streichelt den Baum, als sei er sein Kamerad, und flüstert ihm zu: „Wir haben's geschafft!" Der Anwalt erläutert noch kurz, dass der Baum „mindestens bis September" gerettet sei, da das Amt für Artenschutz erst prüfen müsse, wessen Eier denn da im Nest lägen. Siegestrunken zerstreut sich die Menge, Polizei und Baumschlächter ziehen ab. Erschöpft lege ich mich wieder ins Bett.

Kaum zwei Stunden später weckt mich jäh ein hässliches, durchdringendes Geräusch: „nääääääöööööö!" keift es, gefolgt von einem dumpfen „buff!". Dann abermals „niiiiiiiiiiöööööäääää – buff!" Ich trete auf den Balkon und reibe mir verdutzt die Augen: Während am Wegesrand die beiden Gärtner die Motorsägen wieder einpacken, steht neben ihnen ein vielleicht zwei Meter hoher, ast-, zweig- und blattfreier Stumpf, darauf ein kleines Vogelnest.

Und da sage noch jemand, Behörden hätten keinen Sinn für Humor.

Matthias Seiffert

TERMINE

Aachen

Fr. 4. Juli, 20.00 Uhr
Welthaus, An der Schanz 1
Film: Vivir la Utopia — Die Utopie leben
Dokumentation über die gesellschaftlichen Veränderungen während der Spanischen Revolution

Fr. 11 Juli, 20.00 Uhr
Welthaus, An der Schanz 1
Die Spanische Revolution
Infoveranstaltung mit Rudolf Mühland

Mo. 28. Juli, 20.00 Uhr
Autonomes Zentrum, Vereinstr. 25
Der Schwarze Block feiert Geburtstag
Eine Stunde Geschichte, Tanzen die ganze Nacht; veranstaltet u.a. von der FAU Aachen

Leipzig

Sa. 5. Juli, 21.00 Uhr
Projekt G16, Gießerstr. 16
Soli-Konzert für die Streikkasse der FAU LeipzigVon Punk über Rock zur Disco, von politisch zu perplex, von zarter Gitarre zu aggressiver Violine

Münster

Mi. 6.8., 21 Uhr
Frauenstraße 24: Geigerzähler präsentiert seine neue Scheibe „Revolutionsmusik".

Weitere Termine auf www.fau.org

Arbeitnehmer im Sonderangebot

Die Deregulierungsoffensive der Arbeitgeber im Einzelhandel und die Streikversuche von ver.di

Sommer 2006: Vor dem Großmarkt in einer südwestdeutschen Kleinstadt sitzen ca. 20 Beschäftigte des Marktes in der Sonne, von den Passanten bestaunt, vom Marktleiter argwöhnisch beäugt. Etwas verschämt an der Seite ein rotes Plakat „Wir streiken!“, daneben einige weiße Fahnen [sic!] mit ver.di-Emblem. Der Kundenstrom fließt ungehindert an der kleinen Gruppe vorbei. An den Kassen zwar Schlangen, aber der Rubel rollt offensichtlich ungehindert. Von knapp 300 Beschäftigten beteiligen sich gerademal 20 am Streik. „Na ja, das ist immer so bei den Tarifverhandlungen, so Rituale, das machen wir einmal im Jahr ein paar Tage, dann gibt's mehr Geld“, erklärt eine der streikenden Kolleginnen. Na ja, denkt da der interessierte Laie, ob das so gut gehen kann? Streik als Ritual?

Die Situation im Einzelhandel

Zum 31. Dezember 2006 werden dann von den Landesverbänden des HDE (Hauptverband des Deutschen Einzelhandels) sämtliche Manteltarifverträge mit der Gewerkschaft ver.di gekündigt. Ziel ist es, die Zuschläge für Spät- und Sonntagsarbeit (20%) und für Nachtarbeit (50%) zu streichen. Diese wären, nach der Aufweichung des Ladenschlussgesetzes, nicht mehr zeitgemäß. Für die (überwiegend weiblichen) Beschäftigten, stellen sie aber, wie in Schichtbetrieben meist der Fall, einen ganz erheblichen Bestandteil ihres Lohns dar. In vielen Fällen machen sie ein gutes Drittel des Gesamteinkommens aus. Der Durchschnittsverdienst im Handel liegt, nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, bei ca. 2.400 Euro brutto, für Vollzeitbeschäftigte allerdings. Und das sind nur wenige in der Branche. Männer sind es in der Regel, die den überwiegenden Teil der Markt- und Bezirksleiter, aber auch des mittleren und gehobenen Managements stellen. Die meisten Verkäuferinnen und Kassiererinnen arbeiten in Teilzeit, etwa 900.000 sogar als geringfügig Beschäftigte, in sog. „Minijobs“ für max. 400 Euro im Monat. Was in diesem Bereich allerdings fast wieder einer Halbtagsbeschäftigung entspricht! Tariflich festgelegt ist ein Stundenlohn zwischen 6,50 und 13 Euro. Die tatsächlich gezahlten Löhne liegen meist weit darunter, oft zwischen fünf und sechs Euro. Dafür gibt es dann Arbeit zu extrem ungünstigen Zeiten, Überstunden, Arbeit auf Abruf.

Die Strategie der Unternehmer

Natürlich legen die Unternehmer es darauf an, die Lohnschraube nach unten zu drehen, einfach dadurch Geld zu sparen, dass man es den Beschäftigten vorenthält. Etwas genauer betrachtet ist dies aber auch ein weiterer Baustein in der Strategie des Einzelhandelsverbandes, Arbeitsverhältnisse zu deregulieren, zu flexibilisieren und damit die gesamte Branche neu aufzustellen. Noch weniger Vollzeitkräfte als bisher



Quelle: www.dichtmachen.org

Die bestreikte Reichelt-Filiale bei der Aktion „Dichtmachen“ am 6. Juni in Berlin.

soll es in Zukunft geben, fast nur noch in Führungspositionen – das Rückgrat der Unternehmen sozusagen. Daneben einige Teilzeitkräfte für Aufsichtsfunktionen und zur Disponierung der Minijobberinnen, der Aushilfen und Leiharbeiterinnen. Letztere wiederum sollen dann nur noch bei Bedarf eingesetzt werden, wenn die im Voraus möglich exakt berechneten Kundenströme dies erfordern, wenn Personal ausfällt oder unvorhergesehener Arbeitsaufwand ansteht. Keine Leerlaufzeiten, jede Arbeitsstunde voll ausgenutzt, keine unnötigen Kosten! Daran arbeiten die Unternehmen seit Jahren, unterstützt durch die Politik, die dies durch entsprechende Gesetze, wie das Teilzeit- und Befristungsgesetz erst ermöglicht hat. Die Änderungen in den Ladenschlussgesetzen der Länder sind ein weiterer, von langer Hand vorbereiteter Schritt in Richtung auf amerikanische Verhältnisse: rund um die Uhr geöffnete Läden in Kombination mit schlecht bezahlten Minijobs.

ver.di gibt sich kämpferisch

Die Gegenforderung der Unternehmer traf ver.di recht unvorbereitet. Wer Jahrzehnte lang lediglich Rituale zwecks Lohnerhöhungen von ein paar Prozent vollzogen hat, ist nicht unbedingt in der Lage, solchen Angriffen etwas entgegenzusetzen. Derartigen Frontalangriffen kann eine Gewerkschaft nicht dadurch begegnen, dass sie hier und dort ihre wenigen Mitglieder in den Streik ruft. Das hat mittlerweile auch ver.di gemerkt. Unter dem Motto „be.streikt“ und „dichtmachen!“ ruft ver.di in Berlin zusammen mit linken Gruppen um das „Maydaybündnis“ und anderen Unterstützern dazu auf, jeweils eine Filiale einer Handelskette richtig zu bestreiken, d.h. „die Arbeit und der Einkauf in dieser Filiale sollen komplett ruhen“, wie es in einer Pressemitteilung von ver.di Berlin-Brandenburg heißt. Kunden, Passanten, Sympathisanten, die Öffentlichkeit sollen in den Arbeitskampf mit einbezogen werden. „Campaigning“ wird das im Jargon genannt, eine Form der direkten Aktion, die aus der syndikalistischen Bewegung stammt und in karikierter Form zunächst bei den modernen US-Gewerkschaften und langsam auch im DGB angekommen ist. Bleibt abzuwarten, wie diese „neue“ alte Taktik von einer reformistischen Gewerkschaft wie ver.di eingesetzt wird. Bisher degenerierten ähnliche Ansätze einer vermeintlich kämpferischen Gewerkschaftsarbeit innerhalb kürzester Zeit zu etwas unkonventionellen Mitgliederwerbeaktionen. Für die Beschäftigten bliebe zu hoffen, dass es diesmal anders wird.

Karl Hoffmann (FAU Neustadt a.d.W.)

Lehre der leeren Taschen

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und unbezahlte Arbeit machen sich auch an den Hochschulen breit

Viel wurde schon gesagt über die Studierenden von heute, die in miesen Teilzeitarbeitsverhältnissen und Praktika ausgebeutet werden und als Zersetzungsfaktor regulärer Beschäftigung missbraucht werden. Doch das Hochschulmilieu und dessen Struktur wirken nicht nur indirekt als Quell der Prekarisierung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Die Universitäten erweisen sich zunehmend selbst als Heim von pre-karisierten Arbeitsverhältnissen.

In Zeiten, in denen durch neoliberale Sozial- und Wirtschaftspolitik die Unter-nehmen zunehmend steuerlich entlastet werden, trägt die besitzende Klasse im-mer weniger zur Finanzierung der öffent-lichen Einrichtungen bei. Die Hochschulen versuchen den dar-aus resultierenden fiskalischen Druck zu kompensieren, indem sie unter anderem ganze Studienangebote streichen oder aber eben an den Honoraren sparen. Dass dies gerade diejenigen Studiengänge betrifft, die wirtschaftlich nicht rentabel sind und keine oder kaum Investitionen erhalten, bedarf wohl keiner Erklärung.

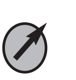
Auch hier sind Studierende bzw. Ab-solventInnen ungewollt das maßgeblich Vehikel eines Zersetzungsprozesses. Tutoren- und DozententätigkeIten werden zunehmend auf Studierende ab-gewälzt, die diese Arbeit für lau verrich-ten. Gebrauch macht man hierbei von den Illusionen und Karriereambitionen der Studierenden. Die Möglichkeit, sich ein paar Sporen dazu zu verdienen, die für bessere Chancen im akademischen Werdegang sorgen, reizt enorm viele. Besonders kultiviert haben die Form der Ausbeutung von Studierenden diverse Hochschulen in Nordrhein-Westfalen: Hier gibt es z.B. die Möglichkeit, sich durch die unbezahlte Verrichtung von Tutorien credit points als Leistungsnach-weis anrechnen zu lassen.

Gleichzeitig machen es immer mehr Institute zur Voraussetzung, dass junge AkademikerInnen, die in den Lehrbetrieb einsteigen wollen, ein oder mehrere Se-mester Lehraufträge unbezahlt ableisten, während selbst alte Hasen zunehmend dazu gezwungen sind, um überhaupt im »Geschäft« zu bleiben. Ein Lehrauftrag – und sei er auch unbezahlt – macht sich im Lebenslauf nun mal besser als eine klaffende Lücke.

Letztlich zeigt sich dann auch hier der soziale Selektionsprozess an den Univer-sitäten auf höherer Ebene. Studierende, die ihre Existenz durch Lohnarbeit si-chern müssen, werden es sich mehr als einmal überlegen, ob sie sich eine unbe-zahlte Lehrtätigkeit überhaupt „leisten“ können. Denn Voraussetzung dafür ist, entweder über den nötigen finanziellen Hintergrund zu verfügen oder aber dras-tische Entbehrungen in Kauf zu nehmen. Sozial schwache Studierende haben somit nicht nur im Studium selbst schon gehö-rige Nachteile, auch der Einstieg in den akademischen Beruf wird ihnen dadurch weiter erschwert.

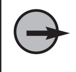
Esther Guttke

Zahlen, bitte!



New York: Drei Millionen hungern

In New York haben 3,1 Millionen Einwohner zu wenig Geld für Essen. Das ergab eine Studie der New York Food Bank, die seit 25 Jahren Suppenküchen in der US-Finanzmetropole betreibt. Die Preise für Lebensmittel haben sich von 2003 bis 2007 verdoppelt, dazu kommen die hohen Mieten und Benzinpreise. Betroffen sind vor allem Einwanderer aus Lateinamerika und Bewohner des armen Stadtteils Bronx.



67 Millionen Flüchtlinge auf der Welt

Die Weltflüchtlingsorganisation UNHCR gibt die Zahl der Flüchtlinge auf der Welt für das Jahr 2007 mit 67 Millionen an. Davon flohen 11,4 Millionen Menschen in andere Länder. 26 Millionen sind Binnenflüchtlinge. Die Hauptgründe sind Verfolgung, Krieg und Naturkatastrophen. Allein 4,6 Millionen Palästinenser wurden von Israel aus ihrer Heimat vertrieben.

Keine Arbeit ohne Lohn!

Urteil gegen un(ter)bezahlte Praktika

Das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg hat entschieden, dass eine geringe Bezahlung von Arbeitsleistungen im Zuge eines Praktikums als „sittenwidrig“ eingestuft werden kann. Geklagt hatte eine Diplomingenieurin, deren sechsmonatiges Praktikum bei einem Fachbuchverlag mit 375 Euro monatlich (2,46 Euro/h) bezahlt wurde. Entgegen des Plädoyers der Verlagsgesellschaft entschied das Gericht, dass die Klägerin dieselben Arbeiten wie die Projektleitung verrichten musste und daher nicht als Praktikantin, sondern als Arbeitnehmerin einzustufen sei. Damit habe sich der Verlagsleiter „unter Hinweis auf den Zwang der Verhältnisse“ (Zitat: „Es findet sich immer wieder jemand, der sich darauf einlässt“) wissentlich des Lohnwuchers schuldig gemacht und müsse daher den zum unternehmensüblichen Lohn fehlenden Restbetrag von 7090,65 Euro auszahlen. Fraglich bleibt, ob das Urteil Präzedenzcharakter haben wird, da seine Grundlage das Missverhältnis des Ausbildungscharakters gegenüber der Erbringung von Arbeitsergebnissen ist, das vom Arbeitsgericht von Fall zu Fall neu eingeschätzt werden muss.



Näheres siehe auf:
www.keine-arbeit-ohne-lohn.de

Unbezahlte Probearbeit bei Boesner

Auch bei der Kunstbedarfskette Boesner, mit der die IWW Köln derzeit im Konflikt steht und dabei von der FAU unterstützt wird (siehe Seite 3), soll systematisch von unbezahlter Probearbeit Gebrauch gemacht worden sein. Zwischen Ende 2006 und Mitte 2007 schrieb das Unternehmen Stellen auf seiner Internetseite aus, die es gar nicht gibt. Dennoch lud Boesner auf diese Stellenangebote reagierenden Menschen zu einer zweitägigen Probearbeit ein, bei der u.a. reguläre Tätigkeiten im Verkauf zu leisten waren. Abgesehen von dem eventuellen Angebot einer Teilzeitstelle auf 400-Euro-Basis erhielten die ProbearbeiterInnen nach eigenen Angaben nichts. Da Boesner nach wie vor auf seiner Internetseite zahlreiche Stellen ausschreibt, liegt der Verdacht nahe, dass diese Praxis immer noch üblich ist. Ein Grund mehr, Boesner das Geschäft zu vermiesen.



Vorstoß und Zurückhaltung zugleich

Streik im Öffentlichen Dienst Berlins heißt: Verbal-Attacken und gewerkschaftliche Bescheidenheit

Streikwelle, hört sich gut an, ist aber, wie so mancher Wellenkamm, schwer zu reiten. Seit Monaten schon ziehen sich die Aktionen im Einzelhandel hin (siehe Seite [x]), und besonders hart geht es in der Hauptstadt zu, auch in anderen Branchen.

Seit Wochen ruft eine Tarifgemeinschaft Öffentlicher Dienst (ver.di, GEW, IG BAU, GdP) zum Arbeitskampf auf. Die Gewerkschaften fordern für ca. 50.000 Landesbeschäftigte 2,9% mehr Gehalt bzw. 5,9% mehr Lohn sowie dreimal je 300 Euro. Damit steigen sie so bescheiden in den Ring, dass nicht einmal Hoffnung auf Inflationsausgleich besteht. Ver.di sitzt wohl noch das BVG-Debakel im Genick (DA berichtete): Ausgehend von zweistelligen Lohnforderungen bei einer Laufzeit von zwölf Monaten, hatte man sich auf 4,6% und 24 Monate drücken lassen, aus mindestens 250 Euro mehr wurden höchstens 100.

Anders als bei der BVG wurde der Auftakt der Auseinandersetzung im ÖD Anfang Mai in der Öffentlichkeit zunächst kaum wahrgenommen. Erst der Aufruf zu einem „Arbeiter-aufstand" am 17. Juni, in Anlehnung an die Arbeiteraktionen in der DDR im Jahre 1953, brachte die Gewerkschaft auf die Titelseiten. Eine Meisterleistung in Sachen Öffentlichkeits-arbeit – wenn der Fakt der Schlagzeile genügt. Nicht nur in der Presse stieß ver.di-Verhand-lungsführerin Westhoff damit auf Unverständnis; auch im Gewerkschaftsapparat distanzierte man sich.

Das Schlimmste aber ist, dass sich der vollmundige Aufruf einmal mehr als PR-Blase entpuppte: Nur 1.000 Gewerkschaftsmitglieder – also gerade mal 2% der betroffenen Beschäftigten – versammelten sich am Morgen des 17. Juni, und das nicht zum Aufstand, sondern zu Demo und Frühstück. Verheißungsvoller als der Westhoffsche „Arbeiteraufstand" war mithin die zeitgleiche Ankündigung einer „zweiten und dritten Streikphase" durch ver.di-Bezirksleiterin Stumpenhusen.

Auch das ein Bluff, oder zumindest gescheitert: Ende Mai streikten 7.000 Beschäftigte, Mitte Juni waren es weniger als halb so viele. Die „moderate" Taktik ausschließlich punktueller Streiks wird beibehalten. Dabei scheinen weniger wirtschaftliche Nervenknoten im Blickfeld, Bußgeldstellen z.B., als vielmehr prestigeträchtige Stellen, etwa in Kindergärten. Am 1. Juli sollen endlich alle Beschäftigten Berlins ganztägig die Arbeit niederlegen; im Aufruf selbst heißt es jedoch, der Streiktag ende „ca. 13 Uhr".

So kann es nur an der Sorge ums Image gelegen haben, dass am 20. Juni, nach sieben Wochen offizielle Verhandlungen aufgenommen wurden. Bis dahin hatte sich der Rotrote Senat eisern gezeigt, SPD-Innensenator Körting bot lediglich zwei Einmalzahlungen à 225 Euro – auf ein Jahr berechnet wären das 6,5 Cent mehr pro Stunde. Das neue Angebot sieht nun einmalig 300 Euro vor und eine Lohnsteigerung um 50 Euro – ab Mitte 2009. Die Tarifgemeinschaft hat hier mit ihrem eigenen Werk zu kämpfen: 2003 hatte sie einen „Solidarpakt" unterzeichnet, der die Löhne bis Ende 2009 nicht nur einfror, sondern durch Arbeitszeitverkürzung sogar um 8% senkte – weniger Arbeit aber ist nicht drin, vielfach werden Überstunden geschoben. Damit verdient man im ÖD Berlin deutlich weniger als der Rest der Republik. Eine weitere selbstgeschusterte Einschränkung sind die Haustarifverträge bei Stadtreinigung und Krankenhäusern. Eine weitere Niederlage einer der größten deutschen Gewerkschaften zeichnet sich also ab.

André Eisenstein

Die Kleinen wie die Großen

Ein Kommentar zum Streik der Milchbauern

Frische Milch wird tonnenweise in Gullis gekippt oder auf Feldern versprüht. Mehrere Tage durfte man solche Aktionen der streikenden Milchbauern Ende Mai/Anfang Juni über die Medien verfolgen. Hintergrund dieser Aktionen ist, dass die Landwirte nach Aufruf des Bundesverbands der Milchviehhalter (BDM) einen Lieferboykott gegen den Handel verhängt hatten, um damit höhere Abnahmepreise für den Liter Milch zu erzwingen. Tatsächlich zeigte der Lieferstopp seine Wirkung: Molkereien mussten ihre Produktion drosseln, im Handel kam es zu Lieferengpässen. Durch den damit aufgebauten Druck sind die Milchbauern ihrem Ziel ein Stück näher gekommen. Der BDM sieht nun gute Chancen, höhere Erzeugerpreise flächendeckend durchzusetzen – was der wesentlich größere Bauernverband mit seiner Lobby-Arbeit bisher nicht vermochte.

Die Bauern machen sich damit nicht überall beliebt, nichtsdestotrotz hat ein hoher Anteil der deutschen Bevölkerung Verständnis für ihr Anliegen. Der Schuh drückt im Wesentlichen woanders, und das betrifft das konkrete Vorgehen der Milchviehhalter. Die Gewerkschaft NGG beispielsweise zeigte sich empört und befürchtete, dass Arbeitnehmer durch die Aktionen von Kurzarbeit oder gar Arbeitsplatzverlust betroffen seien. Das ist nicht ganz falsch, doch sollen die Milchbauern deshalb auf ihr einziges Druckmittel verzichten? Der DGB mag Symbolik lieben, die Bauern zumindest wissen, dass man damit nichts erreicht.

Hier zeigt sich ein grundlegendes Problem: Die Milchbauern sind für die NGG kein potentielles Klientel, auch wenn sie in derselben Branche arbeiten: Als Selbstständige gelten sie als Unternehmer. Das allerdings ist eine grobe Fehleinschätzung. Tatsächlich gibt es zahlreiche Bauern, die Unternehmen im eigentlichen Sinne führen, Leute beschäftigen und ausbeuten. Die können uns auch relativ egal sein und verdienen keine Unterstützung. Die Mehrheit der Milchbauern jedoch sind zwar keine „Arbeitnehmer", doch die Selbstständigkeit ist auch bei ihnen nicht mehr als eine Farce. Beschäftigt sind meist nur sie selbst. Die Tatsache, dass die Milchbauern ihre Produktionsmittel selbst besitzen, macht sie noch nicht zu Unternehmern. Ein Schuhputzer auf der Straße erfüllt das gleiche Kriterium und befindet sich dennoch in der Abhängigkeit, Arbeitskraft und Produkt zu verkaufen. Formalismen spielen bei Klassenverhältnissen keine Rolle. Eine Gewerkschaft im Nahrungsmittelbereich, die sich nicht von solchen Formalismen würde leiten lassen, wäre womöglich in der Lage, die relevanten Milchbauern und ihre Interessen einzubeziehen. Dann befände man sich gar nicht erst in dem Dilemma eines Interessenwiderspruchs.

Zurück zum BDM: Ärgerlich ist v.a. die Tatsache, dass Lebensmittel einfach vernichtet werden. Man muss nicht erst die Moral predigen, dass man mit Essen nicht spielt, um daran Kritik zu üben. Vor allem unter streikstrategischen Gesichtspunkten ist dies nicht gerade die konstruktivste Vorgehensweise: Man stelle sich vor, die Bauern wären stattdessen mit ihren Wägen in die Städte gefahren und hätten die Milch kostenlos an die Bevölkerung abgegeben. Öffentlichkeitswirksam wäre das ebenso gewesen, und nicht nur das – es wäre auch viel effektiver. Die Verbraucher hätten dann keine „Streikbrechermilch" mehr kaufen müssen, was den Handel noch viel stärker getroffen hätte. Gleichzeitig wäre auch dies eine Aktion der sozialen Verantwortlichkeit gewesen (siehe DA #187, S. 5), die auch das Interesse der KonsumentInnen berücksichtigt. Zusätzliche Sympathie und Unterstützung wären den Bauern sicher gewesen. Daraus lernen wir, dass auch Bauern ähnlich ticken wie Studierende: Medieneffekte und Symbolismus sind ihnen wichtiger als die Entfaltung der Druckpotentiale. Irgendwie scheint keiner den Mut zu haben, das Konzept Streik konsequent zu Ende zu denken.

Holger Marcks

Endlich!

Warnstreik bei der Frankfurter Rundschau

Im Anschluss an eine Betriebsversammlung fand am 12.6. ein befristeter Warnstreik beim Druck- und Verlagshaus der Frankfurter Rundschau (FR) statt. Die KollegInnen hatten beschlossen, dass die Ausgabe für den 13.6. nicht gedruckt wird. Leider wurden bei Madsack in Hannover ca. 50.000 Streikbrecher-Zeitungen von ver.di-KollegInnen hergestellt, woraufhin Mitglieder der betrieblichen Streikleitung der FR zum Boykott dieser Ausgabe aufriefen.

Hintergrund des Warnstreiks ist der Versuch des Konzerns M. DuMont Schauberg (MDS), die Belegschaft zu zerschlagen. Geplant sind Entlassungen und die Nutzung einer Niedriglohnfirma (FR-Design), die durch Outsourcing von Teilen der Redaktion gebildet werden soll. Dorthin sollen auch KollegInnen der FR-eigenen Leiharbeitsfirma „Pressedienst Frankfurt" verschoben werden. Im Vergleich zum Tarifvertrag der Druckindustrie bzw. der Redakteure bedeutet der andere Tarifvertrag bei FR-Design eine Lohnsenkung zwischen 800 und 1.000 Euro brutto monatlich.

Welche Rolle ver.di in diesem Konflikt einnehmen wird, ist noch nicht abzusehen. In einem offenen Brief von ver.di-Vertrauensleuten bei der FR wird bitter geklagt: „Alle Betriebsratsfürsten ... und auch die Hauptamtlichen aus [den] Streikbruch-Orten sind dummerweise angeblich nicht erreichbar und/oder müssen/möchten auf „Rechtslagen" etc. Rücksicht nehmen. Praktische Solidarität ist sowohl in Köln als auch in Hannover ein Fremdwort. Diese Dukmäuser lügen unsere streikende Belegschaft an und der ver.di-Apparat schaut tatenlos zu. So wie auch in anderen Städten lassen diese Herren Funktionäre zu, dass kämpfende Belegschaften verbrannt statt unterstützt werden. ... Es ist erst 5 nach 12, und noch lange nicht ist der Widerstand der FR-Belegschaft gebrochen. Der ver.di-Elefant ohne Füße hat daran aber recht wenig Anteil."

Ob die beabsichtigten Maßnahmen des MDS-Konzerns zu verhindern sind, hängt nicht allein von der weiteren Kampfbereitschaft der FR-Belegschaft ab. Hier sind die Beschäftigten auch auf Unterstützung von außen angewiesen. Ein Erfolg bei der FR ist auch deshalb so wichtig, da ähnliche Angriffe der Unternehmer zurzeit bei vielen Verlagen in Deutschland stattfinden.

Kersten Chors



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

BRD: Die Stasi-Telekom-Connection

In einer der größten bislang bekannt gewordenen nichtstaatlichen Geheimdienstaffären wurde der Staatskonzern Telekom kürzlich durch gezielte Indiskretionen als ein Haufen von Dilletanten vorgeführt. Man weiß gar nicht, wo man beginnen soll, die gebrochenen Gesetze zu zählen, es steht aber immerhin zu vermuten, dass die Verantwortlichen dafür nie zur Rechenschaft gezogen werden, von dem einen oder anderen Bauernopfer einmal abgesehen. Welch eine Mischung beim größten Lieferanten von gespeicherten Vorratsdaten! Eine Detektei, deren Handwerkszeug und Verbindungen aus Stasi-Zeiten stammen, ein (mittlerweile gefeuerter) Leiter der Konzernsicherheit, der auch im »Sicherheitsforum deutsche Wirtschaft« saß, einem Gremium, dessen Aufgabe es ist, „in Sicherheitsfragen den Austausch zwischen Deutschlands größten Konzernen zu stärken und staatlichen Behörden wie Bundesnachrichtendienst, Verfassungsschutz und Bundesinnenministerium als Ansprechpartner in der Wirtschaft zu dienen". Das ist das Personal, mit dem Schäuble seinen Alptraum vom „präventiven Sicherheitsstaat" verwirklichen möchte. Im Innenministerium sorgt man sich folgerichtig um die Möglichkeiten der Schadensbegrenzung. Immerhin hat der Fall Telekom bis zur Kenntlichkeit verdeutlicht, welche Möglichkeiten in der dekretierten Vorratsdatenspeicherung der Telefon-, Handy- und Internetdaten stecken.

BRD: Heimliche Kontenabfragen bei BezieherInnen von Leistungen nach SGB II

Das Erwerbslosenforum brachte im Mai eine Praxis ans Tageslicht, die den Datenschutz für BezieherInnen von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II faktisch außer Kraft setzt. Die Sparkasse Köln-Bonn hatte in mehreren Fällen Auskünfte über ALG II-BezieherInnen, die bei ihr ein Konto unterhalten, ohne Wissen der Betroffenen an eine ARGE weitergegeben. Nachdem das Erwerbslosenforum diese Praxis öffentlich gemacht hatte, zog sich die Sparkasse darauf zurück, dass sie nach § 60 Abs. 2 SGB II zur Auskunftserteilung verpflichtet sei. Die Regelung besagt, dass Kreditinstitute auf Anforderung der Bundesanstalt für Arbeit Daten über Menschen, die Leistungen nach SGB II beziehen, weitergeben müssen. Absatz 4 des gleichen Paragrafen verschafft der Bundesanstalt für Arbeit sogar das Recht, auf Kontodaten von Menschen zurückzugreifen, von denen die Behörde der Meinung ist, dass sie mit einer Leistungsempfängerin in einer Bedarfsgemeinschaft leben.

Die Regelung an sich ist schon dreist genug und ein Anschlag auf den Datenschutz und die Würde der Betroffenen. Allerdings sehen die Bestimmungen immerhin vor, dass sich die Bundesagentur nur dann die Daten bei Kreditinstituten holen darf, wenn sie auf andere Weise nicht an die benötigten Informationen kommt. Wie im vorliegenden Fall scheint es allerdings immer üblicher zu werden, dass Behörden erst gar nicht bei den AntragstellerInnen nachfragen, sondern unzulässigerweise direkt zum Mittel der Auskunftsanforderung bei den Kreditinstituten greifen. Wenn diese die Daten ungeprüft und (was gängige Praxis ist) ohne ihre Kunden zu benachrichtigen herausrücken, leisten sie der Erosion des Datenschutzes noch weiteren Vorschub. Für BezieherInnen von Leistungen nach SGB II kann die kurzfristige Konsequenz nur lauten, dass alles, was nicht auf einem Konto liegt und nicht dort bewegt wird, keinen neugierigen Sachbearbeiter auf dumme Gedanken bringen kann.

USA: TJX feuert Arbeiter wegen Hinweis auf Sicherheitsmängel

Die US-amerikanische Ladenkette TJX hat einen Arbeiter gefeuert, weil dieser Sicherheitsbedenken hinsichtlich des TJX-Computersystems in einem Internetforum gepostet hatte. Schon 2007 befand sich TJX in den Schlagzeilen, als in Folge eines massiven Hacks tausende von zum Teil sensiblen Kundendaten verloren gingen. Man versprach und verspricht noch immer, das System sicherer zu machen. Die fristlose Kündigung jedoch spricht eine ganz andere Sprache.

Nick Benson, der gefeuerte Beschäftigte, hatte zuvor mehrfach versucht, mit Mitarbeitern und Vorgesetzten die Sicherheitsprobleme zu erörtern. Die Mängel waren und sind gravierend, doch trotz seiner Bemühungen hat sich an der Systemsicherheit nichts getan. In den meisten Filialen benötigt man noch nicht einmal ein Passwort, um sich Zugang u.a. zu Kreditkarten-Daten zu verschaffen.

Anstatt die Sicherheit in den Läden zu verbessern, hat sich die Firma offensichtlich darauf verlegt, systematisch zu erfassen, an welchen Stellen über TJX in den Medien, darunter auch in Internetforen, berichtet wird. Im Zuge dieser Überwachung wurde Benson wegen „Verbreiten von betriebsinternen Informationen" gefeuert.

BRD: Bosse stemmen sich gegen Informantenschutz

Als „Denunziantenparagraph" wird in bei der CDU/CSU eine Gesetzesnovelle zum Thema „Whistleblowing" gehandelt, gegen die u.a. die Bundesvereinigung deutscher Arbeitsgeberverbände (BDA) derzeit Sturm läuft. Unter „Whistleblowing" versteht man im englischen Sprachraum Hinweise von Firmenmitarbeitern, die Unregelmäßigkeiten oder Rechtsverstöße öffentlich machen. In einigen Ländern gilt für „Whistleblower" unter bestimmten Umständen Informantenschutz. Nicht so in der BRD. Beschäftigte, die hierzulande Regelverstöße der Firmen, in denen sie arbeiten, öffentlich machen, riskieren derzeit eine Kündigung wegen des Verrats von Betriebsgeheimnissen. Ausnahmen macht die geltende Rechtslage lediglich bei „schwerwiegenden, mit erheblichen Gefahren verbundene Straftaten".

Der Versuch, durch Einführung eines § 612a des BGB den Informantenschutz geringfügig zu verbessern, wird von den Lobbyverbänden der Bosse heftig bekämpft. Dort fürchtet man insbesondere, dass künftig „jede Straftat" angezeigt werden könne und dass es dem Arbeitnehmer überlassen werden solle, zu bewerten, ob eine vom Gesetz geforderte innerbetriebliche Abhilfe nicht in ausreichendem Maße erfolgt ist. Die BDA sieht darin einen Versuch, „massiv das Vertrauensverhältnis in den Betrieben zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aber auch der Arbeitnehmer untereinander zu untergraben." Dabei ist es keinesfalls verwunderlich, dass die vorgesehene Normenänderung sowieso bereits mehr als halbherzig ist und für die Beschäftigten keinen wirklichen Schutz vor Kündigung oder Schikanen durch die Firmen bietet.

Zurück zu den Wurzeln!

Verein für Behindertenselbsthilfe operiert zunehmend unternehmerisch. Der Unmut unter den Beschäftigten wächst.

1981: Der Bundespräsident Karl Carstens nimmt in der vordersten Reihe des Saales Platz. Er ist erschienen, um die Fachmesse „Reha 81" zu eröffnen, als sich ihm ein Mann nähert, der sich auf Krükken stützt. Mit den Worten: „Carstens, haben Sie denn aus den Dortmunder Ereignissen nichts gelernt? Sie sind ja schon wieder Schirmherr", schlägt Franz Christoph dem Herrn Bundespräsidenten seine Gehhilfe zweimal gegen das Schienbein. Die „Krüppelschläge" Christophs zogen eine immense Medienresonanz nach sich. Wenige Wochen zuvor waren sich die beiden schon einmal begegnet, als eine anlässlich des „UNO-Jahres der Behinderten" organisierte Festveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle von Behinderten gestört wurde, die das Podium besetzten und eine Resolution gegen die Sonderbehandlungen von behinderten Menschen verlasen.

Das Jahr 1981 markiert den Höhepunkt der sog. Krüppelbewegung. In ihr formierten sich Menschen mit Behinderungen nicht nur gegen Diskriminierung durch offene Feindseligkeit aus der Gesellschaft, sondern auch gegen die repressive Hilfsbereitschaft vieler Nicht-Behinderter, die ihnen die passive Rolle der Hilfebedürftigen zuweisen und damit jede Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben verbauen. Nachdem sich in den 50ern und 60ern die Angehörigen von Menschen mit Behinderungen erfolgreich organisiert hatten – in diesem Zusammenhang entstanden z.B. die „Lebenshilfe"-Vereine –, begannen sich seit den 70ern auch die Menschen mit Behinderung direkt zu organisieren. Die Abhängigkeit von Heimen, Werkstätten und nicht zuletzt der eigenen Familie wurde durch die Betroffenen thematisiert, die gesellschaftliche Ausgrenzung und Bevormundung von Behinderten angegriffen.

Die Ambulanten Dienste

Im selben Jahr wurde in Berlin der gemeinnützige Verein „Ambulante Dienste e.V." (AD) gegründet. Der Verein organisiert Assistenzdienste für behinderte Menschen, damit diese nicht in die Abhängigkeit von Institutionen wie Heimen geraten und stattdessen ein selbstbestimmteres Leben in der eigenen Wohnung leben können. Zur Philosophie von AD gehörte von Anfang an, dass die AssistentInnen nicht ausgebildet sind, sondern als Ungelernte die Behinderten (AssistenznehmerInnen) unterstützen. Dabei liegt das Bestimmungsrecht über das, was passieren soll und wie es passieren soll, alleine bei den AssistenznehmerInnen.

AD Berlin ist heute mit ca. 550 Beschäftigten der größte Anbieter ambulanter Assistenzdienste für Behinderte in Deutschland. Aus dem linken Kollektiv ist ein mittelständischer Betrieb geworden.



Ebenfalls zur Philosophie gehörte lange, dass die AssistentInnen fair bezahlt und behandelt werden. Dies hat sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. Anfang der 90er wurden noch 25 DM Stundenlohn an die AssistentInnen ausbezahlt. Es folgte eine schleichende Entwicklung, in deren Verlauf sich die Rechte und Gehälter der AssistentInnen stetig verminderten. Den Betriebsfrieden störte das lange nicht: Die AssistentInnen machen ihren Job in der Regel aus Überzeugung und waren dementsprechend – ungeachtet der eigenen Lohnabhängigkeit – bereit, Einschränkungen für das gemeinsame Projekt in Kauf zu nehmen.

Seit diesem Jahr ist das Maß allerdings voll. Die Geschäftsleitung verkündete, dass für neu eingestellte Beschäftigte eine neue Lohngruppe eingeführt wird. Aufgrund der Umstrukturierungen an den Universitäten seien die Studierenden – sie stellen einen bedeutenden Anteil an den Beschäftigten dar – nicht mehr flexibel genug für die Arbeit bei AD. Deshalb müsse man zunehmend auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigte zurückgreifen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten sollen durch die Absenkung der Stundenlöhne aufgebracht werden. Bisher lag das Einstiegsgehalt bei 10,27 Euro, auch nicht gerade üppig, und wurde nun auf 8,60 Euro für Sozialversicherungspflichtige und 7,60 Euro für Studierende abgesenkt. Zusätzlich soll es ab sofort eine Festanstellung erst nach zwei Jahren Betriebszugehörigkeit geben. Damit ist der „linke Verein" endgültig auf dem harten Boden der Pflegebranche gelandet.

Beginn von Gegenwehr

Der erst vor wenigen Jahren gegründete Betriebsrat rief zum Protest auf und organisiert seit Anfang diesen Jahres regelmäßige Treffen der Beschäftigten.. In der Folge kam es zu einigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Selbigen. Einige Aktive beteiligten sich an der Berliner Mayday-Parade am 1. Mai 2008. Wenige Tage zuvor war die Geschäftsstelle während einer Sitzung der Geschäftsleitung von 50 AssistentInnen mit der Unterstützung von einigen AssistenznehmerInnen besetzt worden. Auch Mitglieder der FAU, die im Betrieb arbeiten, wurden aktiv, eine Betriebsgruppe im Rahmen der Sektion Sozialwesen des Allgemeinen Syndikates Berlin gegründet.

Momentan sind die Fronten verhärtet: Der Betriebsrat und die aktiven Beschäftigten fordern nach wie vor eine deutliche Anhebung der Löhne. Die Geschäftsleitung verweigert jede Diskussion zum Thema. Die Möglichkeiten der Beschäftigten, Druck aufzubauen, sind aktuell leider begrenzt, denn nur ein Bruchteil von ihnen ist dauerhaft aktiv geworden. Es ist allerdings gelungen, die Diskussion über die Verhältnisse im Betrieb in Gang zu setzen. Diese könnte langfristig bewirken, dass die AssistenznehmerInnen und AssistentInnen erkennen, dass eine gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung in dieser Gesellschaft nur möglich ist, wenn die Bedürfnisse aller Beteiligten gemeinsam berücksichtigt werden. Den AssistenznehmerInnen kann nicht daran gelegen sein, mit schlecht bezahlten, gestressten und frustrierten AssistentInnen zusammenzuarbeiten. Nur gemeinsam kann eine Lösung gefunden werden, die es ermöglicht, dass AD wieder zu seinen Wurzeln zurückkehr und als gesellschaftliche Kraft agiert, die nicht Dienstleistungen zu Hungerlöhnen anbietet, sondern für eine gemeinsames Leben von Menschen mit und ohne Behinderung streitet.

Gegner in diesem Konflikt ist der Berliner Senat, der in den letzten Jahren dafür gesorgt hat, dass die Mittel für die persönlichen Assistenzen immer knapper wurden, und die Geschäftsleitung von AD, die gemeinsam mit dem Vorstand des Vereins seit Jahren dafür sorge trägt, dass die Belastungen einseitig auf dem Rücken der Beschäftigten abgeladen wurden.

Die Betriebsgruppe der FAU wird sich in diesem Sinne einbringen. „Gleicher UND höherer Lohn für gleiche Arbeit!" wird nur die erste Forderung bleiben.

Robert Ortmann (Sektion Sozialwesen / FAU Berlin)

Schön geschützte Arbeitswelt

Viele als „behindert" definierte Menschen werden durch Werkstätten ausgegrenzt

Im Niedriglohnsektor schuften Menschen, von denen dies viele nicht erwarten würden und die kaum wahrgenommen werden. Menschen, die als erwerbsunfähig gelten, weil sie als „behindert" eingestuft und von der Agentur für Arbeit einer „Werkstatt für behinderte Menschen" (WfbM) zugewiesen wurden. Das Sozialgesetz kategorisiert sie als Personen, die „unabhängig von Art oder Schwere der Behinderung wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung erbringen" können.

WfbM sind gesonderte Einrichtungen, um Menschen in Arbeitsprozessen zu beschäftigen. In Berlin gibt es unter 16 Trägern ca. 80 Werkstätten mit insgesamt 6.745 ArbeiterInnen. Es ist Aufgabe des Integrationsamtes, die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen konzeptuell umzusetzen. Im Jahr 2006 standen hierfür in Berlin etwas über 21,6 Mio. Euro, sog. Ausgleichsabgaben, zur Verfügung. Ein Teil des Geldes wird für Investitionen für Neu- und Ausbau von WfbM eingesetzt.

Was sind Ausgleichsabgaben? Unternehmen müssen ab einer Beschäftigtenzahl von 21 Personen entweder 5% der Stellen mit Menschen besetzen, die den Status einer Schwerbehinderung haben oder Ausgleichsabgaben zahlen. Diese Ausgleichsabgaben variieren, je nach Größe des Betriebes, von 105 Euro bis etwas über 260 Euro pro Monat. Die Unternehmen können allerdings auch einen Teil an Ausgleichsabgaben einsparen, indem sie Arbeitsaufträge an eine WfbM geben.

Ein Arbeitsplatz in einer WfbM ist durch zuständige Leistungsträger, bestimmte Sozialversicherungsträger oder Bezirksämter vertraglich geregelt und sozialversichert. Doch die Beschäftigten befinden sich nur in einem arbeitnehmerähnlichen Arbeitsverhältnis, haben also nicht die gleichen Rechte wie „normale" LohnarbeiterInnen. Ein Werkstattplatz kostet die Leistungsträger zwischen 750 Euro und 1.600 Euro pro Monat. Die Spanne ergibt sich aus dem jeweiligen Betreuungsaufwand der Beschäftigten.

In Berlin liegt der WfbM-Lohndurchschnitt für die als behindert eingestuften Menschen bei etwa 170 Euro pro Person. Die ArbeiterInnen einer Werkstatt bekommen jedoch aus dem Gesamtertrag keinen gleichen Lohn, sondern werden nach ihrer Arbeitsleistung bewertet und entlohnt. Mit der Orientierung am erwirtschafteten Ergebnis ist dieses Lohnsystem daraufhin angelegt, dass sich alle gegenseitig zur Arbeit anstacheln, damit für alle mehr heraus kommt. Ein Ziel der WfbM ist laut Gesetz (§ 41 Abs. 2 Nr. 3 SGB IX) die Vermittlung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. De facto werden in Berlin jedoch weniger als 2% der ArbeiterInnen der WfbM auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt.

Inside Out

Die WfbM sind wirtschaftlich orientierte Institutionen, die offiziell die Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung ermöglichen sollen, zugleich aber diese aus gesellschaftlichen Prozessen ausschließen. Für Menschen mit Behinderungen sind diese Einrichtungen ausschließlicher (oder einschließender) Alltag, der oftmals keine Alternativen zulässt. Die Arbeitsprozesse in einer WfbM werden zusätzlich auf die Diagnose der „Art der Behinderung" zugeschnitten und ArbeiterInnen damit zusätzlich auseinander dividiert, umso mehr an ihrer „Arbeitsfähigkeit" gemessen.

Menschen mit Behinderung tauchen in keinem Tarifvertrag auf, keine Mindestlohndebatte berücksichtigt sie, keine Gewerkschaft, die sich um derartige Belange kümmert. Sie werden als wenig verwertbar und „überflüssig" wahrgenommen. Andererseits spiegeln die Werkstätten die ganze Verwertungslogik des global agierenden Kapitals wider, nach dem immer mehr Niedriglohnsektoren durchgesetzt werden sollen.

Und niemand fragt die Betroffenen: Inwiefern orientieren sich die ArbeiterInnen tatsächlich „am Aufstieg" in den allgemeinen Arbeitsmarkt oder legen sie vielleicht eher Wert darauf, nicht gestresst zu werden? Gibt es Widerstand in Gestalt von Arbeitsverweigerung? Läuft so etwas gemeinsam? Inwiefern orientieren sich die Vorstellungen von Leben tatsächlich an den Vorgaben von Werkstatt und Heim? Wo wird in Diskussionen womöglich der Begriff von Behinderung selbst in Frage gestellt, der all diesen Institutionen in ihrer Eingeschränktheit ja zugrunde liegt?

Eine Politisierung des Themas darf nicht in einer Profilierung politischer AktivistInnen als StellvertreterInnen der betroffenen Personen enden, sondern muss von den Bedürfnissen, Wünschen und Diskussionen derselben ausgehen.

ak moB (Arbeitskreis „mit ohne Behinderung")

Gegen das Oligopol

Bezahlstreik – Widerstand gegen Energiepreiserhöhungen

Seit zehn Jahren ist das neue Energiewirtschaftsgesetz in Kraft. Zunächst wurde der Strommarkt liberalisiert und seit 2004 auch die Gasversorgung. Bis 1998 waren die Versorgungsgebiete klar abgesteckt. Die Kommunen erteilten jeweils einem Unternehmen das Recht zu Aufbau und Nutzung der Infrastruktur. Die Unternehmen wiederum schlossen unter sich Demarkationsverträge ab, die untersagten, auf dem Gebiet des anderen tätig zu werden.

Das sollte sich mit dem Energiewirtschaftsgesetz ändern. Mehr Wettbewerb sollte dazu führen, dass die Preise sinken. Kurzfristig war das auch so. Mit den Gebietsmonopolen verschwanden jedoch auch viele Versorgungsunternehmen. Heute sind es im Wesentlichen nur noch vier große Unternehmen, die Gas und Strom liefern: RWE, E.ON, EnBW, Vattenfall. Viele der städtischen Versorgungsunternehmen, an die wir VerbraucherInnen zahlen müssen, sind Tochterunternehmen der vier Großen.

Der Marktanteil dieser vier Konzerne liegt bei Strom bei rund 80%. Bei der Festlegung der Energiepreise sind sie sich einig. Begründet werden Preissteigerungen regelmäßig mit angeblich gestiegenen Bezugskosten. Ob die Preise wirklich gerechtfertigt sind, ist ungewiss. Der größte deutsche Energiekonzern, E.ON, hat im letzten Jahr z.B. einen Überschuss von 5,1 Mrd. Euro erzielt, eine rund 9-prozentige Steigerung zu 2006. (1)

Zurzeit überschlagen sich die Meldungen über den Anstieg der Gaspreise. Anfang Juni wurden Preissteigerungen von bis zu 40% angesagt – und alle stöhnen. Die Medien empfehlen, Energie zu sparen. Das ist ökologisch gesehen natürlich prima – hat aber auch seine Grenzen. Eine Lösung, die vor ca. vier Jahren durch die Medienlandschaft geisterte, wird heute so gut wie gar nicht mehr erwähnt: Ein findiger Kopf kam damals auf die Idee, sich auf §315 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) zu berufen und deshalb die Preiserhöhungen nicht zu zahlen. Und das funktioniert heute immer noch.



In den normalerweise für Haushalte üblichen Gas- und Stromlieferverträgen wird dem Versorgungsunternehmen das Recht eingeräumt, die Preise zu bestimmen. Für solche Verträge – in denen nur ein Vertragspartner das Recht hat, den Preis festzulegen – gilt jener Paragraph des BGB. Dieser besagt, dass der andere Vertragspartner (also Du und ich) ein Recht darauf hat, dass der Preis angemessen ist. Und noch wichtiger: das muss auch nachgewiesen werden. Erst wenn ein Gericht feststellt, dass ein Preis angemessen ist, sind die Preisforderungen verbindlich und müssen gezahlt werden. Zehntausende von EnergieverbraucherInnen haben in den letzten Jahren unter Berufung auf den §315 die Angemessenheit der Energiepreise angezweifelt und zahlen seitdem nur einen Teil ihrer Energierechnungen. Ein Brief an das Versorgungsunternehmen, in dem man die Billigkeit des Preises anzweifelt, genügt dafür. Musterschreiben gibt es im Internet. (2) Wer seinem Versorgungsunternehmen eine Einzugsermächtigung erteilt hat, sollte diese außerdem zurücknehmen. Die Versorgungsunternehmen ignorieren Verbraucherrechte nämlich regelmäßig. Denn eigentlich sind die Energieversorger nach dem §315 BGB dazu verpflichtet, auf Verlangen ihre Preiskalkulation offenzulegen. Täten sie dies, müsste der geforderte Preis ohne Wenn und Aber gezahlt werden. Machen sie aber nicht...

Stattdessen versuchen sie, VerbraucherInnen mit falschen Behauptungen oder auch rechtswidrigen Sperrandrohungen einzuschüchtern. Der Dortmunder Energieversorger DEW (zu knapp 50% in RWE-Besitz) schrieb z.B. in der Ankündigung der aktuellen Gaspreiserhöhung: „Wenn Sie mit der Preisänderung nicht einverstanden sind, können Sie Ihren Liefervertrag ... schriftlich außerordentlich kündigen. ... Ansonsten gilt Ihre Zustimmung zur Preisänderung als gegeben.“ Keine Äußerung als Zustimmung auszulegen, ist noch nicht einmal unter Geschäftsleuten möglich. So mit Privatkunden umzuspringen, entbehrt erst recht jeder rechtlichen Grundlage.

In dem Schreiben wird außerdem suggeriert, dass man sich nicht mehr auf den §315 berufen könne, da es ja jetzt einen alternativen Gasversorger gibt, von dem man Gas beziehen könne. Auch dies ist totaler Quatsch. Aber wer weiß das schon? Und wer hat schon den Nerv, sich auf so eine Auseinandersetzung einzulassen? Bei jeder Preiserhöhung geht es schließlich nur um ein paar Euro im Monat. Und dafür den ganzen Schreibkram? Über die Jahre läppern sich die Erhöhungen jedoch. Ich zahle z.B. immer noch den Gaspreis von 2005 – und damit im Monat 14 Euro weniger als die DEW gerne hätte (ohne die jetzt anstehende Erhöhung).

Die einzige Möglichkeit für die DEW, an das Geld zu kommen, wäre, mich (oder eine andere Zahlungsverweigerin) zu verklagen. Das passiert aber nicht. Denn dann müsste die DEW ihre Preiskalkulation endlich offenlegen. Da aber nur relativ wenige VerbraucherInnen die Rechnungen kürzen, nehmen die Versorgungsunternehmen das lieber in Kauf, bevor sie das Risiko eingehen, von einem Gericht bescheinigt zu bekommen, dass sie die Verbraucher hemmungslos ausnehmen.

Susi Sorglos

Anmerkungen:

(1) Siehe http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/artikel/568/162120

(2) Auf http://www.energieverbraucher.de/ gibt es ausführliche Informationen zum Widerstand gegen Energiepreiserhöhungen. Neben Musterschreiben gibt es auch einen Rechtshilfefonds und Adressen von Ortsgruppen. Außerdem helfen Verbraucherzentralen oder lokale Bündnisse wie z.B. in Dortmund (http://projekte.free.de/energie) oder Paderborn (http://www.gaspreise-runter-owl.de).

§§§-Dschungel

Abmahnungen – „blaue Briefe“ auf der Arbeit

Richtig reagieren bei Abmahnungen

Als erstes muss hier genau geklärt werden was eine Abmahnung ist: Mit einer Abmahnung rügt der Arbeitgeber einen Verstoß des Arbeitnehmers gegen seine „arbeitsvertraglichen Verpflichtungen“ unter gleichzeitiger Androhung arbeitsrechtlicher Konsequenzen (einschließlich der Kündigung) für den Wiederholungsfall. Ohne diesen Hinweis ist eine Abmahnung keine Abmahnung, auch wenn „Abmahnung“ darüber steht. Im Gegenzug ist es eine, sobald eine Androhung gegeben ist, auch wenn „Abmahnung“ nicht darüber steht.

Das Recht zur Abmahnung ergibt sich aus der arbeitsvertraglichen Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer („vertragliches Rügerecht“; „Gläubigerrecht“). Es steht auch dem Arbeitnehmer zu (vgl. BAG v. 17. 1. 2002 – 2 AZR 494/00, NZA 2003, 816: Abmahnung wegen verspäteter Lohnzahlung s.u.).

Gegen eine Abmahnung muss der oder die Betroffenen individuell vorgehen. Das reicht von der persönlichen schriftlichen Stellungsnahme in der Personalakte bis hin zur Klage vor dem Arbeitsgericht.

Daneben gibt es noch die Betriebsbuße. „Betriebsbußen“ sind Disziplinarmaßnahmen des Arbeitgebers gegenüber einem Arbeitnehmer. Sie dienen der Durchsetzung der „betrieblichen Ordnung“. Nur hier hat der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht. Die Überschriften sind mannigfaltig. Missbilligung, Beanstandung, Rüge, förmliche Rüge, Mahnung, Abmahnung, Kündigungsandrohung, Tadel, Verwarnung, Verweis, strenger Verweis. Alles Schall und Rauch. Entscheidend ist, was beanstandet wird und in welcher Form.

Kündigung: Vorherige Abmahnung notwendig

Bei einer Kündigung durch den Chef wegen Pflichtverletzungen oder schlechter Leistungen muss i.d.R. vorher abgemahnt werden. Entscheidend ist, ob dabei tatsächlich das Fehlverhalten gerügt wird, das später der Grund für die Kündigung ist (siehe Landesarbeitsgerichts Rheinland-Pfalz in Mainz, Az: 10 Sa 380/07). Das LAG bestätigte damit die Entscheidung des Arbeitsgerichtes, das in erster Instanz einem Kläger Recht gab, weil es an einer „einschlägigen“ Abmahnung, die das zur Kündigung führende Fehlverhalten des Arbeitnehmers festhält gefehlt habe.

Bei der Interessenabwägung müsse auch berücksichtigt werden, dass der Kläger bereits zwölf Jahre in dem Betrieb gearbeitet und als 50-Jähriger auf dem Arbeitsmarkt schlechte Aussichten habe. Hinzu komme, dass die betreffenden Pflichtverletzungen nicht „verwerflich“ seien und nicht vorsätzlich begangen wurden.

Anmerkung: In diesem Fall hatte der Arbeitgeber einige Formfehler begangen (s.o.), die für den betroffenen Kollegen von Vorteil waren.

Gelegentlich ist eine vorherige Abmahnung entbehrlich

Die übermäßige Privatnutzung eines Dienst-Handys kann auch ohne vorhergehende Abmahnung die Kündigung des Arbeitnehmers rechtfertigen. Das gilt nach Auffassung des Hessischen Landesarbeitsgerichts auch dann, wenn dem Mitarbeiter die Privatnutzung des Telefons vorher nicht ausdrücklich untersagt wurde (5 Sa 1299/04). Die Frankfurter Richter wiesen deshalb die Klage eines Bankangestellten zurück und erklärten seine ordentliche Kündigung für wirksam.

Wer monatlich rund 380 Euro auf Kosten der Firma privat vertelefoniere, dürfe nicht mit einer Billigung seines Verhaltens rechnen. Daher sei auch eine Abmahnung entbehrlich, erklärten die Richter.

Abmahnung verpufft

Die Warnfunktion einer Abmahnung kann erheblich abgeschwächt werden, wenn der Arbeitgeber bei ständig neuen Pflichtverletzungen des Arbeitnehmers stets nur mit einer Kündigung droht, ohne jemals arbeitsrechtliche Konsequenzen folgen zu lassen (BAG 16. Sept. 2004). Aber es kann auch anders ausgehen...

Mehrmals ohne Folgen abgemahnt – und dann...

20 Jahre lang mit schöner Regelmäßigkeit erhielt ein Arbeitnehmer von seiner Arbeitgeberin schriftliche Abmahnungen – es half nichts. Dann wurde es ernst: in einem als „letztmalige Abmahnung“ bezeichneten Schreiben hieß es, eine Wiederholung werde nun ernste Konsequenzen haben, es sei jetzt mit der Kündigung zu rechnen. Der Mann kam nochmals zu spät. Da kündigte ihm die Arbeitgeberin.

Der Arbeitnehmer ging mit seiner Kündigungsschutzklage bis zum Bundesarbeitsgericht (2 AZR 609/00). Nach so vielen Abmahnungen habe er nicht mehr mit dem Verlust seines Arbeitsplatzes rechnen müssen, argumentierte er.

Das Gericht meinte, die Arbeitgeberin habe in der letzten Abmahnung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie die ständige Unpünktlichkeit des Kraftfahrers nicht länger dulden und mit Kündigung reagieren werde. Deshalb sei die Kündigung wirksam (BAG vom 15. Nov. 2001 - 2 AZR 609/00).

Und nun mal anders herum

Arbeitgeber zahlt nicht?! Erst abmahnen, dann kündigen und dann klagen! Ist euer Arbeitgeber mit Lohnzahlungen in nicht unerheblicher Höhe im Rückstand, könnt ihr fristlos kündigen. Das gilt auch für geringe Lohnrückstände, wenn sie über einen längeren Zeitraum hinweg entstanden sind und ihr den Arbeitgeber schon zur Zahlung aufgefordert habt. Vor der fristlosen Kündigung solltet ihr euren Chef eine schriftliche Abmahnung überreichen. Nur wenn er vor Zeugen die Aussage macht, dass er in keinem Fall zahlen will, könnt ihr darauf verzichten. Ihr könnt dann den Lohn einklagen, und zwar bis zum Zeitpunkt eurer normalen Kündigungsfrist. Auch einen gewissen Schadensersatz könnt ihr fordern (BAG, 26. Juli 2007 – 8 AZR 796/06).

Sicher etwas außergewöhnlich, aber jede/r sollte sich wirklich ernsthaft überlegen, ob es Sinn macht, bei einem Arbeitgeber auszuharren, der wochen- bzw. monatelang nicht zahlt. Immerhin ist jetzt geklärt, dass ihr auch nach einer fristlosen Kündigung eurerseits noch Anspruch auf Lohn bis zum Ende der normalen Kündigungsfrist habt.

Thersites

Der Londoner Hafenstreik von 1889

Die Geschichte eines Streiks britischer Hafenarbeiter gegen niedrige Löhne und gefährliche Gelegenheitsanstellungen

Es liegt in der Natur der Hafenarbeit, dass die körperliche Beanspruchung zur Ausübung der Tätigkeit des Hafenarbeiters immens hoch ist. Dies gilt heute noch genauso wie damals am Ende des 19. Jahrhunderts. Aber kombiniert mit niedrigen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und weit verbreiteter sozialer Benachteiligung stellt sie sicher, dass ArbeiterInnen sich in ihren Branchen zu Gewerkschaften zusammenschließen. Das Zusammentreffen von organisierten ArbeiterInnen und industrieller Ausbeutung sorgte schon sehr früh für Reibungen in den britischen Häfen.

Die ersten großen Unruhen brachen in dem großen Hafenstreik von 1889 aus. Er fand vor dem Hintergrund der wachsenden Gewerkschaftsbewegung ungelernter ArbeiterInnen und der Unzufriedenheit mit den erbärmlichen Lebensbedingungen der HafenarbeiterInnen und ihren Familien statt.

Auswahl der industriellen Reserve

Im 19. Jahrhundert war ein Großteil des Handels des Hafens jahreszeitlich bedingt. Zukker kam aus West-Indien, Holz aus dem Norden, Tee und Gewürze aus dem Fernen Osten. Es war äußerst schwierig, vorherzusagen, wann Schiffe eintrafen. Schlechtes Wetter konnte für Verspätungen einer ganzen Flotte sorgen.

Die Zahl einlaufender Schiffe konnte zwischen 40 in der einen Woche und dann in der nächsten Woche wieder über 200 schwanken. An manchen Tagen war viel zu tun. An anderen wieder weniger. Es gab wenig Unterstützung mechanischer Hilfsmittel. Das machte das Be- und Entladen von Schiffen äußerst arbeitsintensiv. So wurden an guten Tagen viele Leute beschäftigt und an schlechten Tagen weniger. Die Nachfrage nach Arbeitskraft variierte von Tag zu Tag. Die Hafenunternehmen stellten erst dann ArbeiterInnen ein, wenn gehandelt wurde, also erst dann wenn Schiffe da waren und sie Arbeitskräfte benötigten.

Das bedeutete für viele ArbeiterInnen stundenlanges Warten, um am Ende ggf. ohne einen Penny in der Tasche nach Hause gehen zu müssen. Die meisten ArbeiterInnen in den Docks waren GelegenheitsarbeiterInnen, eingestellt für einen Tag. Manchmal wurden sie sogar nur für wenige Stunden angeheuert.

Zweimal am Tag gab es einen sogenannten „call-on" an jedem Dock. Hier wurden ArbeiterInnen für kurze Zeit rekrutiert. Nur ein paar wenige wurden genommen. Der Rest wurde wieder nach Hause geschickt. Ohne Bezahlung. Die Unternehmer wollten eine große Auswahl an möglichen Arbeitskräften. Aber sie sahen sich nicht bereit, für die nicht selektierten Reservisten zu zahlen, wenn es keine Arbeit gab.

Der Auslöser

Der Streik wurde durch einen Streit um „Mehr-Geld"(1) während der Entladung der Lady Armstrong in den West India Docks ausgelöst. Die East and West India Dock Company hatte an ihren ‚Mehr-Geld'-Sätzen Kürzungen vorgenommen, um sich gegenüber anderen Firmen einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen und somit mehr Schiffe in ihre eigenen Docks zu locken.

Eine Handelsdepression und ein Überangebot an Docks und Lagerstätten führten zu einem erbitterten Wettbewerb zwischen den konkurrierenden Unternehmen. Die Kürzung der Zahlungen bot die Gelegenheit, lang gehegte Differenzen unter der Belegschaft aufkommen zu lassen.

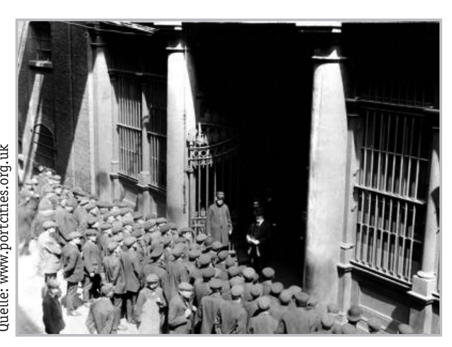
Wenn es ein paar Tage länger geht, wäre ganz London im Urlaub

Angeführt von Ben Tillet, streikten am 14. August die Dock-ArbeiterInnen in den West India Docks. Schnell konnten sie andere Dock-ArbeiterInnen überzeugen. Doch für einen effektiven Kampf reichte es nicht aus. Die Gewerkschaft der Dock-ArbeiterInnen hatte kein Geld und brauchte dringend Hilfe.

Die nötige Unterstützung kam, als die vereinigte Gewerkschaft der Schauerleute(2) unter Tom McGarthy dem Streik beitrat. Neben einem hohen Ansehen, das sie im Hafen genossen, war ihre Arbeit für den Betrieb der Hafenanlage von entscheidender Bedeutung.

Die Gewerkschaft der Schauerleute brachte ein Manifest heraus, in dem sie Gewerkschaften anderer Branchen und die BewohnerInnen von London zur Unterstützung der DockarbeiterInnen aufrief.

„Freunde und KollegInnen. Die Dock-ArbeiterInnen sind im Streik und fordern einen Vorschuss auf die Löhne... Wir die Gewerk-


Quelle: www.portcities.org.uk

schaft der Schauerleute von London wissen um den Zustand der Dock-ArbeiterInnen und haben beschlossen, ihre Bewegung mit allen legalen Mitteln, die in unserer Macht stehen, zu unterstützen... Wir appellieren an alle Mitglieder der Gewerkschaften für die gemeinsame Aktion und vor allem an diejenigen, deren Arbeit mit der Schifffahrt zusammenhängt...Wir appellieren auch an eine breite Öffentlichkeit für Beiträge und Unterstützung der ArbeiterInnen."

Andere Branchen folgten dem Aufruf der Schauerleute. Darunter die Seeleute, Feuerwehrleute, Kahnführer, Wasserbauer, Seiler und Fischer. Täglich brachen in den Fabriken und Werkstätten der gesamten East End neue

SOUTH SIDE
CENTRAL STRIKE COMMITTEE,
SAYES COURT, DEPTFORD.
SEPTEMBER 10, 1889.
GENERAL MANIFESTO.

Owing to the fact that the demands of the Corn Porters, Deal Porters, Granary Men, General Steam Navigation Men, Permanent Men and General Labourers on the South Side have been misrepresented, the above Committee have decided to issue this Manifesto, stating the demands of the various sections now on Strike, and pledge themselves to support each section in obtaining their demands.

DEAL PORTERS of the Surrey Commercial Docks have already placed their demands before the Directors.
LUMPERS (Outside) ...
STEVEDORES (Inside) ...
OVERSIDE CORN PORTERS (S.C.D.) ...
QUAY CORN PORTERS (S. C. D.) ...
TRIMMERS AND GENERAL LABOURERS ...
WEIGHERS & WAREHOUSEMEN ...
BERMONDSEY AND ROTHERHITHE WALL CORN PORTERS ...
GENERAL STEAM NAVIGATION MEN ...
MAUDSLEY'S ENGINEER'S MEN. ...
ASHBY'S, LTD, CEMENT WORKS ...
GENERAL LABOURERS, TELEGRAPH CONSTRUCTION ...

Signed on behalf of the Central Committee, Wade Arms, BEN. TILLETT, JOHN BURNS, TOM MANN, H. H. CHAMPION, JAS. TOOMEY.

Quelle: www.libcom.org

Die Lohnforderungen des Komitees

Streiks aus. Der Hafen war wie gelähmt von dem, in der Tat, Generalstreik. Es wurde geschätzt, dass bis zum 27. August 130.000 ArbeiterInnen streikten. Die Londoner Evening News & Post berichtete am 26. August 1889:

„Dockarbeiter, Kahnführer, Lastenführer, Maurer, Stahlbauer und sogar Fabrikangestellten legen ihre Arbeit nieder. Gehe es ein paar Tage länger, ganz London wäre im Urlaub. Die große Maschine, von der fünf Millionen Menschen gefüttert und bekleidet werden, kommt zum Stillstand, und was wird das Ende von alledem sein? Der sprichwörtliche kleine Funken hat ein Feuer entfacht, das droht die ganze Metropole zu verschlingen."

Organisation und Depression

Die Dock-ArbeiterInnen bildeten ein Komitee, um den Streik zu organisieren und um ihre Ziele festzuhalten. Der wichtigste Punkt war die Lohnfrage. Statt dem üblichen Gehalt von 5d pro Stunde wollten sie 6d. Außerdem verlangten sie einen Überstundenbonus von 8d. Des Weiteren verlangten sie, dass das „Mehr-Geld"-System abgeschafft und die täglichen ‚call-ons' auf zwei am Tag reduziert werden sollten. Ihre befristeten Anstellungen sollten auf ein Minimum von vier Stunden gebracht und die Gewerkschaft der Dock-ArbeiterInnen sollte anerkannt werden.

Das Komitee organisierte Massenkundgebungen und Mahnwachen vor den Hafentoren. Menschen, die man bei der Arbeit erwischte, wurden als Streikbrecher tituliert und zur Arbeitsniederlegung aufgefordert. Immer mehr Menschen schlossen sich den Dock-ArbeiterInnen an. Anfänglich kam durch Spenden genug Nahrung für die Streikenden und ihre Familien zusammen. Doch schon in der zweiten Woche des Streiks brach die Not in East London aus. Ende August litten die meisten ArbeiterInnen und ihre Familien Hunger. Der Höhepunkt der Krise war Anfang September erreicht. Ohne Geld würde der Streik bald zusammenbrechen.

Rettung aus Australien und Intervention der Regierung

Doch Hilfe für die Streikenden in London kam aus Australien. Anfang September spendete die australische Werft-ArbeiterInnen Gewerkschaft aus Brisbane £150. Und es folgten weitere Spenden. Alles in Allem kamen über £30.000 von australischen Hafen-ArbeiterInnen und ihren Verbündeten zusammen. Dieses Geld kam gerade im rechten Moment. Die Streikenden konnten sich und ihre Familien wieder ernähren, und für den Fortbestand des Streiks war gesorgt. Eine Niederlage, ausgelöst vom Hunger, schien nun in weite Ferne gerückt zu sein. Die ArbeiterInnen glaubten Duft des Sieges schon zu riechen.

Für die Unternehmer war dies ein riesiger Schock. Sie hatten damit gerechnet, dass den ArbeiterInnen ziemlich bald das Geld ausgehen würde, und der Hunger sie schon früh genug wieder in die Lohnsklaverei treibt. Aber dem war nicht so.

England galt, und gilt immer noch als Land, das sehr stark vom Außenhandel abhängig ist. Beinahe jede Ware, die in Londons Straßen verkauft wurde, kam über den Hafen dorthin. Als es zu starken Versorgungsengpässen in der Stadt kam, sah die Regierung sich gezwungen, in den Streik einzugreifen.

In der fünften Woche des Streiks, am 5. September gründete der Oberbürgermeister von London das „Mansion House Committee". Das Ziel dieses Komitees war es, die beiden Parteien des Streiks zusammenzuführen und den Streik zu beenden. Das Komitee bemühte die Unternehmer, praktisch alle Forderungen der ArbeiterInnen zu erfüllen. Nach über fünf Wochen war der Streik vorbei. Es war vereinbart, dass die ArbeiterInnen am 16. September ihre Arbeit wieder aufnahmen.

Aus der Dock-ArbeiterInnen Gewerkschaft formte sich die Allgemeine ArbeiterInnen Gewerkschaft. Allein in London traten ihr über 20.000 Menschen bei.

Benjamin Simmon

Anmerkungen:

(1) ‚plus' money – Extra-Zulage, die ausgezahlt wurde, wenn die Arbeit schneller als gewöhnlich verrichtet wurde.

(2) Schauerleute ist eine alte Bezeichnung für Hafenarbeiter, deren Aufgabe im Stauen bzw. dem Be- und Entladen von Frachtschiffen besteht.

Hier kannst Du die DA kaufen:

Berlin: ***Friedrichshain*** Hemp Galaxy, Libauerstr. 2 - Infoladen Daneben, Liebigstr. 34 - Puke Music, Samariterstr. 34a - Volksladen, Gabriele-Max-Str. 38 ***Kreuzberg*** Buchhandlung Argument, Reichenberger Str. 150 - B-Books, Lübbenerstr. 14 - FSK-Kino, Segitzdamm 2 - Fusion, Skalitzer Str. 67 - Kisch und Co., Oranienstr. 25 - Kiosk, Kottbusser Damm 101 - Real Deal, Gneisenaustr. 60 - M99, Manteufelstr. 99 - oh21, Oranienstr. 21 - Papiertiger, Cuvrystr. 25 - Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a ***Mitte*** A-Laden, Brunnenstr. 7 - Der Kleine Buchladen, Weydinger Str. 14-16 - KvU, Kremmener Str. 9-11 - Rotes Antiquariat, Rungestr. 20 ***Prenzlauer Berg*** BAIZ, Torstr. / Ecke Christinenstr. 1 - FAU Büro, Straßburgerstr. 38 - Lichtblick-Kino, Kastanienallee 77 - Schwarze Risse, Kastanienallee 85 ***Wedding*** Buchhandlung Mackensen, Utrechter Str. 4 **Bielefeld:** Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7 **Bochum:** UBU, Universitätsstr. 16 - Notstand e.V., Universitätsstr. 150 **Bonn:** Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76 - Netzladen, Wolfstr. 10, Hinterhaus **Bremen:** Andere Seiten, Brunnenstr. 15-16 **Detmold:** Alte Pauline, Bielefelder Str. 3 **Dortmund:** Taranta Babu, Humboldtstr. 44 **Dresden:** Buchladen König Kurt, Rudolf-Leonhardt-Str. 39 **Düsseldorf:** Buchhandlung BiBaBuZe, Aachenerstr. 1 - Linkes Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 16 **Duisburg:** Buchladen, Heerstraße 108, Duisburg-Hochfeld **Flensburg:** Infoladen Subtilus, Norderstrasse 1 - Carl von Ossietzky Buchhandlung, Heiligengeistgang **Frankfurt/Main:** Infoladen, Leipziger Str. 91 **Frankfurt/Oder:** Utopia, Berliner Str. 24 **Freiburg/Breisgau:** Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15 **Gießen:** Infoladen, Alter Wetzlarer Weg 44 **Göttingen:** Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7 **Hamburg:** Buchladen Osterstraße, Osterstr. 171 - Buchhandlung in Schanzenviertel, Schulterblatt 55 - Infoladen Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46 - Libertäres Zentrum Schwarze Katze, Fettstr. 23 - Nautilus Buchhandlung, Friedensallee 7-9 - Café Libertad Kooperative, Gaußstr. 194-196 **Hannover:** Anabee Buchladen, Stephanstr. 12-14 - Internationalismus Buchladen, Engelbosteler Damm 4 - Infoladen, Kornstr. 28-30 - Stumpf, Am Welfengarten 2c **Herford:** Provinzbuchladen, Hämmelinger Str. 22 **Hildesheim:** IL Hildesheim, Steingrube 19 **Köln:** ***Innenstadt*** Q-hof, Limburger Straße ***Nordstadt*** Harvey´s, Weißenburgstr. 58 - TTE-Bücherei im Bürgerzentrum alte Feuerwache, Melchiorstr. 3 ***Südstadt*** Der andere Buchladen, Ubierring 42 ***Sülz*** Der andere Buchladen, Weyertal 32 **Leipzig:** Libertäres Zentrum Libelle, Kolonnadenstr. 19 - Buchhandlung El Libro, Bornaische Str. 3d **Ludwigshafen:** Naturkost Schwarzwurzel, Jakob-Binder Str 10 **Lübeck:** Infoladen, Willy-Brandt-Allee 9 **Lutter:** Burgladen, Auf der Burg **Magdeburg:** Blaue Welt Archiv, Thiemstr. 13 - Beat Boutique, Olvenstedter Str. 29 **Marburg:** Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28-30 **Minden:** Bücherwurm, Alte Kirchstr. 21 **Moers:** Barrikade, Bismarckstr. 41a, Moers-Meerbeck **München:** Infoladen, Breisacher Str. 12 - Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43 **Münster:** Infoladen Bankrott, Dahlweg 64 - Don Quijote, Scharnhorststr. 57 - Kneipe, Frauenstr. 24 **Neustadt/Weinstr.:** Buchhandlung Quod Libet, Am Elwetritschebrunnen **Nürnberg:** Literaturladen Libresso, Bauerngasse 14 **Oberhausen:** Projekt Archiv, Im Druckluft, Am Förderturm 27 **Osnabrück:** Café Mano Negra, Alte Münze 12 **Paderborn:** Infoladen, Borchener Str. 12 ***Potsdam:*** Buchladen Sputnik, Charlottenstr. 28 - Infoladen Zulua Gorriak, Zeppelinstr. 25 - Bibliothek Kontext, Hermann-Elflein-Str. 32 **Reutlingen:** Kulturschock Zelle, Insel 1 **Tübingen:** Buchladen Die Gruppe, Münzgasse 15 **Vlotho:** Regenwurm, Lange Str. 126 **Wiesbaden:** Cafe Klatsch Kollektiv, Marcobrunnenstr. 9 - Büchergilde, Bismarckring 27 ***Österreich:*** Infoladen Bregenz, JUZ Between, Bahnhofstr. 47, Bregenz/Vorarlberg ***Schweiz:*** Infoladen ROMP, Steinerstr. 17, Luzern

„Die Zukunft der Demokratie liegt in der Syndikalisierung der Maquiladora-ArbeiterInnen“

Gewerkschaften in Mexiko, Teil 2: (Un-)Möglichkeiten der Organisierung in den Maquiladoras

Wenn man in Deutschland in den Medien etwas aus dem mexikanischen ArbeiterInnenleben mitbekommt, so oft aus den Maquiladoras. Typisch ist das für die Bekleidungsindustrie. Zwar hat sich die Maquiladora-Industrie in den letzten Jahren verschoben: Die bekannten Bilder einer Unzahl von Näherinnen, die unsere Jeanshosen und T-Shirts produzieren, reduzieren sich in Mexiko massiv. Sie wandern nach Asien – insbesondere China – ab. Im Norden Mexikos sind häufig Elektrofirmen Träger der Maquiladoras. Sie lassen hier Kleinstteile anfertigen oder zusammenbauen. Maquiladoras zeichnen sich dadurch aus, dass sie mit oft nur zeitweilig importierten Maschinen Rohmaterial und Halbfertigwaren verarbeiten und diese wieder exportieren. Sie sind von internationalen Konzernen betrieben, die nur geringe Zölle und Steuern zahlen müssen. Arbeits-, Gesundheits-, und Umweltbestimmungen werden oft umgangen bzw. gelten für die Maquiladoras nicht, da sie sich in extra eingerichteten ‚Freien Produktionszonen' mit Sonderegelungen befinden: Der Kündigungsschutz wird aufgehoben wie auch Arbeitszeitregelungen – nach oben wie nach unten. Für Mexiko hat sich diese Definition der Maquila teilweise erübrigt: Freie Produktionszonen mit Sonderreglungen sind nicht mehr nötig, weil das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA das Prinzip der Maquiladora „nationalisiert“ hat.

Eine unabhängige Gewerkschaft in der Maquila:

Kukdong, Puebla. Nach übereinstimmenden Aussagen der CAT in Puebla und CETLAC in Ciudad Juarez ist Kukdong (Puebla, u.a. Produktion für Reebok und Nike) die einzige Maquila in Mexiko, in der eine unabhängige Gewerkschaft aktiv dauerhaft anerkannt blieb. Der Konflikt bei Kukdong eskalierte, als die Maquila 2000 einen Betriebsvertrag mit der CROC abschloss. Die ArbeiterInnen wurden dadurch geschlossen Mitglieder der CROC. Der Vertrag sah auch deutliche Verbesserungen vor, wurde jedoch von Arbeitgeberseite nicht erfüllt, und die offiziellen Gewerkschaftsvertreter drängten nicht auf Erfüllung des Vertrags. Als daraufhin am 15. Dezember die ArbeiterInnen das hygienisch unerträgliche Essen in der Kantine verweigerten, wurden die vermeintlichen ‚Rädelsführer' dieser Aktion entlassen. Diese Entlassungen hatten die Organisation der ArbeiterInnen zur Folge: Bis zu 850 ArbeiterInnen besetzten bis Mitte Januar 2001 die Maquila und gründeten die SITEKIM – die unabhängige Gewerkschaft der ArbeiterInnen von Kukdong. Von einer Arbeiterin stammt das Zitat: „Die Zukunft der Demokratie liegt in der Syndikalisierung der Maquiladora-ArbeiterInnen“.

Maquilas an der Nordgrenze: Weitgehende Gewerkschaftslosigkeit

Elisabeth Avalos Jaquez von CETLAC betont, in Ciudad Juarez sind 40 Prozent der Maquiladora-ArbeiterInnen gewerkschaftlich organisiert, jedoch ausschließlich in den korporatistischen Gewerkschaften CTM und CROC, die als gelbe Gewerkschaften fungieren und z.B. Schutzverträge (vergleichbar deutschen Tarifverträgen, aber nur in einem Betrieb gültig) aushandeln.

Julia Quiñonez von der CFO dagegen nennt für den Grenzort Piedras Negras für das Jahr 1997 von allen gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen 85 Prozent, die der CTM angehören und zehn Prozent, die der CROC angehören. Fünf Prozent der ArbeiterInnen waren ihr zu Folge in unabhängigen Gewerkschaften organisiert. Während Cirila Quintero Ramirez vom Colegio de la Frontera Norte betont, dass die Betriebsgewerkschaften in den korporatistischen Verbänden oft kämpferischer sind als zu erwarten, besteht Julia Quiñonez auf das Ziel der CFO: die Gründung neuer, unabhängiger Gewerkschaften.

Neokorporativismus

In Ciudad Juarez hängen sich die ehemals PRI-nahen alten Gewerkschaften an die lokal regierende PAN. Es gibt aber auch die Fälle, in denen die ehemals korporatistischen Gewerkschaften sich in einem Machtvakuum auf die traditionelle Gewerkschaftsarbeit besinnen, während die neuen ‚unabhängigen' Gewerkschaften sich den neuen Machteliten zuwenden. Die PRD umwirbt den Dachverband UNT, und es ist kaum verwunderlich, dass eine neue Form des Korporativismus – zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften – von deutschen Sozialdemokraten gefördert wird.

Die Zahlen Cirila Quinteros sind zwar positiver als die Aussagen von CAT und CETLAC, aber es bleibt festzuhalten: Eine ‚echte' – d.h. basisdemokratische, nur den Interessen der ArbeiterInnen verpflichtete – gewerkschaftliche Organisierung in den Maquiladoras auf dauerhafter Basis gibt es, mit der Ausnahme SITEKIM, nicht. Die Gründe dafür sind historisch-gesellschaftlich, institutionell und materiell. Elisabeth Avalos Jaquez betonte im Gespräch, dass in Ciudad Juarez kulturell und politisch ein „Antisyndikalismus“ weit verbreitet sei. Die Geschichte des Korporativismus und Charrismus (gewerkschaftliches ‚Cowboytum') erklären dies zur Genüge –auch in Ciudad Juarez wissen viele in CTM und CROC organisierte ArbeiterInnen nichts von ihrer Gewerkschaftsmitgliedschaft.

Der institutionelle Aspekt der Gewerkschaftsfeindlichkeit ist die Praxis der Gewerkschaftsanerkennung durch die staatlichen Juntas de Conciliación y Arbitraje (Räte für Schlichtung und Versöhnung) – unabhängige Gewerkschaften werden nur in den seltensten Fällen anerkannt. Im Falle der Maquiladoras und insbesondere in Ciudad Juarez ist dieser Aspekt noch einmal verschärft. CETLAC, Mitgliedsorganisation der FAT (die am ehesten anarchosyndikalistische Ideen aufnehmende Organisation, in der sich einzelne Mitglieder als AnarchistInnen verstehen), die wiederum Mitglied der UNT ist, ist keine Gewerkschaft, sondern eine ‚associacion civil' (‚a.c.'), ein Verein. Elisabeth Avalos Jaquez hielt Gewerkschaftsgründungen in den Maquiladoras oftmals für müßig. Als ‚a.c.' dagegen sei es CETLAC möglich, z.B. auch informelle ArbeiterInnen – ein Schwerpunkt sind die ‚Ambulantes' (StraßenhändlerInnen) und Paqueteros (ParkplatzwächterInnen) – zu organisieren.

Es gibt also durchaus Organisationsversuche, jedoch nur selten unter dem verpönten Schlagwort ‚sindicalismo' und häufig nicht als Gewerkschaft anerkannt. Dr. Miker Pallafox vom Colegio Frontera del Norte (Cd. Juarez) berichtete auch von Widerstand in den Maquiladoras in Form von Bummelstreik und Sabotage.

Elisabeth Avalos Jaquez dagegen äußerte, dass es keinerlei Form von Widerstand in den Maquiladoras von Cidudad Juarez gebe – diese unterschiedlichen Einschätzungen beruhen wohl darauf, dass CETLAC organisierten Widerstand meint, Dr. Miker Pallafox dagegen auch die individuelle ArbeiterInnenunruhe im Blick hat.

Maquiladoras: Tretmühlen des Kapitalismus

Wer mit den Maquila-ArbeiterInnen in Ciudad Juarez spricht, wird nicht selten zu hören bekommen, dass diese zufrieden, gar glücklich sind: Sie wohnen in Holzhütten in der Wüste in Sichtweite des Grenzzauns zu den USA mit einem Verdienst von 2.600 Pesos (ca. 160 Euro) pro Person und Ausgaben von ca. 10.000 Pesos im Monat für eine vierköpfige Familie – übrig bleibt also nichts. Sie arbeiten sich in kürzester Zeit kaputt und stehen im Alter von 50 Jahren auf der Straße. Sie lassen Schwangerschaftstests, Strafen, sexuellen Missbrauch durch Vorgesetzte mit sich geschehen, nehmen an von CTM, CROC oder der Chefetage organisierten Schönheitswettbewerben teil und sind zufrieden und glücklich.



Bei Kukdong manifestiert sich die unabhängige Gewerkschaft SITEKIM

Maquiladoras sind zwar Tretmühlen des Kapitalismus, aber der Verdienst ist verhältnismäßig gut. Wer, um das Argument eines in den USA arbeitenden Campesinos im Projekt ‚sin fronteras' zu zitieren, vorher auf dem Feld arbeitete, Geld für Saatgut und Pacht ausgeben musste und im Jahr 2.000 Pesos erwirtschaftete, die in der Maquila in einem Monat zu verdienen sind, und auch damit eine vier- oder mehrköpfige Familie ernähren musste, fühlt sich glücklich und zufrieden. Wie an diesem Beispiel zu sehen ist, hängt der Kampf der Campesin@s für Land und Freiheit auf das engste zusammen mit dem Klassenkampf in den Weltmarktfabriken. Das Konzept der Maquiladora gibt es nun bereits seit ca. 50 Jahren und es wäre davon auszugehen, dass sich eine StammarbeiterInnenschaft etabliert hätte, die langsam mal aufbegehren könnte. Die Tretmühlen verschleißen ihre „Humanressourcen“ aber in einer Geschwindigkeit, die keine Zeit für das Aufbegehren lässt, holt sich regelmäßig Nachschub aus den Reihen der Camepsin@s – an der US-amerikanischen Grenze hauptsächlich aus Chiapas, Oaxaca und Guerrero – und proletarisiert diese. In aller Regel sind es nicht die frisch Proletarisierten, die aufbegehren, denn der Einstieg in die kapitalistische Arbeitswelt bei Verzicht auf das gemeinsame ‚ejido' (kollektives Gemeindeland) oder das eigene Stück Land wird erst einmal als ökonomischer Aufstieg verstanden. In den Maquiladoras gelten kaum Arbeitsrechte, von einer ‚Würde am Arbeitsplatz' ganz zu schweigen. Auf die Frage nach sexualisierter Gewalt am Arbeitsplatz in den Maquiladoras antwortete Elisabeth Avalos Jaquez: „Die Arbeit in den Maquiladoras ist Gewalt“. Arbeitsrecht, Würde und die Abwesenheit von Gewalt sind aber in erster Linie nicht die Bedürfnisse der ArbeiterInnen, sondern allein der ‚bessere', weil hinreichende, Verdienst. In diesem Sinne wird auch verständlich, warum der Zapatismus im Süden viel präsenter ist als im Norden: Die Praxis der zapatistischen Gemeinden spricht die Campesin@s an, die dort bleiben wollen und Land und Biodiversität gegen die Angriffe des Kapitals verteidigen. Die Proletarisierten des Nordens bräuchten einen revolutionären Syndikalismus, aber beides sind Begriffe, die in Mexiko zu recht als leere Worthülsen gelten. Julia Quiñonez beschreibt, dass die CFO lokal auch als „ZapatistInnen des Nordens“ bezeichnet werden. Eine Gewerkschaft wird mit Korruption und mafiösen Strukturen assoziiert, eine Organisation, die tatsächlich für die Rechte der ArbeiterInnen, MigrantInnen, prekären oder ganz allgemein der Marginalisierten eintritt, erscheint in der mexikanischen Diskussion automatisch als ‚zapatistisch'.

Syndikalisieren sich die Prekären?

Vielleicht war die These, die mexikanischen ArbeiterInnen würden sich ‚syndikalisieren', indem sie Abstand von der Staatsmacht nehmen und lokale und betriebliche Kämpfe ausfechten, also voreilig? In der Nähe der Maquiladora-Industrie scheinen sich, wenn überhaupt, andere Organisationskonzepte zu behaupten. Als ansprechbar erweisen sich oft jene, die durch die Tretmühle der Weltmarktfabrik gegangen sind und nun als zu alt mit prekären Jobs an der Straße stehen. Ein Zapatismus, der nicht auf indigene Kämpfe und die Landfrage konzentriert ist, könnte auch im Norden erfolgreich sein. Ein Syndikalismus ist dort nur erfolgversprechend, wenn er nicht allein in der klassischen Industrie angesiedelt ist, sondern diese Prekären anspricht. Allerdings taugt das Schlagwort ‚Syndikalismus' aufgrund seiner geschichtlichen Vorbelastung nicht. Die prekären Arbeitsverhältnisse Mexikos brauchen vielleicht einen spezifischen ‚ArbeiterInnen-Zapatismus'.

Organisationen wie CETLAC in Ciudad Juarez, die CFO in Piedras Negras oder sin fronteras in El Paso (Texas/USA) machen diesen vor, ob sie sich nun selber ZapatistInnen oder SyndikalistInnen nennen oder ganz anders. Alle drei Organisationen bestechen durch Arbeitsrechtsberatung und praktische gegenseitige Hilfe und dem Bemühen, alternative ökonomische Strukturen aufzubauen. Ihre praktische Arbeit unterscheidet sich nicht großartig von dem, was die FAU und ähnliche Organisationen hierzulande machen: Der Versuch der Organisierung mit Flugblättern zum Arbeitsrecht, die konkrete Rechtsberatung, der Aufbau von Genossenschaften und vor allem die

Unterstützung konkreter Arbeitskämpfe sind hier wie dort das A und O des Klassenkampfes von unten. Ziel bleibt selbstverständlich, wie die CFO betont, die Gründung unabhängiger Syndikate.

Tim Ackermann, Torsten Bewernitz

Abkürzungen:

Anm.: Das @ als eine Mischung aus a und o hat in spanischsprachigen Ländern die Funktion des Binnen-Is.

CAT – Centro de Apoyo des Trabajadores (linke Arbeitsrechtsorganisation in Puebla)
CETLAC – Centro de Estudios y Taller Laboral (linke Arbeitsrechtsorganisation in Cd. Juarez, Mitglied der FAT)
CFO – Comité Fronterizo de Obrer@s (linke Arbeitsrechtsorganisation in Piedras Negras)
CROC – Confederacion Revolucionaria de Obreros y Campesinos (korporatistische Gewerkschaft)
CTM – Confederacion de Trabajadores de Mexico (korporatistische Gewerkschaft)
FAT – Frente Autentico de Trabajadores (linker Zusammenschluß von Gewerk- und Genossenschaften)
NAFTA – Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
PAN – Partido Acción Nacional (teils wirtschaftsliberale, teils rechtsextreme Regierungspartei Mexikos)
PRD – Partido de la Revolución Democrática (‚sozialdemokratische' Oppositionspartei in Mexiko)
PRI – Partido Revolucionario Institucional (langjährige Regierungspartei Mexikos)
SITEKIM – Sindicato Independiente delos Trabajadores de la Empresa Kukdong Internacional de México (unabhängige Betriebsgewerkschaft)
UNT – Unión Nacional de Trabajadores (breiter gewerkschaftlicher Dachverband, ihr Spektrum deckt sowohl DGB- wie auch FAU-ähnliche Organisationen ab

Einen Comic und Interviews mit ArbeiterInnen aus der Maquila Kukdong findet man auf der Homepage der CAT: www.catpuebla.org (Rubrik ‚documentos': ‚Comic No Sweat' und ‚La Lucha Sigue')

Homepage der CFO: www.cfomaquiladoras.org/

Big in Japan

Interview mit Toshihiko Ono, Mitglied der „Freeter Union Fukuoka" (FUF)

In der DA Nr.187 haben wir schon ausführlich über die FUF berichtet. Toshihiko Ono ist Militanter und Mitbegründer der FUF.

1) Bitte beschreibe deine Person und deine jetzige Situation.

Ich denke man könnte mich am besten als das beschreiben was man in Japan einen „Freeter mit hoher Bildung" nennt, denn zurzeit arbeite ich Teilzeit für niedrige Gehälter nachdem ich einen Kurs zum Doktor (ohne Doktorarbeit) abgeschlossen habe, obwohl ich es definitiv nicht mag so genannt zu werden.

Ich arbeite als Übersetzer und Telefon-Dolmetscher auf Teilzeitbasis und ab und zu für ein kleines lokales Unternehmen. Vorher war ich bei einer Vorbereitungsschule (es gibt viele private Schulen in Japan die auf die Universität vorbereiten). Nach fünf Jahren als Teilzeit-Lehrer wollten sie ohne Angabe von Gründen meinen Vertrag nicht mehr verlängern. Es schien ziemlich offensichtlich, das smein Chef mich los werden wollte, da er zufällig wusste, dass ich in der Arbeiterbewegung involviert war. Nach einigen Verhandlungen, musste ich einem finanziellen Ausgleich zustimmen. Der Chef bekam Depressionen und fing an, sich sehr seltsam zu verhalten. Ich bedauere es, dass ich die Geschichte hier nicht genauerer erzählen kann, aber kurz gesagt: Ich protestierte mit meiner Gewerkschaft gegen die Absetzung, macht meinen Chef krank und nahm mir das Geld. Ist das nicht Wunderbar?

2)Wann hast du dich organisiert und warum?

Meine erste Erfahrung in den sog. Sozialen Bewegungen war 2003 die Teilnahme an einer Demonstration gegen die durch die japanische Regierung unterstützte US-Invasion des Iraks.

Es dauerte nicht lange, bis ich anfing mich etwas unwohl bei solchen Aktivitäten zu fühlen. In der Stadt Fukuoka, in der ich lebe, gibt es nicht viele Gruppen oder Einzelpersonen, die in den sozialen Bewegungen aktiv sind. Oft schien es mir, dass die Mehrzahl von ihnen auf den Krieg als eins von zahlreichen einzelnen Belangen, von denen nicht jeder eine Beziehung mit anderen haben musste, reagierten, als ob diese Belange außerhalb unseres Alltags liegen würden.

Insgesamt schien die Anti-Kriegs Bewegung von der Sympathie mit anonymen Personen, die im Irak leiden, und bei der ein wenig abstrakten Idee, dass Krieg nicht die richtige Sache sei, angetrieben wurde, und nicht so sehr von der Wut, die von unten nach oben gegen die Situation, in der wir gezwungen sind, in einem System zu leben, welches tausende Menschen in und außerhalb der Grenze tötet. Ich erkannte, dass mein Problem in erster Linie in der Frage lag, wer ich bin, wie ich in dieser Gesellschaft lebe und arbeite. Die Antwort lag darin, sich zu identifizieren — nicht mit abstrakten „Bürgern" oder mit einer „Nation", sondern mit der Arbeiterklasse (oder einer neuen Klasse dem sog. „Prekariat").

Abgesehen davon wurde meine Situation als Hochschulabsolvent ohne Perspektive ernster.



Die Privatisierung und Neo-Liberalisierung der Universitäten gab der Mehrzahl der Studierenden, welche in strenger Konkurrenz um die wenigen akademischen Positionen kämpften, eine Art neo-liberale Grundhaltung. Die Situation war noch härter für Studierende, einschließlich mir, die ihren Schwerpunkt auf Soziale Fächer legten, denn die Universitäten und Unternehmen legen keinen Wert auf StudentInnen, die kritisch und unzufrieden mit dem gegenwärtigen sozialen System sind.

Ich versuchte Studierende gegen die Neo-Liberalisierung der Universitäten, gegen die verstärkte Überwachung des Campus durch Videokameras und ähnliches und natürlich gegen Kriege zu organisieren. Doch bevor eine bedeutsamen Anzahl von Studierenden organisiert waren, musste ich meine akademische Karriere, hauptsächlich aufgrund meiner finanziellen Situation, aufgeben. Ich verließ den Campus und wurde ein „Freeter". Es war genau zu der Zeit, als wir von den Nachrichten aus Frankreich über den Aufstand der Studenten gegen CPE im Frühling von 2006 hörten. Ich dachte über die Mitgliedschaft in einer bereits existierenden Gewerkschaft nach, aber keine schien mir der richtige Platz für mich. Altmodischer Stil der Aktivitäten, der Reden, der Mentalität und eines langweiligen Demonstrationsmarsches war etwas, womit junge Menschen nicht sympathisieren.

Ich diskutierte mit einigen Freunden, die ich außerhalb des Campus kennen lernte, über unsere eigenen Belange. So kamen wir darauf, eine Gewerkschaft für so genannte Freeters und Menschen, die in prekären Umständen leben und arbeiten, gegen Neoliberalismus und gegen die Endwürdigung und Kontrolle des Lebens, gegen die Art des Lebens, welche die japanische Gesellschaft uns aufzwang, und gegen die Tötungsmaschine, genannt kapitalistische Nationalstaaten, zu organisieren.

Um 2003 starteten junge Menschen in Japan eine Art von Anti-Kriegs-„Sound Demonstrationen". Ich mochte die Idee und begann ähnliche Demonstrationen, in einem viel kleinerem Maßstab, in unserer Stadt mit einer Mischung aus Anti-Neoliberalismus und Anti-Kriegs-Botschaften. Der Einfluss unserer Demonstrationen und die Botschaft, die wir vermittelten, welche sogar ein bisschen ungehobelt und radikal waren, zogen einige junge prekäre Menschen zu unseren Aktivitäten.

Ich glaube es war unser Stil und unsere Botschaft, womit sich junge Menschen stark identifizieren konnten. Es gibt jetzt 17 Mitglieder in unserer Gewerkschaft. Es ist eine sehr kleine und unabhängige lokale Gewerkschaft. Viele unserer Mitglieder sind arbeitslos, einige waren noch nie angestellt und stehen am Rande der Gesellschaft. Für jene die angestellt sind, nutzen wir natürlich existierende Gesetze, um ihre Rechte zu schützen. Mit jenen ohne Arbeit versuchen wir ihre individuellen Probleme auszutauschen und assistieren ihnen ein besseres Leben und Arbeiten möglich zu machen. Wir diskutieren kontinuierlich darüber, was wir als eine Gewerkschaft tun können, um die Gesellschaft von unserer Sicht aus zu verändern. Was ist eine Gewerkschaft für uns? Das ist eine Frage die man sich immer stellen sollte.

3)Was sind die Aktivitäten eurer Gewerkschaft?

Obwohl wir noch nicht viele Fälle erledigt haben, machen wir normale Aktivitäten als Gewerkschaft — u.a. Kämpfe für Gehaltserhöhungen und Proteste gegen Entlassungen und das Schützen der Jobs der Gewerkschaftsmitglieder. Wir machen Veranstaltung, z.B. Filmvorführungen oder Fortbildungen, in unserem kleinen Büro. Wir gehen regelmäßig auf die Straße, um unsere Meinung zu sagen und um Flugblätter zu verteilen, damit die Leute unsere Aktivitäten und unsere Botschaften anerkennen, und um diejenigen zu erreichen, die Hilfe benötigen, manchmal „Reclaim The Streets"-artig durch das Spielen von Musik und das Durchführen einer Art live Party. Gelegentlich organisieren wir eine größere Demonstration.



4)Der dies jährige G8-Gipfeltreffen wird in Japan statt finden. Plant ihr Aktivitäten?

Der Tagungsort des Gipfels ist ziemlich weit entfernt von unserer Stadt, und wir können es uns nicht leisten, ein Mitglied dort hinzuschicken. Aber durch unsere regulären Aktivitäten verbreiten wir Protest-Botschaften gegen den G8 und alles neo-liberale und kapitalistische. Die letzte Demonstration, die wir organisierten, richtete sich hauptsächlich gegen den globalen Kapitalismus und den G8-Gipfel. Wir denken, dass unsere kontinuierlichen Aktivitäten in unserer Stadt einen wichtigen Teil in unserem globalen Kampf gegen den globalen Kapitalismus, inklusive der G8, beitragen. Ja, ich wünschte Ich könnte an den Protesten mit den GenossInnen aus aller Welt teilnehmen.

BriB

Ocupas Urbanas

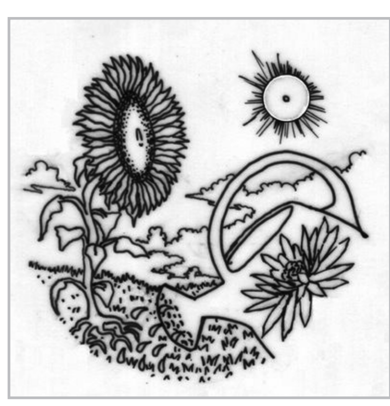
Die Praxis des sozialen Anarchismus in Rio de Janeiro

Die FARJ — Federación Anarquista de Rio de Janeiro (Anarchistische Föderation Rio de Janeiros) ist eine sehr aktive sozialanarchistische Gruppe in Brasilien. Die „Ocupas Urbanas" sind besetzte Wohnhäuser in den armen Stadtteilen und Favelas in Rio.

In Hinblick auf die libertäre Bewegung in Rio kann die Gründung der FARJ als ein Meilenstein gewertet werden. Der Gründungsprozess der Gruppe dauerte 1,5 Jahre. Am Ende des Diskussionsprozesses gab es einen Konsens über das Profil einer möglichen Organisation:

Eine Föderation anarchistischer Individuen, die sich in die verschiedenen gesellschaftlichen Konflikte einmischt und Stellung bezieht. Seit ihrer Gründung am 30. August 2003, arbeitete die FARJ an unzähligen Projekten — immer mit dem Anspruch anarchistische Ideen in die Praxis umzusetzen. Wie es in ihrem „Manifiesto de Fundación" heißt: „Die neue Gesellschaft wird durch uns geschaffen. Hier und jetzt, mit der Inspiration des Anarchismus."

Eines der vielen Projekte der FARJ ist das „Centro de Cultura Social (CCS)", welches im Norden der Stadt liegt. Der Raum wird für kollektive Arbeit, als Platz für Treffen und Versammlungen, zum gemeinsamen Kochen und Essen mit den AnwohnerInnen aus „Morro dos Macacos" (2), Nachhilfe, Recycling und Capoeira (traditionelle Selbstverteidigung) genutzt. Zudem existiert dort die „Bibiloteca Social Fábio Luz". Das CCS ist ein gemeinsamer Raum vieler AktivistInnen und wird auch noch vom „Colectivo Libertario Activista Voluntariado de Estudios (CLAVE)", der „Grupo de Acción Libertaria (GAL)", dem Komitee gegen Folter und anderen nicht-explizit anarchistischen Gruppen genutzt.



Centro de Cultura Social (CCS)

Mit dem Ziel ihre gesellschaftliche Relevanz zu vergrößern begann die FARJ 2003 die Zusammenarbeit mit den „Städtischen Hausbesetzungen". Seit dieser Zeit besuchen Militante der FARJ die Treffen der Besetzungen Olga Benário (Benannt nach einer bekannten Kommunistin, die in den 30er in Rio aktiv war), im Campo Grande, und Vila da Conquista und Nelson Faria Marinho in Jacarepaguá. Die dort stattfindende politische Arbeit ist eine gemeinsame Organisation mit den BesetzerInnen um ihr Forderungen besser durchsetzen zu können. Zu dem wird versucht die kämpfenden Kommunen mit anderen (Klassen-)Kämpfen zu verbinden. So unterstützen zum Beispiel einige Gewerkschaften die Besetzungen mit gratis Infrastrukturarbeiten.

Schließlich weitete die FARJ ihre Aktivitäten auch auf andere Besetzungen wie das Poeta Xynaiba in Tijuca und Margarida Maria Alves in Sao Goncalo aus. In all diesen Besetzungen versucht die FARJ die Autonomie der BesetzerInnen zu unterstützen und eine Solidarität und Zusammenarbeit unter den Besetzungen zu etablieren.

Fast alle Projekte arbeiten inzwischen kollektiv und ohne Bezug auf repräsentative Demokratie zusammen. Politiker dürfen nicht an den Versammlungen teilnehmen, und Wahlpropaganda ist an und in den Häusern nicht geduldet. Die Menschen verlassen sich auf direkte Zusammenarbeit mit anderen (Arbeiter)Organisationen und Direkte Aktionen um ihre Probleme zu lösen.

Ein anderes von einigen Companeros entwickeltes Projekt ist „Gestación", welches regelmäßig im CCS stattfindet. Sie wollen Menschen, die sich die Mietkosten nicht mehr leisten können helfen und motivieren ihre Wohnungen und Häuser zu besetzen. Damit bieten sie diesen Menschen einen Raum um sich kennen zu lernen und sich gemeinsam herrschaftsfrei zu organisieren. Auf diesen Treffen wird vom Namen bis zur konkreten Aufgabenverteilung in den zukünftigen Besetzungen diskutiert. Darüber hinaus werden direkte Aktionen geplant um die Häuser zu erobern.

Dieser praktizierte „Soziale Anarchismus", den die FARJ im Widerspruch zu dem ansonsten vorherrschenden „Lifestyle-Anarchismus" sieht, versucht direkt in soziale Kämpfe und Bewegungen zu intervenieren und diese zu unterstützen. Sozialer Anarchismus ist keine neue innovative Idee. Der Anarchismus hat im Laufe der Zeit seine soziale Komponente verloren, der Soziale Anarchismus strebt eine Rükkkehr der Anarchisten zu ernsthaftem sozialen Handeln an — zusammen mit den Arbeitern und prinzipiell allen Prekarisierten der Gesellschaft wie den Obdachlosen, den Landlosen, den Indigenen, … . Die Widersprüche und die Unfähigkeit des Kapitalismus, soziale Probleme zu lösen wird in diesen Kämpfen deutlich und so lassen sie sich mit anarchistischer Theorie direkt verbinden.

(1) Der Text stammt von Felipe Corrêa und wird hier frei (nicht wortwörtlich und etwas gekürzt) übersetzt. Erschienen in La Libertad Nr. 5, Juli 07, San José, Costa Rica.

(2) Favela in Rio, wird teilweise von Mafia Strukturen regiert.

Homepage der FARJ: www.farj.org



Arm gegen arm

Südafrika: Nationalismus und Chauvinismus in der „Regenbogennation"

In Europa mag es viele überrascht haben, als am 11. Mai diesen Jahres sog. fremdenfeindliche Gewaltexzesse auf den staubigen Straßen des Townships (1) von Alexandra (Gauteng) ausbrachen. Schnell breiteten sie sich in andere Provinzen, wie z.B. Mpumalanga und das Westkap, aus. In Folge dessen wurden 62 Menschen getötet, 45.000 vertrieben und 1.435 verhaftet. Tatsächlich sind die Angriffe gegen ImmigrantInnen in Südafrika seit Jahren angestiegen. Allein 600 Somalis wurden schätzungsweise in solchen Ausschreitungen seit 2002 getötet. Die Vereinigung für Flüchtlinge und Migranten in Südafrika (2) wies nach, dass sich seit Dezember 2007 in 13 Gemeinden „Mobübergriffe auf Nicht-Staatsangehörige" ereigneten.

Präsident Mbeki wurde durch den südafrikanischen Inlandsnachrichtendienst bereits im Januar darauf hingewiesen, dass diese Form von Unruhe „insbesondere in Alexandra" am gären sei. Warum wurde nichts dagegen unternommen? Es scheint plausibel, dass bestimmte Elemente im Staatsapparat entweder die Gewalttätigkeiten schürten oder bewusst von einer Intervention absahen, um zu sehen, wie weit das Ganze gehen würde; um zu sehen, bis zu welchem Ausmaße die unteren Klassen in einer Massenhysterie „gegeneinander" aufgebracht werden könnten.

Was ist passiert?

Mitglieder der Anwohnervereinigung von Alexandra (3), die beschuldigt wird, die Gewalttätigkeiten angekurbelt zu haben und zu propagieren, dass AusländerInnen aus dem Land getrieben werden sollten, trafen sich vermutlich am 10. Mai mit Taxifahrern aus Alexandra. Diese legten den ImmigrantInnen zur Last, dass sie deren Arbeitsplätze wegnähmen und für niedrigere Löhne arbeiteten, womit sie das allgemeine Lohniveau nach unten treiben würden. Sie machten die ImmigrantInnen ebenso für die Verbrechenszunahme verantwortlich. Vermutlich geschah es auf diesem Treffen, dass man beschloss, die Nicht-Staatsangehörigen sollten aus dem Township vertrieben werden.

Bis zum Abend des 11. Mai stand Alexandra in Flammen. Mobhorden waren organisiert worden und zogen von Hütte zu Hütte, auf Immigranten einprügelnd, deren Frauen vergewaltigend und sie vor die Wahl stellend, zu gehen oder zu sterben. Sie plünderten Läden und Häuser von ImmigrantInnen und setzten sie in Brand. Zwei Personen starben in dieser ersten Nacht der Gewalt, darunter ein südafrikanischer Mann. Die Tatsache, dass ein südafrikanischer Staatsangehöriger getötet wurde (vermutlich, weil er sich weigerte, sich an den Gewaltexzessen zu beteiligen), sollte kennzeichnend genug sein für die Wesensart der Ausschreitungen und deutlich machen, dass es dabei nicht nur um ImmigrantInnen ging, die Arbeitsplätze stehlen würden.

Was waren die Reaktionen?

Die südafrikanische Polizei reagierte — im Gegensatz zu Szenarien, bei denen es um die Rechte der Arbeiterklasse geht — äußerst langsam und ineffizient, wenn das Leben von Menschen in Gefahr geriet. Ihre Präsenz trug nichts dazu bei, dass weitere Gewalt unterbunden wurde.

Anstatt Verantwortung zu übernehmen, verwies die Regierung auf eine „böse" dritte Kraft, die demnach versuchen würde, das Land im Vorfeld der Wahlen im nächsten Jahr zu destabilisieren, und erklärte, dass die Gewalt in erster Linie ein Fall von opportunistischer Kriminalität sei. Diese Reaktion glich der Regierungshaltung, zu vorangegangenen Protesten gegen die schlechten öffentlichen und sozialen Dienstleistungen.

Dagegen reagierten die sozialen Bewegungen sehr schnell. Teile des Anti-Privatisierungsforums (4) waren die ersten, die mit einer internationalistischen Position auf die Angriffe antworteten. Trotz der Tatsache, dass fremdenfeindliche Stimmungen zuvor auch innerhalb der sozialen Bewegungen vorzufinden waren — und dass es durchaus möglich sein könnte, dass Angehörige dieser Bewegungen sich an den Ausschreitungen beteiligten — obsiegte die internationalistische Strömung. Und es waren wahrscheinlich allein die sozialen Bewegungen und die revolutionäre Linke, die auf die Angriffe internationalistisch antworteten, wobei sie sich zu einem gewissen Maße auf einen Klassenstandpunkt stützten. Während Politiker, Journalistinnen und Intellektuelle aus dem gesamten bürgerlichen politischen Spektrum strengere Grenzkontrollen forderten, vertrat das Anti-Privatisierungsforum die Position, dass „niemand illegal ist".

Die Organisation Abahlali baseMjondolo (5) erklärte ihre Absicht gegen jegliche Angriffe vorzugehen, und die Anti-Eviction Campaign (6) gab bekannt, dass sie zur Verhinderung eines Angriffes im Westkap erfolgreich mobilisieren konnte. Auf ähnliche Weise gaben AktivistInnen der sozialen Bewegungen in Gauteng ihre Unterstützung von Verteidigungsbemühungen zum Ausdruck, und dazu versuchten, die in den innerstädtischen Slums von Johannesburg lebenden Menschen zu mobilisieren, um die ImmigrantInnen in ihren Gemeinden zu verteidigen.

Was waren die Ursachen?

Auf der Suche nach einem Motiv für die Gewalt scheint die am meisten auf der Hand liegende Schlussfolgerung zu sein, dass Menschen ihren eigenen Zorn und Frust über Arbeitslosigkeit, Armut und Verbrechen, Wohnungsknappheit und mangelnde soziale Leistungen gegen die Verletzlichtesten in ihren Gemeinden fehlrichteten.



Internationalistische Antworten gibt die Zabalaza Anarchist Communist Front

Die Menschenrechtskommission stellte in einer Untersuchung über Fremdenfeindlichkeit fest, dass die Polizei „ihre Macht missbraucht durch die willkürliche Festnahme und Inhaftnahme von AusländerInnen; durch die Vernichtung von Rechtsdokumenten; und durch Bestechungen, Korruption und Erpressung." Es ist klar, dass die Polizei, wenn sie offen solch eine Haltung gegenüber ImmigrantInnen zur Schau stellt, ein ähnliches Verhalten in der allgemeinen Öffentlichkeit anspornt.

Solche fremdenfeindlichen Haltungen finden sich jedoch nicht nur bei der südafrikanischen Polizei. PolitikerInnen jeglicher Couleur haben ImmigrantInnen öffentlich beschuldigt, Drogenhändler zu sein, und sie für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht; während die südafrikanischen Medien andauernd Sensationsgeschichten über ImmigrantInnen herstellen, dabei solch abwertende Bezeichnungen wie „Fremdlinge" verwenden und stets betonen, dass ein Verbrechen von einem „Ausländer" begangen wurde.



Der regierende African National Congress (ANC) fördert Kampagnen wie „Proudly South African"

Auch wenn die oben genannten Aspekte als Gründe für die Eruption der Gewalt herangezogen werden können, so wäre es doch ein Fehler, diese als die einzigen Ursachen für die Unruhen zu sehen.

Unzweifelhaft ist eine der Hauptursachen für die fremdenfeindliche Gewalt der Nationalismus generell. Studien haben gezeigt, dass es eine extreme Stimmung gegen AusländerInnen in Südafrika gibt. Der regierende African National Congress (ANC) fördert im Bündnis mit der Südafrikanischen Kommunistischen Partei — welche das links-ideologische Feigenblatt für die sog. National-Demokratische Revolution des bürgerlich-nationalistischen ANC liefert (7) — diese Stimmung, indem sie Kampagnen wie „Proudly South African" (8) durchführen. Dabei werden sie unterstützt von Oppositionsparteien und erhalten die Zustimmung von allen großen südafrikanischen Unternehmen. Letztere hegen einen Nationalstolz und Patriotismus für Südafrika, das meist industrialisierte Land des Kontinents, in Opposition zur Solidarität über künstliche koloniale Grenzen hinweg, die der ANC unkritisch akzeptiert. Die „Proudly South African"-Kampagne, die explizit dazu auffordert, „südafrikanisch einzukaufen" (d.h., lokal erzeugte Produkte zu kaufen), weicht die internationale Solidarität der Arbeiterklasse auf, indem sie die Illusion nährt, ArbeiterInnen sollten die lokale Ökonomie unterstützen, um damit Arbeitsplätze innerhalb Südafrikas zu schaffen, anstatt sich solidarisch international zu vereinigen und gemeinsam über Grenzen hinweg zu kämpfen.

Die Angriffe müssen ebenso im weiteren Kontext eskalierender Stufen von chauvinistischer Gewalt gegen Frauen und insbes. schwarze Lesben gesehen werden. Laut People Opposed to Women Abuse (9) wurden seit 2006 zehn Lesben bei homophoben Angriffen gegen Frauen getötet; also durchschnittlich eine alle drei Monate. Der Anstieg dieser Art von Gewalt legt eine wachsende Kultur des Chauvinismus in der südafrikanischen Gesellschaft nahe. Tatsächlich wird der ANC-Vorsitzende — und angehende Präsident Südafrikas — Jacob Zuma von seiner Wählergruppe als männlicher Chauvinist betrachtet. Und auch wenn er selbst nicht direkt mit diesem Image auf Stimmenfang ging, so hat er doch nichts dagegen getan, diese Wahrnehmung seiner Person unter seinen Unterstützern aus der Welt zu räumen. Die sexistischen Äußerungen, die er während des Vergewaltigungsverfahrens (10) gegen ihn machte, haben lediglich dieses Bild über ihn verstärkt — und schürten die Ausbreitung sexistischer und chauvinistischer Haltungen bei Leuten im ganzen Land. Es ist bezeichnend, dass — obwohl Zuma dies öffentlich missbilligte —, der Mob während seiner fremdenfeindlichen Exzesse häufig „Unshini Wami" („Bring mir mein Maschinengewehr") sang: Jacob Zumas Kennungslied, das bekannt gemacht wurde durch Umkhonto weSizwe, den bewaffneten Arm des ANC, während des Anti-Apartheid-Kampfes und seitdem von Zulus (Südafrikas größte ethnische Gruppe) wie auch von Zuma-Anhängern als deren inoffizielle Hymne übernommen wurde.

Es ließe sich spekulieren, ob die sog. fremdenfeindliche Gewalt (11) aus der manipulativen Instrumentalisierung von Nationalismus und ethnopolitischen Differenzen durch politische Kräfte resultiert. Deren Nutzen könnte es sein, die Gewalt zwischen arm und arm zu schüren, um damit den Frust über fehlende Arbeitsplätze und Sozialleistungen von der Regierung und lokalen Funktionären abzulenken. Wenn dem so ist, könnte das schlimmste noch kommen.

Jonathan Payn & James Pendlebury (Zabala Südafrika)

Übersetzung: Holger Marcks

Anmerkungen:

1) Township: Während der Apartheid Bezeichnung für die abgetrennten Wohngebiete von Afrikanern, Farbigen und Indern in Südafrika. Nach dem Ende der Apartheid konnten die sozialen Probleme in den Townships nur schleppend gelöst werden. Sie blieben deshalb zumeist eigene Ghettowelten.
2) Consortium for Refugees and Migrants in South Africa (CoRMSA): eine Non-Profit-Organisation, die sich für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen in Südafrika einsetzt; www.cormsa.org.za/
3) Residents Association of Alexandra: Ableger des staatlich initiierten Forums für Gemeindepolitik (Community Policing Forum); versucht „eine aktive Partnerschaft zwischen Polizei und Gemeinde herzustellen"
4) Anti-Privatisation Forum (APF): Im Jahre 2000 gegründetes Netzwerk von GewerkschafterInnen, GeimeindeaktivistInnen, Studierenden und anderen Linken; www.apf.org.za/
5) Relativ große Oppositionsbewegung von BewohnerInnen der typischen armen Wellblechhütten in Südafrika; basisdemokratisch und multiethnisch ausgerichtet, lehnt es jegliche parteipolitische Einflussnahme ab und setzt auf Kämpfe direkt in den Gemeinden, um die Lage der armen Hüttenbewohner zu verbessern.
6) Anti-Räumungs-Kampagne: Bewegung von armen und unterdrückten Gemeinden im Westkap, die sich u.a. gegen Räumungen, Wasser- und Elektrizitätssperrungen und Polizeigewalt zur Wehr setzt.
7) Die Kommunistische Partei hat ein offizielles Bündnis mit dem ANC, einer schwarz-nationalistischen Befreiungsorganisation, die seit dem Ende der Apartheid die Regierung stellt. Das „revolutionäre" des ANC besteht in der Etablierung eines nicht-rassistischen Kapitalismus.
8) Ungefähr: „Stolz auf Südafrika" bzw. „Stolz, Südafrikaner zu sein".
9) POWA: NGO, die Forschungen über genderbezogene Gewalt in Südafrika anstellt und sich gegen an Frauen verübter Gewalt einsetzt.
10) Zuma war 2005 angeklagt, eine Anti-Aids-Aktivistin vergewaltigt zu haben. Er berief sich darauf, dass sie in den Sexualverkehr indirekt eingewilligt habe (er könne schließlich einer Frau ansehen, ob sie Sex mit ihm haben wolle) und wurde unter dem Jubel seiner Anhänger freigesprochen.
11) "Sogenannt", weil die Angriffe ebenso Shangaan-, BaPedi- und Tshivenda-sprechende Leute traf, die ja indigene, sog. eingeborene SüdafrikanerInnen sind.

Ein Vorschlag zur Güte

Interview mit Michael Albert, dem Autor der post-kapitalistischen Wirtschaftsvision Parecon

Partizipatorische Ökonomie, kurz Parecon, ist der Entwurf eines klassenlosen Wirtschaftssystems, das eine Alternative bieten könnte zu Kapitalismus, Marktsozialismus und zentraler Planwirtschaft. Parecon fußt auf Gerechtigkeit, Solidarität, Verschiedenheit und Selbstverwaltung. Neben wirtschaftlichen Erwägungen spielen auch Verwandtschaft und Geschlecht sowie Gemeinschaft und kommunale Strukturen eine bedeutende Rolle. In der Parecon treffen Räte der Arbeiter und Verbraucher in Selbstverwaltung die Entscheidungen. Im Interview stellt Michael Albert die Kernpunkte seiner Vision für eine antikapitalistische Wirtschaft vor.


Michael Albert

Als ich das erste Mal über Parecon las, überraschte mich am meisten, dass es ganz wie ein anarchistisches Wirtschaftsmodell klingt. Ist diese Einschätzung richtig?

Michael Albert: Das ist richtig, in meinen Augen. Der Anarchismus ist eine breiter und vielfältiger Ansatz, gesellschaftliche Beziehungen zu verstehen und Einfluss auf sie zu nehmen. Im weitesten Sinne besagt der Anarchismus, dass wir weder Wohlstands- noch Machthierarchien wollen, die einige Leute zur Herrschaft befähigen oder gar zwingen, während ihnen andere Leute, und zwar im Allgemeinen sehr viel mehr Leute, untergeordnet sind. Diese Problemstellung wendet Parecon auf die Wirtschaft an und macht Vorschläge, wie Produktion, Verteilung (1) und Konsumption zu bewerkstelligen seien. Diese Vorschläge sehen keinen Kreis von Menschen vor, der aufgrund seiner Position im Produktionsprozess andere Menschen beherrschen könnte. Der Wirtschaftsentwurf Parecon ist in diesem Sinne die Utopie einer klassenlosen Gesellschaft, einer Wirtschaft ohne Klassenhierarchie. So ist Parecon sehr stark in der anarchistischen Tradition verwurzelt.

Mehr noch, hat der Anarchismus ein weiteres großes Motto, nämlich dass bei Entscheidungen auch die Betroffenen mitzureden haben sollten. Die Menschen sollten teilnehmen können und ihre Lebensbedingungen und Chancen selbst in der Hand haben — selbstverständlich in Abstimmung mit anderen. Parecon ist eine Wirtschaft, die die Selbstverwaltung zum Ziel hat. Das Ziel heißt also, dass alle Menschen Entscheidungsgewalt in dem Maße haben, in dem sie von den Entscheidungen betroffen sind. Parecon ist eine solidarische Ökonomie, die allen Beteiligten dieselbe Verantwortung und Macht zuschreibt. Auch in diesem Punkt, denke ich, ist Parecon ein anarchistisches Modell.

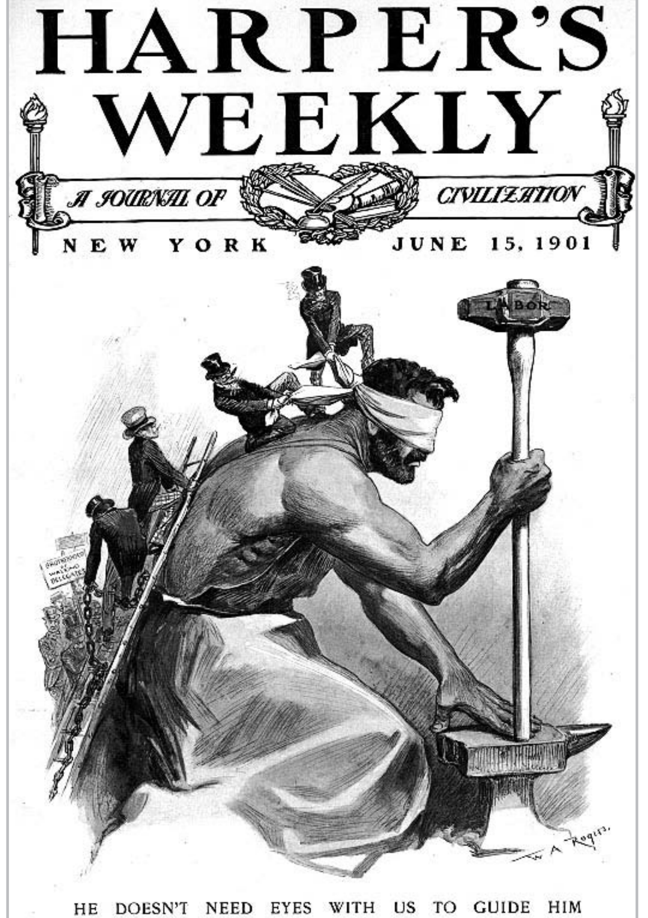
In deinen Veröffentlichungen beschreibst du eine dritte Klasse, eine sogenannte Klasse der Koordinatoren. Was ist das und wie unterscheidet sich Parecon durch dieses Konzept von anderen radikalen Theorien, wie z.B. vom Marxismus und vom Anarchismus?

A: MarxistInnen stellen zurecht heraus, dass Eigentumsverhältnisse Akteure hervorbringen können und auch hervorbringen, die nicht nur verschiedene, sondern entgegengesetzte Interessen haben. Das nennen sie Klassenspaltung und Klassenherrschaft. Besitzer von Fabriken, Rohstoffen und produktivem Eigentum, die sogenannten Kapitalisten haben andere Interessen als die Leute, die um des Lohns willen ihre Arbeitsfähigkeit verkaufen. Diese Unterscheidung in Kapital und Arbeit ist ein Schlüssel zum Verständnis, wie eine kapitalistische Wirtschaft funktioniert und welche Auswirkungen sie auf die Menschen hat. Da hat der Marxismus Recht. Es gilt, die Verhältnisse abzuschaffen, wo einige wenige Menschen unser aller Arbeitsplätze, unser aller Werkzeuge und unser aller Rohstoffe besitzen. So weit, so gut.

Aber diese Spaltung ist nicht die einzige! Bakunin und andere frühe AnarchistInnen sprachen viel über ArbeiterInnen, die in gewissem Maße mehr Macht und Einkommen hatten als andere ArbeiterInnen. Viel später, Mitte der 1970er brachten Barbara und John Ehrenreich dies wieder ins Gespräch als sie eine Gruppe „zwischen Arbeit und Kapital" erkannten, die professionelle Managerklasse. Robin Hahnel und ich entschieden uns im Buch „Parecon" für eine andere Bezeichnung: die Koordinatorenklasse. Wir ver-fei-nerten sowohl die Kriterien als auch die Begründung dafür, warum diese Unterscheidung sinnvoll ist. Wir schlagen folgende Definition vor: Menschen, die befähigende und erfüllende Posten für sich in Anspruch nehmen, während andere Menschen (die Klasse der Arbeiter-Innen) zumeist nur Routinearbeiten, ausführende und langweilige Aufgaben erledigen.

Warum nun nicht sagen, es gibt Kapitalisten einerseits und Arbeiter andererseits, zwei Klassen? Warum streiten um des Kaisers Bart? Es mag ArbeiterInnen geben, die eine Menge kreative Aufgaben auf Arbeit haben, während andere nur stumpfsinnige Aufgaben haben, aber sie alle sind Arbeiter. Sie alle besitzen nur ihre Arbeitskraft, die sie alle verkaufen müssen. Robin und ich meinen, es sind zwei Klassen und eben nicht eine Klasse mit zwei Schichten.

Diese beiden Großgruppen leben tatsächlich in sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Situationen, mit unterschiedlicher Macht und Einkommen, mit verschiedenen Sichtweisen auf „die da oben" (Kapitalisten) und auf sich selbst. In unseren Augen ist die Verschiedenheit beider Gruppen aus zwei Gründen so groß, dass wir sie zwei Klassen nennen: 1) Die kapitalistische Wirtschaft der Gegenwart als Drei-Klassen-System aufzufassen bedeutet, die Komplexität des Wirtschaftslebens in Rechnung zu stellen, die durch den Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit unterbelichtet bleibt. Punkt 2) ist wichtiger, dieses Drei-Klassen-Modell betont den Fakt, dass der Kapitalismus durch zwei verschiedene Systeme abgelöst werden kann. Einerseits könnte die Koordinatorenklasse die neue herrschen-de Klasse werden, nach dem Motto: Weg mit dem alten Boss, her mit dem neuen! Im 20. Jahrhundert war das der zentral geplante Markt-Sozialismus, der richtigerweise eher zentral geplanter Markt-Koordinatorismus heißen sollte. Andererseits könnte an die Stelle des Kapitalismus eine klassenlose Gesellschaft treten. Hierzu müsste die Spaltung in Kapital und Arbeit auf-gehoben werden, durch die Abschaffung des Privateigentums an Produktions-mitteln. Gleichzeitig müsste auch die Spaltung in Koordination und Arbeit aufgehoben werden. Ich glaube nicht, dass uns die Beschreibung der Koordinatorenklasse vom Erbe des Anarchismus scheidet, das tatsächlich sogar die Grundlage für diesen Gedankengang bildet.



Die Spaltung in Koordination und Arbeit — kein neues Problem. Titelblatt der Zeitschrift „Harper's Weekly" von 1901.

Was büßen wir ein, wenn wir die Koordinatorenklasse ignorieren? Und wie können wir es vermeiden, eine Koordinatorenklasse zu schaffen, wenn wir antikapitalistische Arbeitsplätze einrichten?

A: Wenn wir ignorieren, dass Ärzte, Anwälte, Ingenieure, Manager und andere, die ein Monopol auf befähigende und erfüllende Tätigkeiten haben, dass sie eine Klasse oberhalb der ArbeiterInnen sind, verdunkeln und verstecken wir buchstäblich die Existenz dieser Klasse und ihrer Beziehungen. Wir verdunkeln und verstecken die Realität, dass jemand ehrlich und engagiert antikapitalistisch sein kann, aber gleichzeitig nicht gegen die Klassenspaltung, sondern für die Koordinatorenklasse arbeitet. Wir verdrängen, dass es möglich und nicht unüblich ist, dass antikapitalistische Bewegungen Werte, Thesen, Sprache, Stil und Gewohnheiten verkörpern, die den Erfahrungen, Interessen und Hoffnungen der Koordinatorenklasse entstammen — nicht denen der ArbeiterInnen. Und aus diesem Grunde sind sie den ArbeiterInnen unsympathisch, befremdlich, ja sie erfüllen und befähigen sie nicht. Anders gesagt, wenn wir die Koordinatorenklasse ignorieren, ignorieren wir diese und andere zentrale, kritische Erkenntnisse darüber, was wir tun, wie wir es tun, welche Erfolgsaussichten wir haben und welche Folgen unser Tun nach sich zieht.

Nun zum zweiten Teil deiner Frage: Wenn Leute, die eine bessere Welt suchen, Experimente auf wirtschaftlichem Gebiet unternehmen und die alten Klassenspaltungen nicht reproduzieren wollen, dann darf es selbstverständlich niemanden geben, dem das neue Projekt gehört, dann kann es auch keine Beschäftigten geben. So viel ist klar, obwohl diese Problematik oft nicht erschöpfend behandelt wird. Da ist viel zu beachten, vor allem aber heißt es, dass wir in unseren Projekten nicht die Entscheidungswege gehen können, mit denen gemeinhin Arbeitsaufgaben definiert und zugeteilt werden, so wie wir es kennen. Etwa 20 Prozent der Leute in einem Unternehmen übernehmen all die befähigenden und erfüllenden Aufgaben, während 80 Prozent nur Routine und ausführende Tätigkeiten verrichten; erstere stehen dadurch, durch ihre Stellung im Produktionsprozess über letzteren. Das ist die korporative Arbeitsteilung. Um diese Hierarchie auszumerzen, müssen wir die Arbeitsteilung neu definieren, müssen wir Jobs derart gestalten, dass das Monopol auf befähigende Tätigkeiten gebrochen und die „Schokolade" gerecht verteilt wird. Dieses Ziel nennt Parecon „ausgewogene Tätigkeitsbündel". Der Gedanke dahinter ist der, dass jede der beteiligten Personen verschiedene Tätigkeiten in ihrem Job machen sollte, so dass die Aufgaben und Verantwortung insgesamt die Leute in etwa gleicher Weise befähigen und weiterbringen.

Der Ökonomismus, der Tunnelblick auf wirtschaftliche Faktoren, reduziert radikale Theorie und gesellschaftliche Fakten auf ökonomische Erwägungen. Der Marxismus ist ein Paradebeispiel dafür. Was hältst du vom Ökonomismus?

A: Die meisten MarxistInnen sind nicht so borniert, nur Wirtschaft und Klasse zu analysieren, insbesondere wenn es darum geht, die Lehren aufzunehmen, die uns die Frauenbewegungen, Schwulen-, antirassistische und andere Bewegungen bieten. Nichtsdestotrotz gibt es im Marxismus eine Tendenz, und zwar vor allem in konfliktträchtigen Zeiten, die alle Dynamiken und Beziehungen nur unter dem Aspekt ihres Einflusses auf die Ökonomie und die Klassenverhältnisse betrachtet. Ökonomie und Klassenverhältnisse werden hier als zentrale, bedeutende Grundlage für alle anderen Erscheinungen und Entwicklungen aufgefasst. Die Kritik an dieser Haltung kann aber nicht die sein, dass man ausgehend von diesen ökonomischen Erwägungen nicht auf den Rest der Gesellschaft blicken könne und umgekehrt — das kann man sehr wohl, und sehr gewinnbringend tun. Aber man kann die Auswirkungen von Verwandtschaft und Geschlecht, oder die von Gemeinschaft, Ethnie und Kommune ebenso gewinnbringend ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Man kann diese Facetten mit der Ökonomie oder auch zueinander in Beziehung setzen. Mehr noch, wirtschaftliche oder Klassen-Dynamiken können in den Blick genommen werden, ohne außer Acht zu lassen wie sie Geschlechter- und Gemeinschaftsverhältnisse, oder politische Hierarchien verändern. Und es stimmt, dass der Rest der Gesellschaft seinerseits Impulse gibt, die sich auf die Ökonomie auswirken — und dies ist sehr wichtig, ja zentral. Dass die ökonomische Sphäre sehr wichtig, ja zentral ist, heißt nicht dass sie allein all-bedeutend ist. In der Tat ist es ja so, dass auch Verwandtschaft (Sozialisation, Sexualität, etc.) und Gemeinschaft (Feiern, Identität, etc.) sowie Politik (Gesetzgebung, Rechtssprechung, etc.) je ein Kräfteverhältnis erzeugen, das Impulse aussendet und Impulse empfängt.

Anders gesagt, es gibt nicht den einen über-wichtigen Fokus, nicht die eine zentrale Dimension gesellschaftlichen Lebens, die die Engagierten besonders herausstellen müssten, sondern es sind vier. (2) Also brauchen wir einen theoretischen Ansatz, der alle vier gleichermaßen betont, der jede einzelne Dimension im Lichte der anderen betrachtet. Ein Konzept, das nur eine Dimension, sei es die wirtschaftliche oder eine andere, zur Hauptsache erklärt, ist nicht zu gebrauchen.

Es gibt Vertreter des Anarcho-Syndikalismus, die der Auffassung sind, die beste Strategie für eine libertäre gesellschaftliche Umwälzung sei es, wenn die ArbeiterInnen ihre Arbeitsplätze in Orte der Soli-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

darität und Zwanglosigkeit umwandeln würden. Ist die Parecon mit diesem anarcho-syndikalistischen Ansatz vereinbar, oder konzentriert sich dieses Konzept zu sehr auf die Ökonomie?

A: Meiner Meinung nach kann jemand, der diesen Ansatz vertritt, ob er sich nun Anarcho-Syndikalist oder anders nennt, die Wirtschaftsordnung Parecon als Ziel definieren und mit Ja antworten. Parecon ist mit einer ökonomistischen Schwerpunktsetzung vereinbar. Ich würde so aber nicht antworten. Vielmehr meine ich, dass Parecon ein tragfähiges und erstrebenswertes Konzept bietet, um den Kapitalismus zugunsten einer klassenlosen Wirtschaftsordnung zu überwinden, ja. Ich bin aber nicht der Ansicht, dass sich alles im Leben nur ums Ökonomische dreht, oder dass die Wirtschaft das ganze Leben beherrscht; das sind vereinfachende ökonomistische Behauptungen.


Korporative Arbeitsteilung extrem: Callcenter-Agents wird auf den Punkt genau vorgeschrieben, was sie zu sagen haben.

Stattdessen bin ich der Überzeugung, dass wir Bewegungen brauchen, die nicht nur die Vision einer klassenlosen Wirtschaft in sich tragen, sondern auch eine feministische Vision der Familienverhältnisse, eine übergreifende Vision der Gemeinschaft und eine anarchistische Vision für die Politik — kurz, ein politisches System, das politische Funktionen übernimmt und gleichzeitig mit unseren Werten vereinbar ist, statt glauben zu machen, es wären keine politischen Funktionen mehr zu erfüllen. Wir brauchen eine Vision für eine partizipatorische Gesellschaft, nicht nur für eine partizipatorische Wirtschaft — aber diese Vision muss nicht bis in die letzten Ecken und Winkel ausgemalt sein, es genügen einige zentrale Grundzüge. Wir brauchen sowohl Ideen für die Gesellschaft wie für die Wirtschaft, um uns zu inspirieren und zu motivieren. Diese Ideen können uns in Momenten der Entscheidung eine Richtlinie sein, so dass wir schließlich dort landen, wo wir auch hinwollen, dass wir uns nicht im Kreis drehen oder in erneuerter Knechtschaft enden. Diejenigen, die die Fahne der Wirtschaft hochhalten, haben vollkommen Recht, wenn sie behaupten, dass all unsere Anstrengungen zur Abschaffung der gesellschaftlichen Übel und dass alle Errungenschaften immer bedroht sein werden durch den Fortbestand veralteter ökonomischer Strukturen und ihrer durchdringend korrumpierenden Einflüsse — wenn wir die Wirtschaft nicht revolutionieren. Das gleiche gilt meiner Meinung nach aber auch für den Fall, die verwandtschaftliche Sphäre des Lebens, die Kultur und die Gemeinschaft, die Politik unangetastet zu belassen. Einen dieser wesentlichen, grundlegenden Aspekte intakt zu lassen, bedeutet eine schwere Bürde, die die gesamte Gesellschaft zurückzieht in die Logik und die Folgen der Herrschaft. Kurz, die Betonung nur einer Facette ist eine selbstmörderische, keine weise Strategie. Stattdessen brauchen wir Bewegungen, die all diese Dimensionen hervorheben, ohne die eine über die anderen zu erheben. Ich denke sogar, dass das vielen Leuten klar ist und dass es viele Praxisbeispiele gibt, die vielleicht nicht perfekt sind, aber zumindest den Versuch unternehmen. Noch nicht so weit verbreitet ist meiner Ansicht nach, weder theoretisch noch praktisch, ein Aspekt, über den wir bereits sprachen: die Rolle und Bedeutung der dritten, der Koordinatorenklasse für die Politik, Struktur, Kultur und Logik einer Bewegung. Dass nur den Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital Aufmerksamkeit gezollt wird, hat verheerende Folgen für Teilhabe und Befähigung in der Arbeiterbewegung.

Einige Syndikalisten, Sam Dolgoff z.B., argumentieren, dass eine anarchistische Wirtschaftsordnung ein Ideal für eine fortgeschritten industrialisierte Gesellschaft ist. Was meint Parecon zu dieser Position?

A: Das hängt immer von der Sicht auf Parecon ab. Ich meine, Parecon ist eine ideale Wirtschaftsordnung für eine „fortgeschritten industrialisierte Gesellschaft". Ich denke auch, dass Parecon eine „anarchistische Wirtschaftsordnung" ist. Daraus folgt wohl, dass Parecon meiner Meinung nach Dolgoffs Prognose bekräftigt, dass „eine anarchistische Wirtschaftsordnung ein Ideal für eine fortgeschritten industrialisierte Gesellschaft" ist. Wenn Dolgoffs Kommentar aber in dem Sinne verstanden wird, dass eine anarchistische Wirtschaft in einer weniger industrialisierten Gesellschaft nicht funktioniert, so ist das meiner Meinung nach nicht der Fall.

Vor einigen Jahren sprach ich mit Noam Chomsky darüber, dass der Anarchismus in verschiedene Lager gespalten ist. Ich führte Murray Bookchin mit der These ins Feld, der Anarcho-Syndikalismus sei in den USA, in einer post-industriellen, nach-mangel Gesellschaft, einer Überflussökonomie grundsätzlich nicht umsetzbar. Fand er die Debatte auch nicht sehr einleuchtend, so ist doch in jedem Fall, so Chomsky, „die Aufgabe im Grunde dieselbe: man muss versuchen, institutionelle Vereinbarungen zu treffen, die die Kontrolle seitens der ArbeiterInnen und der Community ebenso maximieren wie andere Aspekte der Freiheit und Gerechtigkeit."

A: Ich habe keine Ahnung, was Überflussökonomie oder post-industriell heißen soll, aber ich bezweifle, dass das angemessene Begriffe sind, um die USA oder irgendein anderes Land zu beschreiben. Mangel heißt, dass wir zwischen verschiedenen Optionen wählen müssen, dass wir nicht alles haben können. Überfluss hieße demzufolge, dass die Wirtschaft jedem alles liefern kann. „Post-Mangel" ist offensichtlich Nonsens. Es gibt immer Kosten: die Ressourcen, Kräfte, Zwischenprodukte etc., um die Sachen herzustellen, die die breite Masse will. Auch die Vermögensmasse, die zu verteilen ist, ist alles andere als unbegrenzt. Wahren Überfluss gibt es also nicht, kein kostenloses Frühstück, oder kostenloses Abendessen, keine kostenlose Geige, auch für Transport und Kleidung muss man bezahlen. Etwas Bestimmtes herzustellen heißt ja immer, dass die dafür verwendeten Ressourcen, Kräfte etc. nicht zur Verfügung stehen um anderes herzustellen. Deshalb müssen Entscheidungen getroffen werden über die Ziele und Prioritäten — Entscheidungen auch darüber, wie die Produktion zu organisieren ist, wie viel des Sozialprodukts die Leute für ihre Arbeit erhalten etc. Die Parecon bietet die Möglichkeiten, um Produktion, Konsumption und Verteilung zu bewerkstelligen, und zwar bei jedem Grad von Mangel und in Übereinstimmung mit den unseren Werten.

Ebenso wie „Überfluss" ist mir unklar, was post-industriell bedeuten soll: das Ende der Industrie? Ich kann's nur wiederholen, das wird nie der Fall sein. Klar spielt es eine Rolle, was unter „Industrie" zu verstehen ist, wie man das Wort definiert. Wenn es Arbeitsplätze mit speziellen Zuweisungen meint, etwa eine bestimmte Technologie, dann lässt sich Industrie tatsächlich überwinden. Wenn Industrie aber bedeutet, dass Menschengruppen gemeinsam arbeiten an Werkzeugen, mit Rohstoffen und unter Anstrengung, und dabei auch ein Auskommen suchen, dann kann man Industrie bestimmt nicht überwinden.

Mit Anarcho-Syndikalismus und Anarcho-Kommunismus dasselbe Spiel, ich weiß nicht, was diese Begriffe bedeuten, welchen greifbaren Gehalt sie heute haben sollen. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass verschiedene Leute unterschiedliche Antworten geben würden. Wenn Anarcho-Kommunismus heißen soll, dass es keine ökonomischen Grenzen mehr gibt, dann ist das keine Vision für die reale Welt, weil sie schlicht unmöglich ist. Wenn Anarcho-Kommunismus etwas anderes heißen soll, dann könnte es mir vielleicht gefallen. Wie auch immer, ich denke, die Parecon ist eine wertvolle und wünschenswerte Wirtschaftsordnung. Kann ein/e Vertreter/in einer dieser beiden Denkschulen des Anarchismus die Parecon auch vertreten? Ich denke ja. In diesem Punkt gibt es wohl keinen Zweifel.

Denn eine klassenlose Wirtschaft ist immer noch notwendig. Diese Wirtschaft würde nicht nur nützliche und sinnvolle Produkte herstellen, sondern auch Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit und Selbstverwaltung — diese Wirtschaft wäre nicht mehr Quell von A-Sozialität und Gier, von Vereinheitlichung und krasser Kommerzialisierung, von enormen Einkommen und bitterer Armut. Wirtschaft wäre nicht mehr die Herrschaft von relativ Wenigen in Zentren immenser Macht, die die meisten Leute zu wenig mehr als blindem Gehorsam herabwürdigt. Der Kapitalismus ist das Problem, für das die Parecon ein Lösungsvorschlag ist. Wobei unter Kapitalismus auch zu verstehen ist, was ich Koordinatorismus nenne, andere nennen es Marktsozialismus, Planwirtschaft, oder Sozialismus des 20. Jahrhunderts.

Ist Parecon eine Standardlösung im Sinne einer eierlegenden Wollmilchsau? Oder brauchen wir nicht für verschiedene Erfahrungen auch verschiedene Herangehensweisen? Ein Problem vieler Radikaler ist ja, dass sie mit ihren Theorien versuchen, allen Leuten eine Strategie nahezulegen, die nur für wenige funktioniert.

A: Parecon ist eine Vision, sie schlägt Kernzüge vor für eine post-kapitalistische, und das heißt auch post-koordinatoristische Wirtschaft. Welche Strategie und Taktik die Parecon in einer Gesellschaft etablieren und auch andere Lebensbereiche revolutionieren kann, das ist eine andere Frage als die Vision selbst. Strategie und Taktik sind ein schwierigeres Thema, hängen aber auch von den Kämpfen um diese Veränderungen ab, vom Kontext. Einerseits soll eine pareconistische Strategie vom Kapitalismus zur Parecon führen, von daher können wir einige allgemeine Aussagen darüber treffen. Aber eine solche Strategie führt in der Wirklichkeit von einem je besonderen Kapitalismus zu einer besonderen Parecon, und zwar in einer bestimmten Zeit und einem bestimmten Kontext. Vieles an diesen Strukturen wird eine einzigartige Reaktion auf die Umgebung sein. Die Strukturen in den USA und einem Dritt-Welt-Land werden verschieden sein, aber auch in zwei Entwicklungsländern oder etwa zwischen den USA und Italien wird es Unterschiede geben.

Sieh dir den Kapitalismus an. Für gewöhnlich bezeichnen wir viele Wirtschaftssysteme so; die aber sind aber natürlich nicht gleich groß oder von gleicher Gestalt. Verschiedene kapitalistische Volkswirtschaften können und unterscheiden sich tatsächlich von einander, sie haben ihre je besonderen Rohstoffe, Geographie, ihr Klima und ihre Geschichte, ihre Bevölkerung. Sie haben zu tun mit unterschiedlichen institutionellen Strukturen, z.B. Arbeitsrecht, Beschränkungen bei der Einkommensschere, mit der Bankenstruktur usw. usf. Diese Unterschiede gibt es auch aufgrund verschiedener Verhandlungsmacht der antagonistischen Klassen (nimm etwa Schweden und die USA), verschiedener politischer Strukturen (nimm Nazi-Deutschland und die Schweiz), oder aufgrund anderer ethnischer Beziehungen (nimm das Apartheids-Südafrika und Finnland) und patriarchaler Ausprägung (nimm Japan und Kanada). Auch diese Reihe ließe sich fortsetzen.

Dasselbe trifft auch auf pareconistische Wirtschaftssysteme zu, das kann man wohl mit Sicherheit sagen. Zwischen den Regionen einer pareconistischen Wirtschaft, zwischen verschiedenen Branchen oder gar zwischen Betrieben einer Branche werden tatsächlich vielfältige und keineswegs irrelevante Unterschiede bestehen, die aus der je eigenen Herangehensweise und einer Reihe von Entscheidungen entstehen werden.

Der Punkt ist aber, dass die verschiedenen Kapitalismen der Vergangenheit und die der Gegenwart eine selbe Grundlage haben, nämlich die ökonomischen Institutionen: das Privateigentum an Produktionsmitteln, die Verteilungsmacht, die korporative Arbeitsteilung und einiges mehr. So wird es meiner Meinung nach eines Tages auch eine gemeinsame Grundlagen all der verschiedenen pareconistischen Institutionen geben, nämlich Selbstverwaltung in Räten der Arbeiter und Verbraucher, ausgeglichene und qualifizierte Tätigkeitsfelder, Entlohnung gemäß Einsatz und Entbehrungen, partizipatorische Planung. Nicht anders wird die Parecon in einer Volkswirtschaft zu diagnostizieren sein.

Das Interview führte DC Tedrow von ZNet im Juli 2007. Übersetzt und bearbeitet von André Eisenstein.
Quelle:
www.zcommunications.org/znet/viewArticle/15035

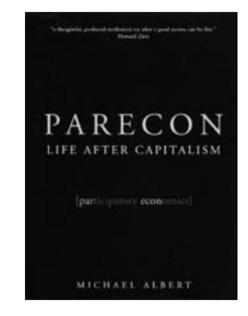
Fußnoten:

1) Verteilung, orig. „allocation", findet heute über den Markt statt. Nach Helmut Richter meint Allokation den „Vorgang und die Institutionen, durch die entschieden wird, wer was in welcher Menge produziert, in welchem Zahlenverhältnis die Produkte getauscht werden und was schließlich aus ihnen wird."

2) Die vier Dimensionen gesellschaftlichen Lebens nach Michael Albert: Ökonomie, Verwandtschaft, Gemeinschaft und Politik. Anm. d. Übersetzers.

Das Buch:

Michael Albert: Parecon. Leben nach dem Kapitalismus. Trotzdem Verlagsgenossenschaft, Grafenau/Frankfurt a.M. 2006. Übersetzt von Helmut Richter. ISBN 3-931786-33-1, 18 Euro.





In memoriam Utah Phillips

Der Folksänger, Geschichtenerzähler, Eisenbahntramp Utah Phillips ist im Alter von 73 Jahren in Nevada City, Kalifornien gestorben

Utah Phillips, eine der herausragende Persönlichkeiten der amerikanischen Folkmusik, ist am Freitag, den 23. Mai 2008, in Nevada City, einer kalifornischen Kleinstadt in den Bergen der Sierra Nevada, wo er die letzten 21 Jahre lebte, an chronischer Herzinsuffizienz gestorben. Er starb zuhause, im Schlaf, in Anwesenheit seiner Frau Joanna Robinson.



Utah Phillips, geboren am 15. Mai 1935 in Cleveland, Ohio, als Bruce Duncan Phillips, war der Sohn von Gewerkschaftsaktivisten. Ob aufgrund dieses frühen Einflusses oder einer nicht immer ruhig und angenehm verlaufenden Kindheit und Jugend, jedenfalls zeigte Phillips bereits als junger Mann ein nie versiegendes Interesse an den Lebensbedingungen von Menschen aus der Arbeiterklasse. Er war stolzes Mitglied der Industrial Workers of the World, der Wobblies, einer aus den Arbeiterkämpfen des frühen 20. Jahrhunderts hervorgegangenen Organisation, die seit einem Jahrzehnt wieder vermehrte Aufmerksamkeit und steigende Mitgliederzahlen zu verzeichnen hat, nicht zuletzt dank seiner Bemühungen, sie bekannt zu machen.

Phillips diente als einfacher Soldat im Koreakrieg, eine Erfahrung, die er später als Wendepunkt seines Lebens bezeichnete. Tief betroffen von den Zerstörungen und dem menschlichen Elend, dessen Zeuge er geworden war, verlor er nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten den Boden unter den Füßen und begann, auf Güterzügen durch das Land zu reisen. Heutzutage, da die psychischen Probleme von Kriegsheimkehrern weithin bekannt sind, klingt das Phänomen vertraut, doch in den späten 1950er Jahren musste Phillips noch allein damit fertigwerden. Als mittelloser Trinker verließ er in Salt Lake City einen Güterzug und landete im Joe Hill House, einer Obdachlosenunterkunft, die von dem Anarchisten Ammon Hennacy geleitet wurde, einem Mitglied der Catholic Worker-Bewegung und Mitstreiter von Dorothy Day.

Phillips hielt es Hennacy und anderen Sozialreformern, die er als seine „Altvordern" bezeichnete, zugute, ihm ein philosophischen Gerüst zur Verfügung gestellt zu haben, um das er seine Lieder und Geschichten herumbaute, die er selbst als Muster für seine Zuhörer betrachtete, damit diese ihre eigene politische Existenz und ihr Arbeitsleben besser verstehen könnten. Sie waren oft heiter, manchmal traurig, aber nie banal.

„Er brachte mir bei, dass Musik mehr sein muss als Zuckerwatte für die Ohren", sagte John McCutcheon, ein landesweit bekannter Folksänger und enger Freund von Phillips. Bei der Erschaffung seines Werkes und seiner Bühnenpersönlichkeit bezog sich Phillips auf so unterschiedliche Einflüsse wie den jüdischen Komiker Myron Cohen, die Folksänger Woody Guthrie und Pete Seeger und die Countrystars Hank Williams und T. Texas Tyler.

Eine kurze Periode als Archivar für den Staat Utah in den 1960ern machte Phillips mit der Disziplin historischer Recherche bekannt. Noch dem einfachsten und eingängigsten seiner Lieder liegt eine rigorose Beachtung von Details und eine solide und ausgetüftelte Erzählstruktur zugrunde. Er war ein begieriger Leser auf einer erstaunlichen Vielzahl von Wissensgebieten.

Inzwischen arbeitete Phillips in Hennacys Joe Hill House. 1968 kandidierte er für die Peace and Freedom Party um einen Sitz im US-Senat. Das Rennen machte der republikanische Kandidat, woraufhin ihm einige Demokraten vorwarfen, ihnen Stimmen abgezogen zu haben. Er verlor daraufhin seinen Job beim Staat Utah und kam nach seiner Aussage auf die schwarze Liste.

Phillips verließ Utah und ging nach Saratoga Springs, New York, wo er von einer lebendigen Szene von Folkkünstlern um das von Lena Spencer geleitete Caffé Lena herum empfangen wurde.

„Das Café war der Auftrittsort. Dort ging jeder hin. Sie fütterte alle durch", sagte John „Che" Greenwood, ein Freund und Kollege. Für die folgenden knapp vier Jahrzehnte arbeitete Phillips im „Geschäft", wie er es bezeichnete, erspielte sich ein Publikum, das in die Hunderttausende ging, und trat in größeren und kleineren Orten quer durch die USA, Kanada und Europa auf, allein oder zusammen mit Rosalie Sorrels, Kate Wolf, John McCutcheon, Ani DiFranco u.a.

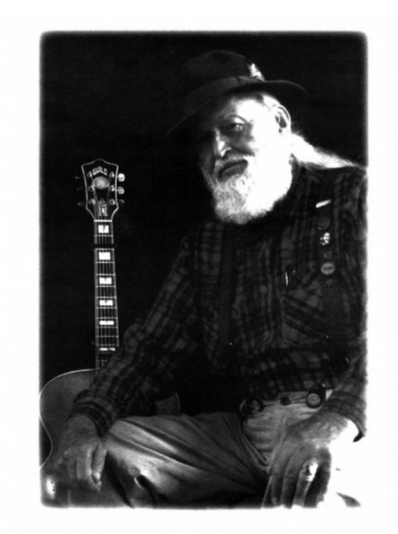
„Er war wie ein Alchemist", sagte Sorrels. „Er nahm die Geschichten von Arbeitern und Eisenbahntramps und machte daraus etwas, das von Schriftstellern wie Thomas Wolfe beeinflusst war, aber dann gab er sie zurück, erzählte sie so, dass sie den Menschen, um die es in den Geschichten und Liedern ging, immer noch gehörten. Er hatte nicht vor, den Leuten ihre Kultur zu stehlen."

Eine Single aus Phillips erster Platte, „Moose Turd Pie", eine launige Geschichte über die Arbeit in einer Rotte von Streckenarbeitern, wurde 1973 oft im Radio gespielt. Von da an war er ständig auf Tour. Die lange Liste seiner Texte und Plattenaufnahmen umfasst auch zwei Alben mit Ani DiFranco, die für den Grammy nominiert wurden. Lieder von Phillips wurden u.a. von Emmylou Harris, Waylon Jennings, Joan Baez, Tom Waits und Joe Ely gespielt und aufgenommen. 1997 erhielt er von der Folk Alliance einen Preis für sein Lebenswerk.

Phillips, der Perfektionist, behauptete, er hätte nie sein Lampenfieber vor Auftritten ablegen können, und wollte es auch nicht, weil es für ihn, wie er sagte, der Antrieb sei, sich weiterzuentwickeln.

Als Phillips 2004 an den Auswirkungen einer chronischer Herzinsuffizienz zu leiden begann und die Krankheit ihn zeitweilig am Auftreten hinderte, startete er eine landesweit ausgestrahlte Radiosendung für Folkmusik, „Loafer's Glory", und gründete ein Obdachlosenheim in seinem ländlichen Heimatbezirk, wo vom Glück verlassene Männer und Frauen am Stadtrand, umgeben von Manzanitabüschen, übernachten konnten. Hospitality House wurde 2005 eröffnet und beherbergt weiterhin 25-30 Gäste pro Nacht. Auf diese Weise setzte Phillips in seinen letzten vier Lebensjahren das Werk seines Mentors Hennacy fort.

Jordan Fisher Smith, Molly Fisk (Übers. MH)



Bruce Utah Phillips
May 15, 1935 ~ May 23, 2008

Libertäre Presse

Feierabend!

Ein gelungenes starkes Stück ist mal wieder „Feierabend!", das libertäre Quartalsmagazin aus Leipzig mit seiner 29. Ausgabe. „Feierabend" ist nicht nur für LeipzigerInnen interessant, sondern analysiert politische Prozesse, die generell von Erkenntniswert sind. „Feierabend" fragt sich diesmal: Sind „Wächterhäuser" eine sinnvolle Alternative zum kapitalistischen Wohnungsmarkt? Im Theorie- und Praxisteil: Über die Bedeutung des Streiks und das Elend gewerkschaftlicher Organisierung — Join the Union? Ein Blick in die Keller der künftigen EU-Politik: Mit Militarismus zum Frieden? Und dazu dann passend eine Analyse der Entwicklungshilfe als Herrschaftssicherung. Außerdem eine Info zum Handy als „Wanze", Anarcho-Poetry und anderes mehr. Das alles für 5,- Euro im Abo für 3 Ausgaben (inkl. Versand). Kontakt: „Feierabend", Gießerstr. 16, 04229 Leipzig oder Mail: feierabendle@web.de.

Schwarz Rote Feder

Das anarchosyndikalistische Magazin ist nun in der zweiten Ausgabe erschienen. Aus dem Inhalt: — Warum Anarchosyndikalismus? / — Soziale Revolution und revolutionäre Organisation: Wie russische Arbeiter-AnarchistInnen der KRAS es sehen / — Sklaverei im Knast am Beispiel Britannien / — East End Jewish Radicals in London (1875-1914) u.a.m. Die Schwarzrote Feder ist downloadbar unter http://anarchosyndikalismus.org.

FLI Anzeiger

Die Frühjahrsausgabe 2008 ist bereits die 6. dieses halbjährlich erscheinenden 48-seitigen Heftes des „Forums für libertäre Informationen". Man könnte es vielleicht als Magazin für libertäre Kunst und Kultur bezeichnen. Aufsätze u.a. über „Futuristen und Anarchisten", die Feministin Anita Augspurg, die „Assoziation für Kunstabbruch", Anarchismus in Korea, sowie als regelmäßige Rubrik die „Sammlung DUNST", dieses Mal über die Filme von Jacques Tati. Kontakt: klauspeterdierke@rgebiet.de.

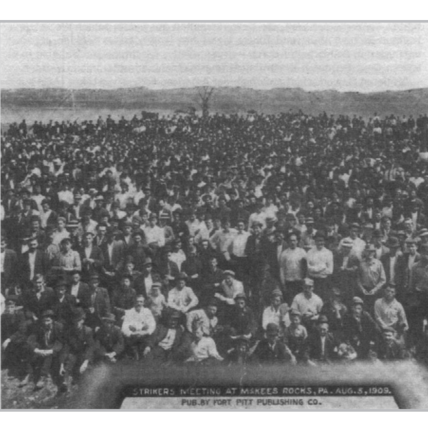
Streik im Buch

„Der Streik kehrt zurück" titelte die Direkte Aktion Nr. 173 schon 2006 (S.1). Das gilt auch für die Medienlandschaft. Selten sind so viele Bücher, Broschüren und Filme zum Thema ‚Streik' erschienen wie in den vergangenen Monaten.

Dass dabei Bücher zu aktuellen Streiks erscheinen, wie etwa das Buch zum halbjährigen Streik bei Gate Gourmet Düsseldorf oder der Film „Es geht nicht nur um unsere Haut" über den Streik bei den Bosch-Siemens-Hausgerätewerken (vgl. DA 180, S.14f.), ist naheliegend, gleichzeitig nehmen sich kritische Verlage aber auch vermehrt der Geschichte des Streiks wieder an. Exemplarisch seien drei Bücher vorgestellt, die sich unter verschiedenen Aspekten mit der Geschichte des Streiks auseinandersetzen.

Lucy Redler hat sich der Geschichte der politischen Streiks in Deutschland angenommen. Die ‚rote Lucy' ist aktiv in der SAV (Sozialistische Alternative) und für die PDS im Berliner Stadtrat. ‚Politisch' sind Streiks für Redler, wenn sie entweder im marxistisch-leninistischen Sinne eines kollektiven Klassenbewusstseins geführt wurden oder aber der staatlich-juristischen Definition entsprechen. Beide Ansätze sind durchaus tauglich, um eine Streikuntersuchung vorzunehmen. Aber: nicht gleichzeitig, denn sie schließen sich aus. Beide anzuwenden, führt zu einer hochgradigen Beliebigkeit. Redler hätte jeden Streik untersuchen können und diesen in ihrem Sinne als ‚politisch' definieren können. Stattdessen, und das ist das zweite Problem an ihrer Arbeit, konzentriert sie sich aber auf die großen Ereignisse: Ihre Arbeit ist insofern keine Arbeit über das reale Streikgeschehen, sondern über die öffentliche Erinnerung an Streiks.

Im Gegensatz zu Lucy Redler hat Peter Birke sich in seiner Doktorarbeit „Wilde Streiks im Wirtschaftswunder" auf das Kleine konzentriert. Die Streiks, die Peter Birke vergleichend in Dänemark und Deutschland untersucht, fanden nicht immer ihren Weg in die Medien, und das durchaus beabsichtigt: Der Arbeiterwiderstand, den Birke untersucht, war oftmals illegal und sollte gar nicht an die Öffentlichkeit dringen, damit er nicht zu einem (kriminellen) ‚Fall' wird. Damit hat er sich einer nahezu nicht zu bewältigenden Aufgabe verschrieben, denn Berichterstattung, Dokumentation und Statistik sind hier nur schwer zu finden. Offizielle Streikstatistiken in Deutschland etwa registrieren erst Streiks, wenn diese von mehr als zehn Personen geführt werden und mehr als 100 Tage Arbeitsausfall zur Folge haben.



Streikversammlung in McKnees Rocks 1909

Während man aus Redlers Buch schließen müßte, dass es bis heute eigentlich keine politischen Streiks im Nachkriegsdeutschland gab, zeigt Peter Birke, wie relevant auch unbekanntes Streikgeschehen letztendlich für politische Bewegungen war. Dass, wie bei Redler, ein Streik im marxistischen Sinne erst dann „politisch" ist, wenn er im Sinne der ganzen ArbeiterInnenklasse geführt wird, führt eine Diskussion über den Streik nicht weiter, denn in diesem Sinne könnte es heutigentags — abgesehen von einer sozialen Revolution — schlechterdings keine politische Streiks geben.

Da kann man nur den Herausgebern des Sammelbandes „Die großen Streiks" recht geben: „[E]ine Trennlinie zwischen ökonomischen und politischen Streiks existiert für uns [...] nicht" (S.12), denn eine Untersuchung ‚politischer Streiks' im juristischen Sinne anzustreben, kann nur bedeuten, ein herrschaftliches Verständnis dieses Begriffs zu reproduzieren. Streik als kollektiver Widerstand von Arbeitenden setzt kein vorheriges kollektives Klassenbewusstsein voraus, sondern schafft es erst — und das gilt für alle Streiks. Insofern ist entweder jeder oder kein Streik politisch — je nachdem, was man unter ‚Politik' versteht.

Mit dem Streiktheoretiker Edgar Weick muss man ihr eine wesentliche Erkenntnis der Streikforschung entgegenhalten: Die Arbeiterklasse hat gestreikt, als es ihre Theoretiker für unmöglich hielten, und oft nicht gestreikt, als die Theoretiker von der Notwendigkeit eines Streiks überzeugt waren" (1971).

Sowohl Peter Birke als auch Matthias Seifert und Holger Marcks bzw. die von ihnen versammelten AutorInnen haben sich wesentlich mehr Mühe geben, eine Geschichtsschreibung von unten zu betreiben. Bei ihnen ist nicht wichtig, warum gestreikt wurde oder gestreikt hätte werden ‚müssen', sondern allein, dass gestreikt wurde.

Lucy Redlers Buch erscheint als nicht überarbeitete Magisterarbeit, die nur publiziert wurde, damit der neue Star der Linken eine Publikation vorzuweisen hat. Alle Daten und Fakten dieses Buches sind woanders zu bekommen. Als Einführung in das Thema taugt es dennoch, ist aber mit Vorsicht zu genießen. Peter Birkes Arbeit dagegen ist ohne Übertreibung bahnbrechend. Es erfordert Geduld und Zeit, dieses sprachlich schön geschriebene Buch durchzuarbeiten, aber es ist die Mühe wert. Gerade aus basisgewerkschaftlicher Sicht ist es erfreulich, dass Birke sich der Geschichte des ‚kleinen' Widerstands verschrieben hat. Die Sammlung der großen Streiks von Marcks und Seiffert schließlich ist ein hervorragendes Lesebuch, das immer mal wieder zur Hand genommen werden kann. Sie berichten, wie ja auch der Untertitel kund tut, „Episoden aus dem Klassenkampf" und man kann nur sagen: Auftrag erfüllt.

Torsten Bewernitz

Birke, Peter: *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark.* Campus-Verlag, Hamburg/New York 2007. 39,90 EUR

Marcks, Holger und ***Matthias Seiffert (Hg.):*** *Die großen Streiks. Episoden aus dem Klassenkampf.* Unrast-Verlag, Münster 2008. 14,80 EUR

Redler, Lucy: *Politischer Streik in Deutschland nach 1945.* Neuer ISP-Verlag, Köln/Karlsruhe 2007. 14 EUR

Wilde Schafe und andere Luftmenschen

Werner Portmann liefert mit seinem neuen Buch einen wichtigen Beitrag zur anarchistischen Geschichte

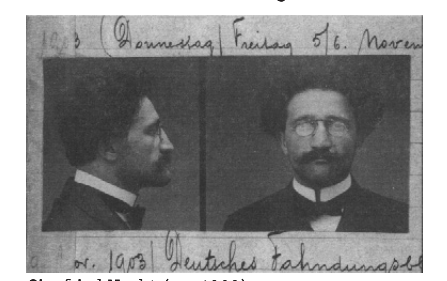
Das Thema Judentum und Anarchismus schien lange Zeit niemanden in der anarchistischen Szene zu interessieren. Auch nicht, als Michael Löwy sein Buch „Erlösung und Utopie" im Jahre 1997 veröffentlichte. Zwar kursierte immer wieder der Begriff Antisemitismus als Totschlagargument — Tragweite und Einfluss jüdischer Menschen innerhalb der anarchistischen Bewegung wurden allerdings kaum thematisiert. Ende 2006 erschienen dann sechs ausgewählte Biographien jüdischer AnarchistInnen. Zusammengestellt wurden sie von Werner Portmann und Siegbert Wolf in einem Band mit dem Titel „Ja, ich kämpfe". Jetzt hat Portmann ein weiteres Buch aufgelegt. Es handelt von den Brüdern Max und Siegfried Nacht und trägt den merkwürdigen Titel „Die wilden Schafe".

Leichte Kost sind die Bücher nicht, der Leser muss sie sich regelrecht erarbeiten. Allein in den wilden Schafen finden sich auf 145 Seiten ganze 917 Anmerkungen. Das sollte jedoch niemanden von der Lektüre abschrecken: Die Bücher sind eine Fundgrube. Selbst jene, die schon vieles über die anarchistische Bewegung und ihre Protagonisten wissen, werden eine wahre Freude daran haben.

Siegfried Nacht, wer war das eigentlich? Gelebt hat er von 1878 bis 1956, und war besser bekannt unter dem Namen Arnold Roller. Mit seinen Propagandaschriften legte er die theoretischen Eckpfeiler des Anarchosyndikalismus fest. Unvergessen bleibt sein Werk „Der Generalstreik und die soziale Revolution" — mit 30 Auflagen und Übersetzungen in 17 Sprachen ein Bestseller. Als er 1912 in die USA emigrierte, legte er sich schließlich den Namen Stephen Naft zu.

Der jüngere Bruder Max Nacht (1881 bis 1973) war publizistisch in der anarchistischen Bewegung tätig — und das nicht nur beim legendären Züricher „Weckruf". Nachdem er seinem Bruder ein Jahr später in die USA folgte, verfasste er unter dem Namen Max Nomad noch zahlreiche Bücher zu sozialistischen Themen.

Die Brüder stammen aus einer liberalen, jüdischen Familie. Der Vater, ein Arzt, setzte sich schon früh für sozialistischen Ideen ein. Während Siegfried die ersten Jahre in Wien verbrachte und kein Jiddisch sprach, wuchs Max in einem jüdischen Schtetl in Ostgalizien namens Buczacs auf. Der Landstrich gehörte zum Kaiserreich Österreich-Ungarn. Ukrainische LandarbeiterInnen, jüdische Akademiker, ZionistInnen, polnische FreiheitskämpferInnen sowie österreichische und deutsche Sozialdemokraten prägten die Gesellschaft. Es war ein armes Land — weit weg von der politischen Zentrale in Wien.



Siegfried Nacht (ca. 1903)

Die Brüder engagierten sich schon als Schüler. Die erste Station ihres politischen Werdegangs war die Sozialdemokratie — typisch für jene Zeit. Später kamen sie über den Anarcho-Individualismus zum Anarchismus. Die Grabenkämpfe scheinen also noch nicht allzu gravierend gewesen zu sein. Als „gottlose Juden" fühlten sie sich zwar der Religion nicht sonderlich verbunden, das soziale Element der jüdischen Gemeinschaft trieb sie jedoch an. Ein stigmatisierendes Außenseitertum und der ewige Kampf gegen den Antisemitismus, der selbst in der sozialistischen Bewegung seine Wurzeln schlug, taten ihr übriges.

Armut und geistige Enge trieben nicht nur die Brüder Nacht in die weite Welt. Sie wurden wie viele andere zu Luftmenschen. Ein Begriff für jene (jüdischen) Existenzen, die sich um 1900 der Moderne im geistigen wie im technischen Sinne anschlossen, und somit in einem losgelösten sozialen Raum schwebten. Besonders Siegfried ließ sich von revolutionären Vorstellungen treiben. Überall, wo sich SozialrevolutionärInnen trafen, war auch er: Berlin, Zürich, Paris und London. Im Sommer 1902 machte sich Siegfried auf den Weg von Paris über Barcelona bis nach Südspanien — zu Fuß. In Gibraltar wurde der inzwischen europaweit bekannte Propagandist verhaftet. Angeblich habe er ein Attentat auf den englischen König Edward VII. geplant.

Siegfried Nacht war in fast allen Ländern Westeuropas mit einem Einreise- oder Aufenthaltsverbot belegt. So war die Emigration in die USA nicht nur eine weitere Station, sondern eine Zuflucht. In New York hatte sich zwar eine starke deutschsprachige anarchistische Kolonie gebildet, den beiden Brüdern gelang es dennoch nicht, sich in gleichem Maße in anarchistische Gruppe einzubringen. Zumindest nicht so, wie sie es in Europa getan hatten. Siegfried Nacht haftete das Makel an, ein Verräter zu sein. Max wandte sich nach der Oktoberrevolution dem Trotzkismus zu.

Mit dem Aufkommen des europäischen Faschismus stellten die Brüder Nacht ihr Wirken in den Dienst der US-Regierung. Max arbeitete bei der Post, um Briefe aus Nazi-Deutschland zu zensieren. Siegfried freundete sich mit einem FBI-Boss an, später arbeitete er sogar bei der US-amerikanischen Bundespolizei. Die Verbindungen erwiesen sich als nützlich: So konnte etwa Rudolf Rocker und seiner Ehefrau eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung beschafft werden. Trotz ihres geringen Einkommens unterstützten beide immer wieder in finanzielle Not geratene AnarchistInnen — zum Beispiel Max Nettlau.

Lebenswege sind nun mal nicht immer gerade, und schon gar keine ruhig dahin fließenden Flüsse. Die Brüche in den Viten der Brüder Nacht sind womöglich nicht immer nachvollziehbar. Aber sie unterscheiden sich auch nicht von den brüchigen Lebensläufen tausender anderer AnarchistInnen — und sie sind spannend.

An einigen Stellen wirkt die Arbeit des Autors Werner Portmann äußerst knapp. So hat er kein Wort der Erklärung dafür übrig, als Pierre Joseph Proudhon in Fußnote 581 ein „französischer Philosoph und antisemitischer Vordenker der Idee des Anarchismus" genannt wird. Auch die Tatsache, dass Max Nacht im negativen Sinne vom „Bakunin-Bolschewismus" spricht und ihn mit Lenin in einen Topf wirft, wird vom Auto in zwei Anmerkungen abgewiegelt. Dabei wären sicher noch zwei oder drei Seiten Platz gewesen, dies näher zu erläutern. Und der Streit zwischen Siegfried Nacht und dem österreichischen Anarchisten Pierre Ramus wird zu sehr auf Kosten Ramus dargestellt. Dies mag natürlich die Freiheit des Forschers sein. Der von Max Nacht entwickelte skeptische Anarchismus bleibt leider ebenso auf der Strecke.

Trotz kleiner Kritik ist dieses Buch ebenso wichtig, aufschlussreich und spannend, wie die beiden eingangs erwähnten Werke. Portmann hat die Schriften und Lebensläufe minutiös recherchiert — besonders die Zeit vor der Emigration. Damit hat der Autor wieder einmal einen wichtigen Beitrag zur anarchistischen Geschichte geliefert.

Jochen Knoblauch

***Michael Löwy:** Erlösung und Utopie — jüdischer Messianismus und libertäres Denken.* Karin Kramer Verlag Berlin 1997. 320 Seiten, 23 Euro. Das Buch ist noch lieferbar. Im Jahr 2002 erschien diese Ausgabe in Lizens bei der Philo Verlagsgesellschaft Berlin.

***Werner Portmann/Siegbert Wolf:** Ja, ich kämpfe — Von Luftmenschen, Kinder des Schtetls und der Revolution. Biographien radikaler Jüdinnen und Juden.* Unrast Verlag Münster 2006. 314 Seiten, 19 Euro.

***Werner Portmann:** Die wilden Schafe — Max und Siegfried Nacht. Zwei radikale, jüdische Existenzen.* Mit einem Vorwort von Siegbert Wolf. Unrast Verlag Münster 2008. 163 Seiten, 14 Euro.



Genosse Pirat

Das Leben eines Matrosen zwischen Revolution und Opposition

Die Lebenserinnerungen des revolutionären Matrosen Hermann Knüfken wurden jetzt vom Berliner BasisDruck-Verlag publiziert. Im Frühjahr 1920 kaperte Knüfken den Fischdampfer Senator Schröder, um zwei KAPD-Genossen nach Russland zum zweiten Komintern-Kongress zu bringen. Das Buch steigt mitten im Geschehen ein.

Die Erinnerungen sind schwer zu verdauern — vor allem der Teil, der sich um Untersuchungen der russischen Staatsorgane im Jahre 1930 dreht. Die Vernehmungsmethoden und die Brechung des politischen Willens scheinen derart infam, dass es dem Leser noch heute nach Vergeltung dürstet. Auch die Entführung des Fischtrawlers in der Nordsee nach Murmansk und die Schilderung der von Knüfken organisierten Hungerstreiks während seiner fast dreijährigen Haftzeit im Zuchthaus Hamburg-Fuhlsbüttel sind äußerst dramatisch.

Die Darstellung seiner politischen Überzeugung ist klar und deutlich — gerade deshalb ist es schwer verständlich, weshalb es Hermann Knüfken trotz seiner Kritik am Staatskapitalismus in die Sowjetunion trieb. Seine Zuchthausstrafe wurde mit seiner Ausreise im Jahre 1923 vorzeitig beendet. Er hätte möglicherweise auch nach Dänemark übersiedeln können. Aber er ging nach Russland in die Hölle der sich längst abzeichnenden Diktatur. Wie konnte er als Vertreter des revolutionären deutschen Seemannsbundes und anderer skandinavischer Seeleute-Vereinigungen in Leningrad arbeiten? Diese Frage bleibt ungeklärt.

Wer die Diktatur des Proletariats fordert, wird durch die Diktatur der Partei zermalmt. Das musste bereits Anfang der 20er Jahre mit der Spaltung der KPD jedem Revolutionär bewusst sein. „Ohne vollkommene Demokratie in der KP, Aufbau von unten, freie Diskussion und Mitbestimmungrecht der unteren Parteieinheiten usw. kein wirklich sozialistischer Staat", schreibt Knüfken selbst. Dennoch reisen die KAPD-Genossen nach Moskau und müssen im Mai 1920 das bolschewistische „Strafgericht Gottes" der Komintern über sich ergehen lassen. Lenin bezichtigt sie als von „Kinderkrankheiten" befallene Linkskommunisten und Radek doziert, dass innerparteiliche Demokratie und antiparlamentarische Einstellung keine prinzipiellen, sondern bloß taktische Einstellungen von Kommunisten sind. Damit wurde von den oppositionellen Delegierten Franz Jung und Jan Appel der Verrat an den eigenen Überzeugungen gefordert. Die beiden Hamburger Werftarbeiter der AAU beugten sich ebenso wenig wie Otto Rühle und August Merges — die neu-formierte KAPD lehnte den Beitritt zur Komintern schließlich ab.



Hermann Knüfken (Mitte)

Knüfken macht die „ausgelöschten Bolschewiken" verantwortlich für die Versklavung der „Millionenmassen von russischen Arbeitern und Bauern". Er spricht sie schuldig am „Wandel vom Sozialismus zum Staatskapitalismus". Warum wurde eine „neue Klasse von Ausbeutern, Managern und Parasiten" erschaffen? Weil die Altbolschwiken selbst angesichts der eigenen Liquidierung „diese selbstmörderische Parteidisziplin" aufrecht hielten, Kronstadt 1921 hinnahmen und die oppositionellen Sinowjew-Kamenw-Trotzki auch 1926/27 zu feige waren, um zu kämpfen. Die Leningrader Arbeiter in den Fabriken seien, so Knüfken, zum Kampf gegen Stalin bereit gewesen. Aber: Die Massen „warteten auf ein Signal der Führer, und dieses Signal kam nicht. Die Masse war zu jeder Aktion bereit." Kurz darauf waren die Massen jedoch demoralisiert, die Stalinisten übernahmen endgültig die Herrschaft über Partei und Staat — samt Staatspolizei.

Unabhängig davon — und ob sich irgendjemand nach über 20 Jahren wirklich an kleinste Details, Namen und Ortsangaben genauestens erinnern kann — ist dieses Buch die Anklage eines revolutionären Matrosen gegen den Terror der Staatspartei. Letztlich ist es also eine Anklage gegen die Stalinisten. Seine Abkehr von der „Sache der Revolution" verläuft nicht immer gradlinig. Sie erfolgte bereits vor Knüfkens Ausschluss aus der KPD, der er trotz seiner AAU- und KAPD-Überzeugungen jahrelang angehörte. Sein Kampf gegen den NS-Faschismus als ITF-Organisator in Antwerpen ist hingegen umso gradliniger. Sein Überlaufen zur bürgerlichen Demokratie und sein Dienen für die britische Krone in der Entnazifizierungskommission für Seeleute sowie seine Mitarbeit beim Aufbau der freien Gewerkschaft ÖTV in Hamburg mögen im Widerspruch zum Ideal des treuen Soldaten im Heer der Revolution stehen. Aber auch für ihn war wohl nach dem zweiten Weltkrieg und angesichts des Kalten Krieges „eine unvollkommene Demokratie besser als eine vollkommene Despotie", wie Rudolf Rocker seinerzeit argumentierte.

Aus der ÖTV wird Knüfken bereits 1947 wieder rausgeworfen, weil er über das Verhalten führender lokaler ÖTV-Funktionäre während des Dritten Reiches berichtete. Selbst mit der ihm attestierten „unzerstörbaren Zuversicht" und „unerbittlichen Härte" war er machtlos gegen die Überzentralisation und die typisch deutsche Disziplin in der neuen-alten Gewerkschaftsbewegung. Am 8. Februar 1976 stirbt Knüfken in England.

Diese lehrreiche Lebensgeschichte wird ergänzt durch Dokumente und umfangreiche Anhänge. Die Würdigung der Antwerpener Arbeit von Hermann Knüfken und seiner Gruppe gegen die Bestie Faschismus findet sich auch in Dieter Nelles hervorragendem ITF-Buch „Widerstand und internationale Solidarität" aus dem Jahre 2001. Es ist erschienen im Klartext-Verlag.

Isegrim Z.

Hermann Knüfken
Von Kiel bis Leningrad Erinnerungen eines revolutionären Matrosen 1917 bis 1930
474 Seiten — 28 Euro — ISBN 978-3-86163-110-1



Individuell, authentisch und einfach instrumentiert

Paul der Geigerzähler legt seine neue CD „Revolutionsmusik" vor

Rock mit Punkeinflüssen, irgendwo zwischen Klaus dem Geiger und Rio Reiser. Diesen Eindruck erweckt die neue CD Revolutionsmusik. Paul der Geigerzähler ist ein Geheimtipp, weil er (noch) subkulturell unterwegs ist: Solo mit Geige und Gesang, unplugged, manchmal auch mit musikalischer Verstärkung, bewegt er sich eigenen Aussagen nach „im Dunstkreis der Trümmer der HausbesetzerInnenbewegung", auf Veranstaltungen von Gewerkschaften und AnarchistInnen sowie bei diversen Demonstration.

Die CD startet mit dem Titelsong „Revolutionsmusik", in dem Paul seine Punk-Attitüde formuliert: Hartz IV, kein Geld, keine Zukunft? „Egal, heut find ich es schick." Sämtliche Songs bewegen sich zwischen Privatem und Politischem. Zu den Agitsongs zählen „Deine Firma", das Erich-Mühsam-Cover „Lumpenlieder", „Truppen von Morgen" und eine äußerst individuelle Fassung des anarchistischen Klassikers „A Las Barricadas". Schnell wird klar: Paul ist nicht irgendwie links, sondern libertär und gewerkschaftlich orientiert. Bei „Drugstore", „Herzkerker" und dem sehr persönlichen Titel „Punkerliebe" spielt die Agitation hingegen keine Rolle: Es geht um Erfahrungen und Erinnerungen mit einer Spur Nostalgie. Zeitweise mag der Eindruck eines jammernden Punkers entstehen, doch Paul besticht mit humorvoller und sarkastischer Pointierung.

Revolutionsmusik ist eine runde Sache mit satten 19 Liedern, die ohne Ausnahme gute Textarbeit und Authentizität vorweisen. Zu bemängeln ist nur die einseitige Instrumentierung. Alle 19 Lieder bestehen aus Geige und Gesang. Eine Unterstützung durch Bass und Percussion wie bei älteren Aufnahmen hätte die CD nicht nur abwechslungreicher gemacht, sondern auch einige Texte besser zur Geltung bringen können. Erhältlich ist Revolutionsmusik über das Münsteraner DIY-Label Falling Down Records (falling-down@gmx.de) für schlappe 5 Euro.

Findus

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Arbeiter/in werde endlich Egoist/in

Des letzten Rätsels Lösung: Max Stirner

Max Stirner (Pseudonym für Johann Caspar Schmidt) wurde am 25. Oktober 1806 in Bayreuth geboren, studierte in Berlin bei Hegel, Schleiermacher u.a., war von 1839–44 als Lehrer tätig und starb verarmt am 25. Juni 1856 in Berlin. Stirner war ein vir unius libri: Er schrieb — neben einigen Aufsätzen, Korrespondenzen und Übersetzungen — nur ein einziges Buch: »Der Einzige und sein Eigentum«(1), das 1844 erschien. Durch die Zensur wurde es kurzzeitig beschlagnahmt, aber umgehend wieder frei gegeben, da man sich nicht vorstellen konnten, dass jemand dieses Buch verstehen könne und somit keine Gefahr bestehe. Es ist mit ca. 200.000 verkauften Exemplaren zwar das meistverkaufte libertäre Buch in Deutschland, dennoch blieb es ein Geheimtipp. Es wurde auch in zahlreiche Sprachen übersetzt.

Stirner war und ist der radikalste Philosoph und wurde von den Einen geliebt und auch überhöht, von den Anderen gehasst und bekämpft oder schlicht ignoriert. Meistens wurde er aber falsch verstanden und fehlinterpretiert, von Befürwortern und Gegnern — damals wie heute. (2)

Natürlich sah Karl Marx seine eigene Position unter den Junghegelianern mit dem Werk von Stirner mehr als nur in Frage gestellt, und verfasste eine für ihn typische Polemik gegen diesen. In dem Buch „Deutsche Ideologie" (3) schleuderte Marx seine Hassti-raden auch gegen die Philosophen Feuerbach und Bruno Bauer, aber in 80 % des 500-seitigen Werkes denunziert er Stirner als „Sankt Max" und „dürftigen philosophischen Hohlschädel". Marx veröffentlichte seinen Anti-Stirner jedoch nicht, weil Stirner inzwischen — ein Jahr vor den Ereignissen des März 1848, die in ihrem Scheitern den radikalen philosophischen Diskussionen ein Ende setzten — bereits zur Unperson geworden war und öffentliche Kritik taktisch unklug gewesen wäre.



Max Adler, ein radikaler österreicher Sozialdemokrat, unternahm zum 100. Geburtstag Stirners (4) den Versuch einer Rehabilitation. Natürlich ordnete er Stirner seinem geliebten Marx unter, aber dennoch beleuchtete er viele Punkte, in dem Verhältnis Stirners zur Arbeiterbewegung, z.B. diesen: Es „wird vollends klar, dass es wirklich nur der „Spuk" war, den er in dem ihm bekannten Kommunismus bekämpfte, und dass Stirner nur zum subjektiven Ausdruck brachte, was Marx als objektive geschichtliche Potenz aufzeigte: die Verdrängung des Kommunismus als idealer Forderung der Entwicklung zum Menschentum durch den Kampf jenes egoistischen Klasseninteresses, welches schon von sich aus das Menschentum besser realisieren wird als alle Deklamation und Liebesdusselei — des proletarischen Klasseninteresses. ... Der Sinn des „Einzigen" hebt sich erst ab von dem Sinne eines anderen Grundbegriffes bei Stirner, von dem des „Spukes", des „Geistes", als dessen Auflösung, Vernichtung der „Einzige" erscheint. Der „Spuk" — das ist die Ideologie überhaupt, die Stirner mit einer bis dahin unerhörten Schärfe psychologischer Analyse bekämpft."

Eine Auseinandersetzung mit dem Werk von Max Stirner und seinem „Einzigen" — welcher eine radikale Abgrenzung gegen die egomanisch-depressive Kreatur der heutigen Consumo-ergo-sum-Gesellschaft im Lande des ewigen Werbelächelns darstellt — wird für jede/n anarchosyndikalistische/n SozialrevolutionärIn mehr als nur bereichernd sein. Es wird uns allen ein gutes Stück weiterhelfen, um unser proletarisches Weltkulturerbe anzutreten und endlich den kapitalistischen, staatlichen, nationalen und religiösen ErbschleicherInnen zu entreißen. ArbeiterInnen werdet endlich EgoistInnen ... und eignet euch eure Produktionsmittel an! Zumal Stirner die ArbeiterInnen auffordert, sich selbst (!) zu organisieren, das Land und die Fabriken zu übernehmen und die Arbeit, die Verteilung und den Konsum so zu gestalten wie sie es selbst wünschen.

Thomas Bruns

1) Max Stirner: Der Einzige und sein Eigentum. Reclam, 1991

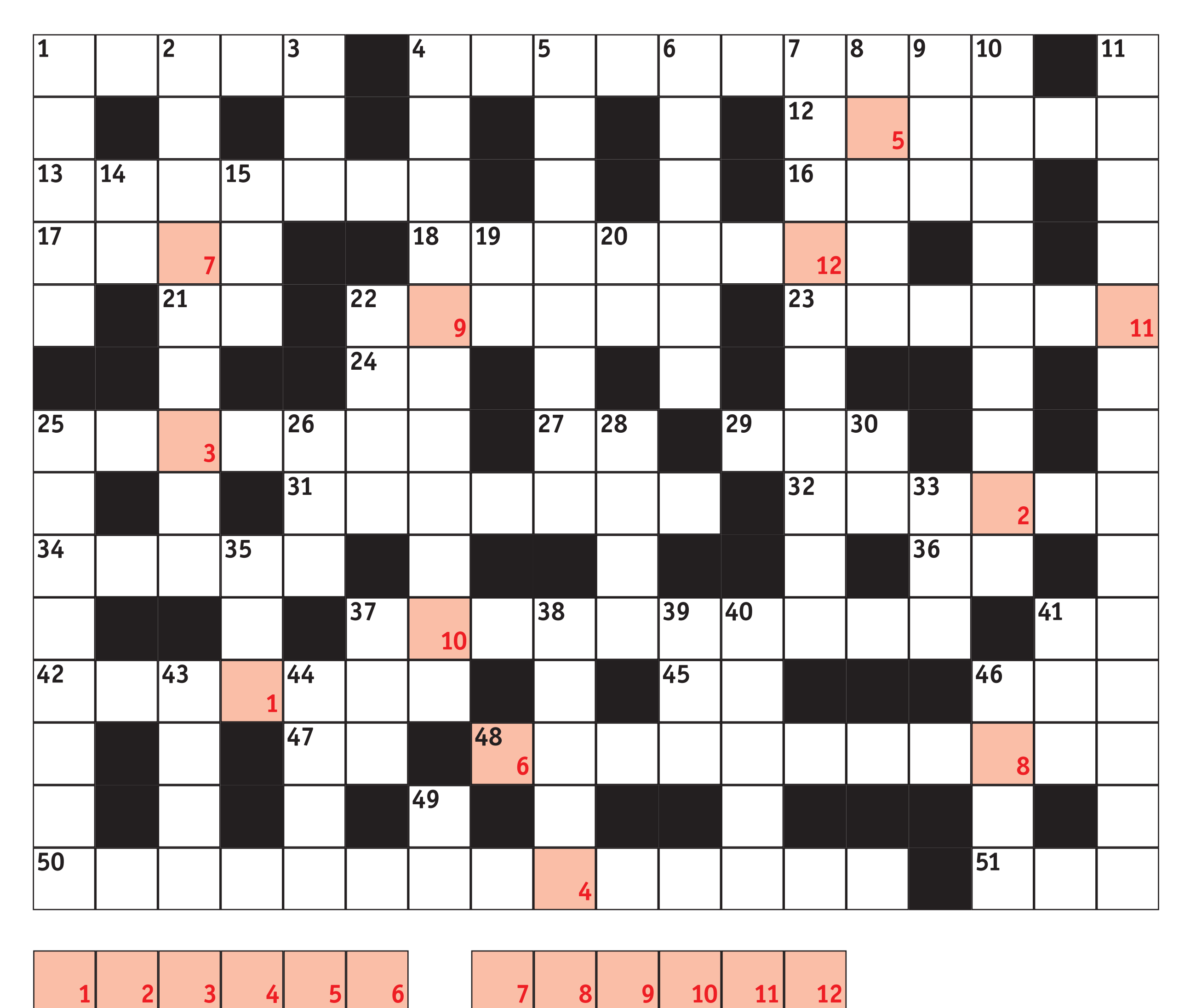
2) Ich hab' Mein Sach' auf Nichts gestellt — Texte zur Aktualität von Max Stirner. Karin Kramer Verlag, 1996

3) MEW Bd. 3, 1983

4) Max Adler: Max Stirner und der moderne Sozialismus. Edition wilde Mischung/Verlag Monte Verita, 1992

mehr Infos: www.max-stirner-archiv-leipzig.de

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 54



Waagerecht

1. thüringische Stadt, die in der DDR für die Produktion von Pflastern bekannt war 4. Angepasste Schwule bekleiden durchaus hohe Ämter in der BRD, aber die Abneigung bzw. Feindseligkeit gegen Lesben und Schwule, auch ~ genannt, ist in der Gesellschaft immer noch weit verbreitet. 12. etwas im Voraus, methodisch bestimmen 13. Teil eines Begriffspaars im Marxismus: Basis und ~ 16. englisch für Ost 17. römischer Kaiser, der der Legende nach sang, als Rom brannte 18. durch kräftiges Reiben grob reinigen 21. zwölfter Buchstabe des griechischen Alphabets, außerdem Vorsatzzeichen für Mikro- 22. deutscher Komponist des Frühbarock: von ihm stammt die erste deutsche Oper 23. tatkräftige Mitglieder einer Gewerkschaft, eines Vereins usw. 24. Abkürzung für „im Hause" (d.h. in der Firma angestellt) 25. Wassersportler <männliche Form> 27. eine der Abkürzungen für Tara (Masse) 29. Rinderwahnsinn <Abk.> 31. Zitat der Anarchistin Emma Goldman: „Das gewalttätigste ~ der Gesellschaft ist die Ignoranz" 32. eine Qualle; weibliches Ungeheuer 34. verheiltes Wundmal 36. Kfz-Kennzeichen für Amberg-Sulzbach 37. Kleinpartei, die sich 1991 von den Grünen abspaltete und die Verbindung umweltpolitischer mit linksradikalen Positionen betont: ~e Linke 41. etwas verstaubt wirkender Schreckensruf: O ~! 42. Antikriegsdrama von Bertolt Brecht: Mutter ~ und ihre Kinder 45. Abk. für eine links-alternative Wahlliste in Westberlin vor der Wende 46. Spruch eines angepassten oder unterwürfigen Lohnarbeiters: ~ Brot ich ess', des Lied ich sing 47. Kfz-Kennzeichen für Ludwigsburg 48. vorgegebener Frauenanteil bei der Besetzung von Gremien oder Stellen 50. sozialpartnerschaftlicher Begriff in der Staatsideologie der BRD, der besagt, dass Gewerkschaften und Unternehmerverbände Tarifverträge ohne Einflussnahme durch den Staat verhandeln und abschließen 51. „Zentralorgan des deutschen Kapitals"

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben

Senkrecht

1. volksmündliche Bezeichnung für Mitglieder der Partei Bündnis 90/Die Grünen 2. elfter Monat des französischen Revolutionskalenders; eine Phase in der Entwicklung einer Revolution, in der die Massen sich aus aktiver Gestaltung der Revolution zurückziehen und die Führung der Revolution durch eine konservative Bürokratie ersetzt wird <marxistische Deutung> 3. gelbe „Gewerkschaft", u.a. bei Siemens und Aldi, die reichlich Geld aus den Chefetagen erhielt 4. Tiermetapher für privates Beteiligungskapital; eine sog. „~ndebatte" wurde 2005 vom damaligen SPD-Vorsitzenden Müntefering ausgelöst 5. traditionsreiches Stahlwerk in oberpfälzischen Sulzbach-Rosenberg (1864-2002) 6. krank sein: auf der ~ liegen 7. kämpferische antistaatliche Strömung und soziale Bewegung, die ab den frühen 1960er Jahren im Norden Italiens entstand 8. pleite 9. Stiftung in den USA, die anarchistische PublizistInnen unterstützt, Konferenzen organisiert und die Zeitschrift Perspectives on Anarchist Theory herausgibt <Abk.> 10. von verschiedenen kommunistischen, v.a. von trotzkistischen Organisationen angewandte Taktik des gezielten Eindringens in andere Organisationen 11. umgangssprachliche Bezeichnung für ein Gesetz in der BRD, auf dessen Grundlage in bestimmten Branchen Mindeststandards für Arbeitsbedingungen festgelegt werden können 14. Landeskürzel für Belgien 15. indische Schriftstellerin und Globalisierungskritikerin, die in Essays die atomare Aufrüstung in Indien und Pakistan sowie den Hindu-Nationalismus in ihrer Heimat angreift; Vorname: Arundhati 19. Landeskürzel für die Schweiz 20. französisch für „und" 22. Deichschleuse, Abwasserkanal 25. Militär, Mörder und neoliberaler „Reformer" Chiles (1973 an die Macht geputscht, 2006 gestorben) 26. US-amerikanischer Schauspieler und Kampfkünstler, Ikone des Martial-Arts-Films (1940-73), Vorname: Bruce 28. im Jahre <lateinisch> 30. Kfz-Kennzeichen für den Elbe-Elster-Kreis 33. Kfz-Kennzeichen für eine Stadt bei München, in deren Klinikum das Pflegesyndikat SANITA seit langem für die Anerkennung der FAU als Gewerkschaft streitet 35. dieses Tier steckt im Namen des neuen russischen Staatspräsidenten <russisch> 37. Zusammenschluss reformistischer Gewerkschaften in Österreich <Abk.> 38. langsames, getragenes Tempo in der Musik 39. Bezeichnung für die Größe eines Unfalls, wie er sich bspw. 1986 in Tschernobyl ereignete; manche sprechen im Fall Tschernobyls von einem Super-~ <ursprünglich Abkürzung> 40. Krummdarm 41. Düsenflugzeug 43. Rand eines Gewässers 44. erster Buchstabe des arabischen und des hebräischen Alphabets 46. das Raubtier Canis lupus 49. chemisches Zeichen für das schwerste in der Natur vorkommende Element, ein giftiges und radioaktives Schwermetall

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt Ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU-Leipzig, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig). Gewonnen hat diesmal Jörn Z. aus Neubrandenburg.

Auflösung Nº 53

```
T  LIP I  P HABITUS
H  TRANSNET  E R
O E   T  PETSCHAFT
MARIJUANA M  HOF
P  O   R  AP DEBORD
SET KASSIBER RE  R
O I   I  SR     ME
NIKE MENETEKEL SüW
  A   A  ANIS  ADE
ä  MILITANZ ELSNER
R  ö  O  D   E G M
ZAHL CITY  XAVER A
T  L HEUERN  E I N
EMANZE  N HAVEMANN
```




anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU Leipzig
Kolonnadenstr. 19
04109 Leipzig

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:

BuG: E-Mail: da-bug@fau.org
Globales: E-Mail: da-globales@fau.org
Hintergrund: E-Mail: da-hintergrund@fau.org
Kultur: E-Mail: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: E-Mail: da-zeitlupe@fau.org
Schlußredaktion: E-Mail: da-schlussredaktion@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., Kornstr. 28-30, 30167 Hannover

ViSdP: Holger Marcks

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluß DA 189: 08. August